ihre Angehörigen und andere Lemberger Bürger befreit und die ersten Leichen der getöteten Gefangenen aufgefunden wurden, hatte noch kein deutscher Soldat Lemberg betreten.«

Zu dem Pogrom und seinen Ursachen stellte die Bonner Staatsanwaltschaft fest: »Es kam schon in den Vormittagsstunden des 30. 6. 1941 zu diesen Ausschreitungen der Ukrainer gegen den jüdischen Bevölkerungsteil der Stadt, die sich zu einem für die Juden folgenschweren Pogrom auswuchsen. .. Auslösende Ursache dürfte nach den Zeugenbekundungen neben den schon immer bestehenden Spannungen zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen insbesondere die Tatsache gewesen sein, daß die Ukrainer den jüdischen Mitbürgern - ob zu Recht oder Unrecht, mag hier dahinstehen - wegen ihrer Zusammenarbeit mit den sowjetischen Dienststellen, insbesondere dem NKWD, die Mitschuld an den Verhaftungen zahlreicher ukrainischer Nationalisten gaben. Die schrecklichen Leichenfunde der in den Lemberger Gefängnissen getöteten Ukrainer steigerten vollends die Emotionen der Ukrainer.«[5] Die Wehrmacht hatte die Massaker nicht nur nicht veranlaßt, sondern ihnen sogar nach den Feststellungen der Staatsanwaltschaft ein Ende gesetzt: »Der am 30. 6. 1941 einsetzende Pogrom steigerte sich in seinen Ausmaßen noch am 1. 7. 1941 und fand am dritten Tag nach der Einnahme der Stadt sein Ende, als die 1. Gebirgsjägerdivision am 2. 7. 1941 eine Ortskommandantur einsetzte, nachdem Berichte über den Pogrom an den Stab des 49. Armeekorps gelangt waren. Ortskommandant wurde nach Aussage des jetzigen Oberstleutnants KOPP, damals Hauptmann und IIa beim Stab der 1. Gebirgsjägerdivision, Oberst WINTERGERST, Kommandant des Gebirgsartillerie-Regiments 79, der durch entsprechende Befehle und Maßnahmen die äußere Ordnung in der Stadt wiederherstellen konnte.«[6]

Als Anfang Juli 1941 deutsche und polnische Berichte über die NKWD-Massaker in Lemberg nach London gelangten, wurden sie auch dort nicht in Zweifel gezogen: »Das Foreign Office, wie später im Falle Katyn von der sowjetischen Täterschaft sofort überzeugt, richtete an das Moskauer Außenkommissariat eine Note mit dem Ersuchen um Aufklärung, woraufhin MOLOTOW (der damalige sowjetische Außenminister, H.W.) am 12. Juli 1941 eilends ein kategorisches Dementi herausgab. Umgehend wurde die Sowjetpropaganda aufgeboten, um den demaskierenden Vorfall zu vertuschen und nunmehr die Deutschen für das Massaker verantwortlich zu machen. Lemberg war geradezu der Präzedenzfall für die sowjetische Propagandataktik, die eigenen Untaten vergessen zu machen, indem man sie grundsätzlich der deutschen Seite zuschrieb.«[7]

So verbreitete die sowjetische Nachrichtenagentur *TASS* am 8. August 1941 die dann von der amerikanischen Agentur *Associated Press* sofort aufgenommene Behauptung, »deutsche >Sturmtruppen< hätten in Lemberg 40 000 Menschen getötet«.[8] Diese Fälschungen wurden auch beim Nürnberger Militärtribunal vorgelegt.

[5] ZIESEL aaO. (Anm. 3), S. 98. Vgl. dazu auch die neuere Untersuchung von Bogdan MUSIAL, *konterrevolutionäre Elemente sind zu erschießen. Die Brutalisierung des deutsch-sowjetischen Krieges im Sommer 1941*, Propyläen, Berlin 2000.

[6] ZIESEL, ebenda, S. 99.

[7] HOFFMANN, aaO. (Anm. 2), S. 176.

[8] Ebenda.

Das polnische Massaker an Juden in Jedwabne 1941

Auch mehr als fünfzig Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges kamen immer noch für die Beurteilung der damaligen Zeit bedeutsame Einzelheiten ans Licht und wurden dann erst der Öffentlichkeit bekannt. So verhält es sich auch mit dem von der einheimischen polnischen Bevölkerung am 10. Juli 1941 verübten Massaker an den Juden des bei Bialystok rund 20 km nördlich der Stadt Lomza im Nordosten Polens gelegenen Marktfleckens Jedwabne. Der Ort liegt in dem Teil Polens, den die Sowjets im September 1939 besetzt hatten und aus dem sie durch den deutschen Angriff vom 22. Juni 1941 wieder vertrieben worden waren.

Bis zum Jahre 2001 stand dort ein Denkmal, das Polen errichtet hatten, mit der Inschrift: »Dies ist ein Ort des Verbrechens an der jüdischen Bevölkerung. Die Gestapo und die deutsche Polizei verbrannten hier am 10. 7. 1941 1600 Personen bei lebendigem Leibe.« Diese Schuldzuweisung ist, wie sich jetzt herausstellte, falsch. Nicht Deutsche waren die Täter, sondern einheimische Polen. Der Gedenkstein wurde im März 2001 auf Anweisung des polnischen >Rats für das Gedenken an die Kämpfe und das Martyrium< entfernt.

Der aus Polen stammende und in New York lebende Historiker Jan Tomasz GROSS hat über das damalige Geschehen ein Buch herausgebracht.[1] Als Quellen dienten ihm dabei vor allem das Zeugnis von Shmul WASSERSTEIN, einem der sieben Uberlebenden, das dieser nach Ende des Zweiten Weltkriegs zu Protokoll gab und das seitdem im Archiv des Jüdischen Historischen Instituts in Warschau aufbewahrt wird und dort zugänglich ist, daneben Aussagen weiterer Zeitzeugen sowie Akten eines ersten Verfahrens aus der unmittelbaren Nachkriegszeit.

Danach fielen dem dortigen Pogrom an dem oben genannten Tag über 1600 Menschen zum Opfer, bis auf sieben Überlebende alle Juden des Ortes und damit weit mehr als die Hälfte der Einwohner.

Über den Ablauf dieses Verbrechens, dem ähnliche in »Dutzenden anderen Orten« entsprachen, heißt es in einer ausführlichen Besprechung[2] des genannten, inzwischen auch auf deutsch vorliegenden Buches:

»Der Massenmord zog sich über den ganzen Tag hin. Er begann mit der Verfolgung und Tötung Dutzender Menschen in ihren Häusern und auf den

---

[1] Jan Tomasz GROSS, *Sasied^i.* Historia zaglady zydowskiego miasteczka (Nachbarn. Die Geschichte der Vernichtung eines jüdischen Städtchens), Verlag Pogranicze, Sejny 2000; dt: *Nachbarn. Der Mord an den Juden von Jedwabne,* C. H. Beck, München 2001.

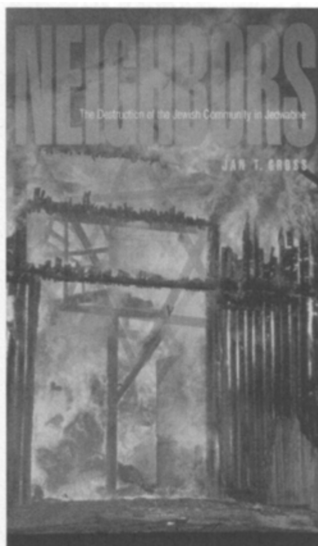
[2] François GUESNET, »Opfer und Täter zugleich«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung vom* 16. 1. 2001; weitere Berichte in polnischer Tageszeitung *Rzeczpospolita* vom 11. 12. 2000; Danziger Tageszeitung *Dziennik Baltycki* vom 2.2. 2001; *Gazeta Wybomp* vom 20. 1. 2001.

Straßen mit allen erdenklichen Hilfsmitteln - Äxten, Messern, Knüppeln, Steinen -, setzte sich auf dem Marktplatz fort, auf den alle noch Lebenden zur Mittagszeit getrieben wurden, und fand sein grausiges Ende in der Scheune der Familie SLESZYNSKI nahe dem Marktplatz. Dort wurden die Verfolgten - noch über 1500 Männer, Frauen und Kinder - gegen Abend eingesperrt. Sie kamen in den Flammen der angezündeten Scheune bei lebendigem Leib zu Tode.«

Der Pogrom sei von den örtlichen polnischen Honoratioren ausgegangen, praktisch alle erwachsenen christlichen Polen des Ortes hätten mitgewirkt. Später hätten sich auch Bauern aus der Umgebung daran beteiligt. Ausdrücklich führt der Historiker an, daß die Ausschreitungen nicht auf Veranlassung oder gar Befehl der ungefähr 15 noch anwesenden Wehrmachtangehörigen erfolgt seien. Diese hätten sich sogar, dafür führt GROSS mehrere Zeugen an, vergeblich bemüht, Juden zu retten. Daher sei dieses Massaker nicht dem den Deutschen vorgeworfenen Völkermord an den Juden zuzurechnen, sondern sei ein schwerwiegendes Verbrechen christlicher Polen an ihren jüdischen Nachbarn, die lange mit ihnen zusammenlebten.

An dieser Stelle ist auf zwei Umstände hinzuweisen. Die in Jedwabne und um diese Zeit auch in anderen ostpolnischen Orten ablaufenden Massaker an Juden geschahen in aller Öffentlichkeit und wurden von weiten Teilen der polnischen Bevölkerung mit getragen. Vergleichbares ist der deutschen Bevölkerung nicht vorzuwerfen. Zum anderen geschahen ähnliche Verbrechen in Polen sowohl bereits zwei Jahre vorher gegenüber den dort lebenden Volksdeutschen, etwa beim berüchtigten Bromberger Blutsonntag im September 1939,[3] als auch wenige Jahre später beim Massaker von Kielce 1946 gegenüber Juden.[4]

[3] Siehe Beitrag Nr. 161: »Bromberger Blutsonntag«.
[4] Siehe Beitrag »Das Juden-Pogrom von Kielce«, im 2. Band des *Großen Wendig*.





Jedwabne.
Links: die amerikanische Ausgabe von Jan T. GROSS' Buch.

Das Buch von Gross hat eine ausführliche innerpolnische Diskussion über die seit dem Krieg »kollektiv verschwiegenen Verbrechen«[2] ausgelöst. Der in Warschau und Thorn lehrende Philosoph Karol Sauerland, der sich schon vorher (*FAZ* 22. 12. 2000) mit dem Fall befaßt hatte, schrieb dazu:[5] »Keiner der Historiker und Publizisten streitet ab, daß es Polen waren, die den Mord an der jüdischen Bevölkerung kurz nach dem Einmarsch der deutschen Truppen im Juli 1941 verübt haben. Die meisten suchen jedoch nach mildernden Umständen. . . Waren sie (die Juli-Pogrome 1941, H.W.) nicht die Rache dafür, daß polnische Juden den Einmarsch sowjetischer Truppen in der zweiten Septemberhälfte 1939 begrüßt und unterstützt hatten?«

[5] Karol Sauerland, »Der Ort der Gewalt« in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 2. 2. 2001.

Er führt dann den polnischen Historiker Tomasz Strzembosz von der Katholischen Universität in Lublin an, der in einem ausführlichen Artikel unter der bezeichnenden Überschrift »Verschwiegene Kollaboration. Die jüdische Bevölkerung, darunter vor allem die Jugend, sowie die Stadtarmut, begrüßte massenhaft die Sowjetarmee. Mit der Waffe in der Hand führte sie die neue Ordnung ein« die damaligen Vorgänge zu erklären versuche. Danach habe es im September 1939 gerade in der Gegend um Jedwabne »einen überaus aktiven polnischen Widerstand sowohl gegen die Wehrmacht als auch gegen die Sowjettruppen gegeben. Um so schlimmer sei es gewesen, daß polnische Juden die Rote Armee sogar militärisch unterstützten. Strzembosz führt die Stadt Grodno an, in der vor dem Krieg etwa 60000 Juden lebten. Zwischen dem 18. und dem 20. September 1939 hätte es hier so etwas wie einen antipolnischen Aufstand gegeben. In den folgenden Monaten hätten vor allem Juden die von den Sowjets entlassenen polnischen Beamten ersetzt. . . Juden hätten sich auch aktiv an den Denunziationen jener Polen beteiligt, die die Sowjets als Klassenfeinde ansahen. In jenen Monaten wurden etwa 150 000 Menschen aus diesem Gebiet nach Sibirien und Kasachstan transportiert. Angesichts des sowjetischen Terrors zwischen 1939 und 1941 sei es kein Wunder, daß es Polen gab, die den Einmarsch deutscher Truppen (1941, R. K.) offen begrüßten. Schließlich seien viele von ihnen aus den Gefängnissen befreit beziehungsweise vor weiteren Deportationen bewahrt worden«. Jedoch sollen nach Gross auch mehrere Haupttäter von Jedwabne Mitarbeiter der sowjetischen politischen Polizei NKWD gewesen sein, was mehr für eine Entladung des »über Jahrhunderte entstandenen, durch den katholischen wie orthodoxen Klerus ermutigten Judenhasses« spreche.

Inzwischen wurde aufgrund der Debatte in der polnischen Öffentlichkeit ein Strafverfahren gegen die Täter von 1941 in Jedwabne durch das Institut des Nationalen Gedenkens (IPN) eingeleitet. Dieser Einrichtung obliegt die Verfolgung von Verbrechen »gegen das polnische Volk«.[2] Nach Jahren wurden die Ermittlungen eingestellt, die nur Polen als Täter ergaben.

Einige Tage vor dem Verbrechen in Jedwabne soll sich Änliches auch in den nahegelegenen Orten Radzilow, Wasosz und Stawiski zugetragen ha-

ben. Der Bürgermeister von Jedwabne, GODLEWSKI, erklärte, das Pogrom in seinem Dorf sei damals »kein Einzelfall gewesen«.[6]

Im Archiv der Stadt Lomza wurden Dokumente gefunden,[7] in denen Aussagen von 19 Polen und Juden vor dem Gericht in Lomza in den Jahren zwischen 1947 und 1949 zu dem Geschehen in Jedwabne festgehalten waren. Darin wurden nicht Polen als Täter genannt, sondern Deutsche. Daria NALECZ von der Generaldirektion der polnischen Archive erklärte dazu, daß diese Aussagen mit größter Zurückhaltung beurteilt werden müßten, da diese Zeugen eine den damaligen polnischen Behörden genehme Version des Geschehens abgegeben und die Täterschaft ihrer Mitbürger verschwiegen haben könnten. Auch in einem Prozeß des Jahres 1953, in dem ein Dutzend Polen wegen Beihilfe zum Mord an den Juden von Jedwabne zu Freiheitsstrafen verurteilt worden waren, waren Deutsche noch für das Massaker verantwortlich gemacht worden.[7]

[6] Zit. in: *National-Zeitung,* 16. 3. 2001.

[7] M. L., »Neue Dokumente zum Fall Jedwabne«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 28. 3. 2001.

Der polnische Staatspräsident Aleksander KWASNIEWSKI gab am 5. März 2001 im Ersten Polnischen Fernsehen bekannt, daß Polen am 60. Jahrestag des Massakers von Jedwabne das jüdische Volk um Vergebung für den Völkermord bitten werde,[8] was dann auch geschah. Vor nur rund 1000 Menschen erklärte er am Dienstag, dem 10. Juli 2001, in Jedwabne: »Als Bürger und Präsident der polnischen Republik bitte ich in meinem Namen und in dem aller Polen, deren Gewissen das Verbrechen angerührt hat und die nicht nur stolz auf die großartige Geschichte Polens sind, sondern zugleich auch Schmerz und Scham wegen des Bösen empfinden, das Polen anderen angetan haben, die Schatten der Toten und deren Familien um Vergebung.«[9]

[1] *Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7.* 3. 2001.

[9] Zit. in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.* 7. 2001.

Der in Jedwabne neu errichtete Gedenkstein erinnert zwar an die jüdischen Opfer, erwähnt aber nicht, daß Polen die Täter waren. Der polnische Kardinal Jozef GLEMP, Primas der römisch-katholischen Kirche Polens, gedachte schon kurz vorher namens seiner Kirche mit einem besonderen Gottesdienst in der Warschauer Allerheiligen-Kirche des Verbrechens. Nationale polnische Kreise hatten sich gegen diese Entschuldigungen gewandt.

Ausgrabungen eines Massengrabes in Jedwabne, die allerdings nur fragmentarisch vorgenommen werden konnten, weil die jüdische Gemeinde religiöse Bedenken gegen weitere Untersuchungen erhob, ergaben nach Hochrechnungen »einige hundert« Tote.[10] Auch in den folgenden Monaten hielt die Diskussion um das Massaker von Jedwabne in Polen an.

[10] *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 6. 6. 2001.

Es wäre eine dankbare Aufgabe für deutsche Historiker gewesen, sich mit diesen Auswirkungen des polnischen Antisemitismus in der Vorkriegs- und Kriegszeit zu befassen und den früheren Vorwürfen gegen ihre Landsleute nachzugehen. Sie faßten dieses Thema aber bisher nicht an. Rolf Kosiek

Der Warschauer Aufstand 1944

Über die Niederschlagung des > Warschauer Aufstandes< durch deutsche Truppen im Sommer 1944 laufen meist falsche, Deutschland belastende Darstellungen um. Deswegen seien wesentliche Tatsachen richtiggestellt.

Im Zweiten Weltkrieg bildeten sich im besetzten Polen Partisanengruppen gegen die Deutsche Wehrmacht. Teilweise standen sie unter kommunistischer Führung, teilweise bildeten sie ab Februar 1942 die >Heimatarmee< (Armia Krajowa, AK) unter nationalpolnischer Führung auf Befehl der 1939 über Rumänien nach London geflüchteten polnischen Exilregierung unter General SIKORSKI. Im Sommer 1944 gab es in Warschau unter dem Kommando von General Graf Tadeusz KOMOROWSKI (1898-1966), der sich BOR (>Wald<) nannte, rund 25 000 Angehörige der Heimatarmee.





Von oben:Tadeusz KOMOROWSKI (1898-1966) und Erich VON DEM BACH-ZELEWSKI (1899-1972).

Als sich die Rote Armee 1944 von Osten her Warschau näherte und fast die Weichsel erreicht hatte, befahl BOR-KOMOROWSKI in der Hoffnung auf die nahe russische Hilfe und baldigen Entsatz durch die Sowjets zum 1. August 1944 den Aufstand der Polen in Warschau. Dieser brachte zunächst große Teile der Stadt in die Hand der Aufständischen, wobei viele deutsche Soldaten, auch Verwundete, von den Partisanen ermordet wurden. Unter dem Kommando von SS-Obergruppenführer Erich VON DEM BACH-ZELEWSKI (1899-1972) wurde der Aufstand vom 4. August bis 2. Oktober 1944 niedergeschlagen, wofür rund 2000 deutsche Gefallene und 9000 Verwundete sowie 16000 getötete und 6000 verwundete Polen angegeben werden.[1] Die Sowjets verhielten sich während dieser ganzen Zeit ziemlich ruhig vor Warschau, eroberten ab 16. September nur die östlich der Weichsel gelegene Warschauer Vorstadt Praha. Sie wollten die Nationalpolen ausbluten lassen, um später gegen die von ihnen geplante kommunistische polnische Regierung weniger Widerstand zu finden. Sie nahmen erst nach der Niederschlagung des Aufstandes ihre Angriffe gegen die deutsche Front wieder auf.

Im Kapitulationsvertrag vom 2. Oktober 1944 zwischen der Korpsgruppe VON DEM BACH und den polnischen Aufständigen heißt es u. a.:

»2. . . Die Offiziere dürfen die blanke Seitenwaffe behalten. ..

5. Mit der Waffenniederlegung genießen die Soldaten der A. K. (Heimatarmee, H. W.) sämtliche Rechte aus der Genfer Konvention vom 27. 7. 1929 betreffend Behandlung von Kriegsgefangenen. Die gleichen Rechte genießen

---

[1] 'Waldemar SCHÜTZ (Hg.), *Lexikon Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert, Kultur und Zeitgeschichte,* Rosenheim 1990, S. 483 f. In Hanns VON KRANNHALS, *Der Warschauer Aufstand 1944,* Bernard und Graefe Verlag für Wehrwesen, Frankfurt 1962, werden auch höhere Zahlen aus polnischen Quellen genannt; vgl. auch: *Der Spiegel,* Nr. 42, 17. 10. 1962, S. 60-68.





Polen gruben vor Warschau Panzergräben aus. Rechts: Polnische Zivilisten, die sich am Aufstand nicht beteiligen wollten, wurden vom deutschen Militärbefehlshaber noch vor Beginn des Aufstands aufgefordert, die Stadt zu verlassen.

die Soldaten der A. K, die im Verlauf der Kämpfe seit dem 1. 8. 1944 im Raum von Warschau in Gefangenschaft geraten sind.

6. Die Rechte der Kriegsgefangenen genießt auch das nichtkämpfende Wehrmachtgefolge der A. K. im Sinne der Genfer Konvention über die Behandlung der Kriegsgefangenen (Artikel 81) ohne Unterschied des Geschlechts. ..

7. Bei der Anwendung der Bestimmungen der Genfer Konvention über die Behandlung von Kriegsgefangenen gelten die von der Führung der A. K. anerkannten Offiziersdienstgrade. ..

8. Wer nach den vorstehenden Ausführungen Kriegsgefangener ist, wird wegen seiner militärischen und politischen Tätigkeit während der Kämpfe in Warschau sowie der davor liegenden Tätigkeit nicht belangt werden, auch dann nicht, nachdem er aus einem Kriegsgefangenenlager entlassen wird. Ebensowenig werden Verstöße gegen deutsche Rechtsordnungen verfolgt, insbesondere wegen Nichtanmeldung als Offfizier, frühere Flucht aus Kriegsgefangenenlagern, illegale Rückkehr nach Polen und ähnliches.

Gegen die Zivilbevölkerung, die sich während der Kämpfe in Warschau aufgehalten hat, werden keine Kollektivmaßnahmen ergriffen. Niemand wird wegen seiner während der Kämpfe ausgeübten Tätigkeit in Behörden und Verwaltungen 0ustiz, Sicherheitsdienst, öffentliche Fürsorge, soziale und charitative Einrichtungen) noch wegen Beteiligung an den Kämpfen und in der Kriegspropaganda verfolgt werden. Angehörige der oben genannten Ein-

richtungen werden auch wegen ihrer vor dem Aufstand in Warschau ausgeübten politischen Betätigung nicht belangt werden.«

Jeder objektive Kriegsbetrachter und Politiker muß zugeben, daß die deutschen Truppen einen Aufstand im Rücken ihrer bedrohten Ostfront nicht dulden konnten, ihn also niederschlagen mußten. Partisanenkampf, insbesondere in einer Großstadt, ist immer zäh und sehr blutig. Die Deutschen haben versucht, das Blutvergießen möglichst zu verhindern, die Zivilbevölkerung zu schonen und Zerstörungen der teilweise in den Jahren nach 1939 wieder aufgebauten historischen Stadt zu vermeiden:

1. Die deutsche Führung bot den Aufständischen an, daß in einer zu vereinbarenden Kampfpause insbesondere die Frauen die Stadt verlassen und sich in Sicherheit bringen konnten. Über zehntausend polnische Frauen lehnten das ab.[2]

[2] Alfred SCHICKEL, in: *Nürnberger Zeitung,* Nr. 179 vom 5. 8. 1994, S. 5.

2. Auf einen Appell der Aufständischen über ihre verzweifelte Lage Anfang September 1944 an Papst Pius XII. angesichts des sowjetischen Nichteingreifens setzte sich dieser mit dem damaligen deutschen Botschafter beim heiligen Stuhl, Ernst VON WEIZSÄCKER, dem Vater des späteren Bundespräsidenten, in Verbindung, der das Ersuchen nach völkerrechtlichem Schutz der Polen gleich an die deutsche Führung weitergab. Diese reagierte sofort darauf und bot der Heimat-Armee eine Kapitulation in Ehren< an. Das wurde von den Warschauer Aufständischen abgelehnt.

3. Gefangene Aufständische hätten von den Deutschen nach allgemeinem Kriegsrecht als Freischärler und Partisanen erschossen werden können, auch nachdem die Exilregierung in London BOR-KOMOROWSKI offiziell zum >Oberkommandierenden aller polnischen Streitkräfte erklärt und damit - wenn auch nicht rechtswirksam - versucht hatte, den Aufständischen den Status regulärer Soldaten zu geben. Dennoch erkannten die deutschen Stellen den





Erbitterte Kämpfe um Häuser, Zimmer und Keller in der Innenstadt von Warschau. Links: Hinter Barrikaden kämpfende polnische Aufständische.

SS-Obergruppenführer VON DEM BACH-ZELEWSKI empfing den sich ergebenden General BOR-KOMOROWSKI persönlich in seinem Hauptquartier und begrüßte ihn mit Handschlag.





Deutsche Ehrenwache am Grabe des polnischen Marschalls PILSUDSKI in Krakau September 1939.

gefangengenommenen Angehörigen der Heimat-Armee diesen Status zu und führten sie in reguläre Gefangenenlager (>Stalags< genannt), wo sie nach eigenem Zeugnis bis Kriegsende gemäß Genfer Konvention und Haager Landkriegsordnung korrekt behandelt wurden, wie auch die bereits 1939 gefangengenommenen polnischen Soldaten und Offiziere und im Gegensatz zur Ermordung der mehr als 14000 polnischen Offiziere durch die Sowjets in Katyn und anderenorts.

4. Auch nach dem monatelangen harten Kampf und den großen Verlusten behandelte die deutsche Truppenführung den unterlegenen Gegner ehrenvoll, als die Polen am 2. Oktober 1944 endgültig kapitulierten.[3] SS-Obergruppenführer VON DEM BACH-ZELEWSKI empfing den sich ergebenden General BOR-KOMOROWSKI persönlich in seinem Hauptquartier und begrüßte ihn mit Handschlag (siehe Abbildung). Der polnische General erlebte in deutscher Kriegsgefangenschaft wohlbehalten das Kriegsende und ging später ins westliche Exil. Er wurde von den Deutschen nicht als aufständischer Partisanenführer hingerichtet.

Im Gegensatz zur ehrenvollen Behandlung durch die Deutschen nannte STALIN die polnischen Aufständischen eine »Verbrecherbande«, die der Gruppe seiner kommunistischen Polen im Wege stand, und »kleine Partisanenhaufen«, aber keine regulären Streitkräfte.[4] Er ließ in Polen sich den Sowjets zu erkennen gebende Einheiten der Heimat-Armee liquidieren.[5]

In diesem Zusammenhang sei auch als weiteres Beispiel deutscher Ehrung des Gegners erwähnt, daß, als am Mittwoch, dem 6. September 1939, deutsche Truppen ohne Kampf Krakau eingenommen hatten, der Kommandierende General und der Divisionskommandeur dem dortigen Grab PILSUDSKIS, des früheren polnischen Staatschefs und Oberkommandierenden, militärische Ehren erwiesen haben. Eine deutsche Ehrenwache zog am Grabe PILSUDSKIS auf.[6] Das wurde auch in einer >Sondermeldung< bekanntgegeben.

[3] *Die Wehrmachtberichte 1939-1945,* dtv reprint, München 1985, Band 3, S. 273, 3. 10. 1944.

[4] *Der Spiegel,* aaO. (Anm. 1), S. 66.

[5] Ebenda, S. 62 f.

[6] *Die Wehrmachtberichte 1939-1945,* aaO. (Anm. 3), Bd. 1, S. 11 u. 13.

Universitäten in deutschen Lagern für Polen

Den Deutschen wurde jahrzehntelang der Mord an den Tausenden polnischer Offiziere bei Katyn[1] vorgeworfen, bis die Sowjets selbst am 13. April 1990 ihre Täterschaft zugaben und die Verantwortung dafür übernahmen. Daß die Behandlung der von den Deutschen gefangengenommenen rund 18 000 polnischen Offiziere im allgemeinen äußerst korrekt und sogar zuvorkommend war, wurde lange verschwiegen und kam erst in den achtziger Jahren heraus.[2] Frühere Veröffentlichungen[3] waren bis dahin nicht von der Forschung ausgewertet worden.

Bezeichnenderweise war es ein Privatforscher, Dr. Alfred SCHICKEL, der verdienstvolle Leiter der *Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt* (ZFI), der das betreffende Material zusammensuchte und veröffentlichte, insbesondere aus Lebensläufen im Westen lebender früherer polnischer Offiziere, aus in Warschauer Klubs veröffentlichten Erinnerungen ehemaliger Gefangener, aus den Akten des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz wie aus persönlichen Zuschriften.

Danach besaß jedes der zwölf deutschen Offizierslager (Oflag) für gefangene Polen eine umfangreiche Bibliothek, >Oflag II C< (Waldenberg) 23 000 Bände für 6000 Gefangene, >Oflag VII A< (Murnau) 25000 Bände für 4000 Gefangene. Fast jedes Oflag hatte eine gut funktionierende >Lager-Universität< mit breitem Angebot an Vorlesungen; so waren in Waidenberg sechs besondere Vorlesungssäle und ein Sonderraum für wissenschaftliche Arbeiten vorhanden. Zu den Dozenten aus den Reihen der Gefangenen gehörten der Jurist Prof. Dr. Jan WASILKOWSKI, der spätere Rektor der Warschauer Universität, der Oberleutnant Magister Adam RAPACKI, der spätere polnische Außenminister, und der bekannte Kirchenhistoriker Prof. Dr. JELONEK.
Ausdrücklich wurde von den Teilnehmern hervorgehoben, daß bei diesen Lehrveranstaltungen »völlige Freiheit« herrschte, wie auch die Gefangenen, etwa vom >Oflag VI E< (Dorsten), unter sehr zurückhaltender Bedekkung durch deutsche Wachmannschaften in der Stadt Einkäufe tätigen konnten. Bei gefährlichen Erkrankungen war sogar der Besuch der Ehefrau aus Polen möglich. In Seminaren wurde auch über die künftige Form und Gestalt Polens gearbeitet. Die Verpflegung war ausreichend, wurde nur in den letzten Kriegswochen mit rund 1200 Kcal, erschreckend niedrig, Pakete vom Roten Kreuz wie aus Polen konnten empfangen werden. Eigene Lagerzeitungen wurden hergestellt, auf geheimen Radios wurden Auslandssender empfangen. Religiöse katholische, evangelische und orthodoxe Betreuung war durch eigene oder deutsche Priester gewährleistet, vorkommende Beerdigungen wurden in würdiger Form unter Anteilnahme der Gefangenen durchgeführt, die Gräber bis heute auf den jeweiligen Ortsfriedhöfen ge-

[1] Vgl. Beiträge Nr. 183: »Sowjet-Mord im Wald von Katyn« u. »Deutsche wegen Katyn gehängt« (*Der Große Wendig,* Bd. 2).
[2] Alfred SCHICKEL, »Vorlesungen hielt auch der Oberleutnant Rapacki«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 15. 11. 1980, S. 10 f.; ders., *Zeitgeschichte am Scheideweg,* Johann Wilhelm Naumann, Würzburg 1981, S. 15 ff.; ders., *Geschichte ohne Zukunft,* Johann Wilhelm Naumann, Würzburg o. J. (ca. 1982), S. 17.
[5] Jedrzej GIERTYCH, *Europa in Gefangenschaft,* London 1959.

pflegt. Im >Oflag VI B< Dossel bei Warburg kamen bei einem britischen Bombenangriff am 27. September 1944 vierundachtzig polnische Offiziere ums Leben. Der dort einsitzende Jurist Jedrzej GIERTYCH schrieb darüber,[1] daß es wohl »eine von Gott gesandte Strafe gewesen ist, weil wir uns in unserem Lager zu sehr über die Bombardierungen gefreut hatten, von denen die deutschen Städte heimgesucht worden waren«.

In der Gesamtbewertung seiner Erlebnisse in deutschen Oflags bekannte ein später in Dayton (Ohio, USA) lebender Pole:[2] »Im Rückblick, wenn wir die allgemeine Lage in Deutschland bedenken, sollten wir der göttlichen Vorsehung dafür dankbar sein, daß wir nicht die >Gefangenen< der Russen waren (Katyn!!!).«

Für die amtliche deutsche Geschichtsforschung ist nicht nur sehr bezeichnend, daß man sich jahrzehntelang um diese Fragen gar nicht kümmerte, sondern daß man auch zunächst versuchte, die Tatsache der Lageruniversitäten abzuleugnen oder diese zu Geheimunternehmen zu erklären, die ohne Wissen der deutschen Bewacher organisiert worden seien.[3] Ein Gutachter des unrühmlich bekannten Münchener *Instituts für Zeitgeschichte* (IfZ) ging sogar so weit und deutete die Angabe eines Polen, von 1939 bis 1945 Kriegsgefangener in Deutschland, »wo er Vorlesungen über Mathematik und Elektrotechnik an einer Lager-Universität hielt«, dahin, daß er zwar 1939-45 deutscher Gefangener gewesen sei, die Vorlesungen aber erst nach dem Krieg in einem alliierten UNRRA-Lager gehalten habe, was der betreffende Pole dann erfreulicherweise sofort richtigstellte. Das amtlich zur Erforschung der Zeitgeschichte eingerichtete IfZ wollte einfach nicht wahrhaben, daß polnische Offiziere in deutschen Gefangenenlagern normal oder sogar zuvorkommend behandelt wurden.

Ebenso wurde die Tatsache, daß kriegsgefangene sowjetische Offiziere während des Zweiten Weltkrieges an einer deutschen Universität studieren, promovieren und dann in den Stab eines großen deutschen Unternehmens (so Siemens und Halske[4]) eintreten konnten, von der amtlichen deutschen Zeitgeschichtsforschung zunächst nicht gewußt, dann hartnäckig geleugnet und ist erst spät anerkannt worden:[5] ein weiteres Beispiel der >deutschen Neurose<, der krankhaften Sucht, nur Belastendes über das eigene Volk zu sammeln und zu veröffentlichen und alles Entlastende zu verschweigen, zu verdrängen oder gar zu unterdrücken.

---

[1] Ebenda; zitiert auch im Leserbrief von Dr. Richard BREYER, Marburg, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 27. 11. 1980.

[2] Zitiert von Alfred SCHICKEL, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 15. 11. 1980, S. 11.

[3] Ebenda, S. 10.

[4] Alfred SCHICKEL, *Zeitgeschichte am Scheideweg,* aaO. (Anm. 2), S. 30.

[5] Alfred SCHICKEL, *Geschichte ohne Zukunft,* aaO. (Anm. 2), S. 17.

Zur Schuld am Schicksal des Baltikums 1940-90

Nachdem die drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen im Ersten Weltkrieg - nicht unwesentlich mit deutscher militärischer Hilfe - ihre Unabhängigkeit nach langer russischer Fremdherrschaft errungen hatten, wurden sie im Juni 1940 wieder von der Sowjetunion annektiert. Die Öffentlichkeit - vor allem zum 50. Jahrestag dieser Vorgänge 1990 - und Teile der zeitgemäßen Geschichtsschreibung weisen der Reichsregierung die Schuld an dieser Besetzung zu, weil im Deutsch-sowjetischen Vertrag vom 23. August 1939 - in seinem geheimen Teil - Estland und Lettland, im Deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsabkommen vom 28. September 1939 - wieder im geheimen Teil - auch Litauen dem Interessenbereich der Sowjetunion zugeteilt worden war.

Dazu ist jedoch folgendes festzustellen, was heute meist verschwiegen wird, für eine gerechte Beurteilung aber entscheidend ist.

1. Die Festlegung von Interessensphären war nichts Neues: Insbesondere die Kolonialmächte Großbritannien, Frankreich und auch Rußland hatten früher gewisse Interessenbereiche gegeneinander abgesteckt und gegenseitig anerkannt, etwa in bezug auf Persien im englisch-russischen Vertrag vom August 1907.

2. Die Zubilligung von Interessenbereichen war kein Freibrief für eine Annexion der betreffenden Gebiete. Einer sowjetischen Annexion des Baltikums durch Moskau wollte Deutschland 1939 nicht zustimmen und hätte es auch nicht zugestimmt.

3. Die Sowjetregierung hatte bereits im April 1939 Großbritannien und Frankreich eine Regelung vorgeschlagen, die ihr praktisch freie Hand gegenüber den baltischen Staaten einräumte. Dieser Forderung stimmte Frankreich am 22. April 1939, England am 22. Juli 1939 zu. Die Westmächte haben also als erste, wenn überhaupt, das Baltikum an Moskau >ausgeliefert<. Erst unter dem Eindruck dieser bereits von den Westmächten gemachten Zugeständnisse an Moskau stimmte das Deutsche Reich nun ebenfalls Moskaus Forderung zu, das Baltikum (wie Finnland, zunächst noch ohne Litauen) der sowjetischen Interessensphäre zuzuerkennen.

4. Die deutsche Zustimmung zur Abgrenzung der Interessensphären erfolgte durch Reichsaußenminister Joachim von Ribbentrop erst, nachdem Stalin versprochen hatte, daß er auch künftig nicht an der inneren Struktur der baltischen Staaten rühren wolle. Die Reichsregierung hatte also, soweit sie es damals überhaupt vermochte, einer Annexion der baltischen Länder durch die Sowjetunion einen gewissen Riegel vorgeschoben. Eine Annexion dieser Staaten konnte auch gar nicht in ihrem Interesse und dem des Reiches liegen.



Am 16. Juni 1940 ziehen lettische Soldaten nach der Eidesleistung auf die >Arbeiter- und Bauernregierung< mit Bildern von WOROSCHILOW und MOLOTOW durch die Straßen Rigas. Zwei Tage vorher war ein ultimatives Schreiben MOLOTOWS an den litauischen Außenminister gegangen. Darin forderte der Sowjetrusse »das Einverständnis zum unverzüglichen Einmarsch sowjetischer Truppen zur Besetzung der wichtigstens Zentren Litauens, um die Durchführung des Beistandspaktes zu gewährleisten und allen Zwischenfällen vorzubeugen«...

5. Als die Sowjetunion im Juni 1940 während des überraschend erfolgreich verlaufenden deutschen Westfeldzuges die baltischen Staaten besetzte, hatte Deutschland nicht den geringsten Anteil daran, war jedoch durch die Operation in Frankreich voll in Anspruch genommen und konnte nicht reagieren.

6. Schon ein Jahr später, im Juni/Juli 1941, befreite die deutsche Wehrmacht das Baltikum wieder von der bolschewistischen Schreckensherrschaft, die Zehntausende von Einheimischen das Leben bei direkten Liquidierungen oder im Zuge von Massendeportationen nach Sibirien gekostet hatte. Nicht von ungefähr nahmen dann Zehntausende Esten, Letten und Litauer freiwillig an deutscher Seite am Kampf gegen die Sowjets teil.

7. Erst die Unterstützung der Westmächte für Moskau ermöglichte es, daß die Deutsche Wehrmacht zurückgedrängt wurde und die Rote Armee - teilweise erst nach Kriegsschluß am 8. Mai 1945 - das Baltikum wieder einnehmen konnte. Die Westmächte trugen also direkt zu STALINS Herrschaft im Baltikum bei, die das Deutsche Reich bis zuletzt hatte verhindern wollen und auch jahrelang verhindert hatte. Nach der erneuten sowjetischen Besetzung erfolgten wieder zigtausende von Ermordungen und Deportationen in den bolschewistischen Gulags.

8. Mit dem Rückzug der deutschen Truppen 1944/45 aus dem Baltikum, flohen viele Einheimische vor den Sowjets nach Deutschland, auch nach Schweden. Ein Großteil dieser Flüchtlinge wanderte dann in die USA aus, von wo sie nach der Befreiung und Unabhängigkeitserklärung der baltischen



Viele Letten, Esten und Litauer beteiligten sich ab Juni 1941 freiwillig an deutscher Seite am Kampf gegen die Sowjetunion.

Staaten um 1990 diese kräftig unterstützten. Auch das beweist, daß die Sowjets 1944/45 keine >Befreiung< von den Deutschen brachten, die in den baltischen Staaten lieber als die Rote Armee gesehen waren.

Daraus ergibt sich für den objektiven Historiker: Frankreich und England haben durch ihr frühes Nachgeben gegenüber Moskaus Forderungen sicher nicht weniger Schuld am schweren Schicksal des Baltikums zwischen 1940 und 1990 als Deutschland. In ihrer prekären Lage im August 1939 konnte die Reichsregierung zur Vermeidung eines Krieges nichts anderes tun, als die Sowjetunion aus dem Ring möglicher Feinde herauszubrechen. Dazu mußte sie mindestens die Angebote Frankreichs und Englands an Moskau machen. Für sie gab es praktisch keine Alternative nach den Angeboten der Westmächte, die in ihrem blinden Eifer gegen Deutschland verantwortungslos das Baltikum Moskau bereits geopfert hatten. Daß die baltischen Staaten dann 1944/45 wieder ein Raub der Sowjets wurden, was die Deutsche Wehrmacht verhindern wollte und in Kurland teilweise auch bis zum letzten Kriegstag verhindern konnte, und bis 1990 unterdrückt blieben, ist ebenfalls die Schuld der die UdSSR im Zweiten Weltkrieg mit allen Mitteln unterstützenden Westmächte.

Die Anklage Deutschlands in dieser Sache ist eine Geschichtsfälschung der Umerziehung, der sich auch viele Deutsche noch verpflichtet fühlen. Dadurch werden die geschichtlichen Tatsachen geradezu auf den Kopf gestellt.

Zum Norwegenfeldzug (Unternehmen >Weserübung<)

Man spricht heute allgemein verurteilend vom »deutschen Überfall auf Norwegen« 1940. Das ist einseitig und verzerrend. Es berücksichtigt nicht, daß das deutsche Unternehmen - die kühnste Landung der Kriegsgeschichte - der britischen Landung nur um Stunden vorauskam und daß die Alliierten ebenfalls Landungen und Einmärsche in neutralen Ländern vornahmen, wenn es ihnen für ihre Kriegsoperationen vorteilhaft erschien, etwa in den Fällen Grönland, Island und Persien.

Am 9. April 1940 landeten deutsche Verbände in Dänemark und Norwegen. Dänemark wurde kampflos nach vorheriger Absprache besetzt. In Norwegen erfolgte die Landung gleichzeitig in Kristiansand, Oslo, Stavanger, Bergen und Trondheim, wenig später bei Narvik. Sie war sehr verlustreich, da der norwegische König zum Widerstand gegen die Deutschen aufgerufen hatte und britische Minensperren zu passieren waren.

Das Deutsche Reich hatte in Norwegen und Schweden hauptsächlich wirtschaftliche Interessen. Entscheidend für Deutschland war das schwedische Erz. 1939 kam mehr als die Hälfte der Roheiseneinfuhr aus Schweden.[1] Die schwedischen Erze von Kiruna und Gällivare wurden in Lulea verschifft. Wenn der Bottnische Meerbusen zugefroren war, transportierte man das Erz mit der Bahn nach dem norwegischen Narvik, dessen Hafen wegen des Golfstromes das ganze Jahr über eisfrei ist.

Dieser Erzeinfuhr aus Schweden und über Norwegen kam große Bedeutung für die deutsche Kriegführung zu. Die militärischen Gesichtspunkte in bezug auf beide Länder traten dagegen zurück. Allerdings war die militärpolitische Betrachtung des skandinavischen Raumes Gegenstand mehrerer Studien in verschiedenen Ländern während der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg gewesen. Als Beleg sei zum Beispiel auf die Studie des deutschen Admirals Wolfgang WEGENER[2] aus dem Jahre 1929 verwiesen. Dennoch war eine Besetzung Norwegens kein Gegenstand deutscher militärischer Studien vor Kriegsbeginn.

Für das Deutsche Reich war die Neutralität Norwegens das Günstigste. Allerdings wurde von der Seekriegsleitung ständig geprüft, ob britische Absichten militärischer Art auf Norwegen bestanden. Von Großadmiral Erich RAEDER wurde erstmalig am 10. Oktober 1939 über die Norwegenfrage bei HITLER Vortrag gehalten.[3] RAEDER berichtete, daß ihm verschiedene Nachrichten vorlägen, die Absichten Englands auf Norwegen erkennen ließen. RAEDER wies dabei auf die verheerenden wirtschaftlichen Folgen einer britischen Besetzung Norwegens für Deutschland hin.

[1] Hellmuth Günther DAHMS, *Der Zweite Weltkrieg,* Rainer Wunderlich, Tübingen 1965, S. 104.

[2] Wolfgang WEGENER, *Die Seestrategie des Weltkrieges,* 1929.

[3] Kurt ASSMANN, *Deutsche Schicksalsjahre,* Eberhard Brockhaus, Wiesbaden 1950, S. 120; siehe auch Anm. 9.

Englische Vorbereitungen zur Landung in Norwegen

Lange schon trug sich vor allem der britische Marineminister CHURCHILL mit dem Gedanken, militärische Maßnahmen gegen Norwegen zu unternehmen, und er schlug insbesondere ab September 1939 solche Vorhaben vor. In Berlin wurden Meldungen gesammelt, die als Beweise für die Absichten der Alliierten anzusehen waren. Im Dezember 1939 berichtete der deutschfreundliche ehemalige norwegische Kriegsminister Vidkun QUISLING nach Berlin, daß Absprachen der norwegischen Regierung mit den Engländern über eine mögliche Landung in Norwegen bestünden. Im Juni 1940 wurden beim Frankreichfeldzug in La Charité an der Loire von deutschen Truppen Geheimakten des französischen Generalstabs erbeutet, die alliierte Pläne für die Schaffung von Fronten in Skandinavien und auf dem Balkan enthielten. Bereits für den 23. März 1940 war ein englischer Vorstoß gegen die norwegische Küste mit anschließender Besetzung geplant gewesen. Endgültig beschloß der Kriegsrat in London am 28. März 1940 den direkten Angriff auf die norwegische Neutralität. Deutschland war durch den >Altmark-Zwischenfall< gewarnt und kam dann mit seiner Besetzung des Landes ab 7. April 1940 den Briten, die am 8. April landen wollten, nur um Stunden zuvor.

Daß Norwegen weder fähig noch vor allem willens war, seine Neutralität wirksam zu schützen, zeigte der englische Überfall auf die >Altmark<. Diese war ein Versorgungsschiff des deutschen Panzerschiffes >Admiral Graf Spee<, das sich vor Montevideo, in der La Plata-Mündung, in aussichtsloser Lage gegen britische Übermacht am 17. Dezember 1939 selbst versenkt hatte. Die >Altmark< hatte 303 englische Kriegsgefangene an Bord und fuhr in norwegischen Gewässern. Norwegische Torpedoboote eskortierten das Schiff. Der britische Zerstörer >Cossack< kümmerte sich jedoch wenig darum, drang am 16. Februar 1940 in den Jössingfjord ein, enterte auf Anweisung Winston CHURCHILLS, des Ersten Lords der britischen Admiralität, die >Altmark< und befreite alle englischen Gefangenen.[4] Dabei wurden sieben deutsche Seeleute getötet, elf verletzt und die Räume der >Altmark< geplündert, obwohl die Deutschen keinen Widerstand leisteten.

Andere deutsche Handelsschiffe, wie der Dampfer >Nordland< bei Hustad oder die >Neuenfels< im Roßfjord, entgingen um diese Zeit nur knapp einem ähnlichen Schicksal durch Flucht. Norwegen protestierte kaum gegen diesen Bruch des Seerechts und zeigte dadurch sein geheimes Einverständnis mit England an.

Schon vor dem >Altmark-Zwischenfall< hatte Norwegen im Grunde seine Neutralität zugunsten Großbritanniens gebrochen:

Die norwegischen Behörden hatten den Engländern ein Kommando in Stavanger erlaubt,[5] und bereits ab 14. Februar 1940[6] durften alliierte Offiziere die vorgesehenen Ausladehäfen der norwegischen Westküste besichtigen. Ab 8. April 1940 wurde dann die norwegische Küste von den Engländern vermint.

[4] ASSMANN, ebenda, S. 124; E. B. POTTER u. a., *Seemacht. Von der Antike bis zur Gegenwart*, Manfred Pawlak Verlag, Herrsching 1986, S. 490 f.; Helmut SCHMOECKEL, »Altmark-Zwischenfall am 16. 2. 1940«, in: Franz W. SEIDLER u. Alfred M. DE ZAYAS, *Kriegsverbrechen in Europa und im Nahen Osten im 20. Jahrhundert*, Mittler, Hamburg-Berlin-Bonn 2002, S. 146 f.

[5] Ralph HEWINS, *Quisling — Verräter oder Patriot*, Druffel, Leoni 1972, S. 166.

[6] Siehe DAHMS, aaO. (Anm. 1), S. 107.

Der Oberst bei der deutschen Abwehr im Amt CANARIS (Militärischer Nachrichtendienst) und Leiter der dortigen Zentralabteilung, Hans OSTER, verriet den geplanten deutschen Angriff an den holländischen Militärattache in Berlin, Major SASS. Dieser informierte den dänischen und norwegischen Militärattache, so daß die Nachricht auch nach London kam.

Völkerrechtliche Gesichtspunkte

Das Völkerrecht verlangt, daß alle Kriegführenden mit gleichem Maß zu messen sind und etwaige Angriffe auf die Neutralität nach gleichen Grundsätzen und mit den gleichen Mitteln abzuwehren sind.[7] Es ist bestürzend, im Urteil des Nürnberger Rachetribunals[8] die Darlegungen zur deutschen Invasion in Dänemark und Norwegen zu lesen. In völliger Einseitigkeit werden nur die deutschen militärischen Maßnahmen dargestellt. Das englische Piratenstück mit der >Altmark< wird nicht einmal erwähnt! Es gibt auch Nachkriegsäußerungen in England, die das Nürnberger Urteil ebenso kritisch bewerten. So schrieb der anerkannte britische Militärschriftsteller LIDDELL HART:[9] »Einer der fragwürdigsten Punkte des Nürnberger Prozesses war es, daß man die Vorbereitung und Durchführung des Überfalls auf Norwegen unter die Hauptanklagepunkte gegen die Deutschen aufnahm. Es ist schwer zu verstehen, wie die britische und die französische Regierung die Stirn haben konnten, diese Anklage zuzulassen, und wie der öffentliche Ankläger für eine Verurteilung in dieser Hinsicht plädieren konnte. Das war einer der augenfälligsten Fälle von Heuchelei in der Geschichte.«

LIDDELL HART zitiert dazu einen britischen Verantwortlichen jener Zeit: »Lord HANKEY, damals Mitglied des Kriegskabinetts, stellte fest: >Vom Beginn der Planungen für die deutsche Invasion an zogen Großbritannien und Deutschland in ihren Plänen und Vorbereitungen ungefähr gleich. Großbritannien begann sogar ein wenig früher..., aber beide Pläne wurden fast gleichzeitig ausgeführt, wobei Großbritannien in dem sogenannten Aggressionsakt vierundzwanzig Stunden voraus war, wenn dieser Ausdruck tatsächlich anwendbar ist.< - Deutschlands Endspurt jedoch war schneller und wirksamer. Es gewann das Rennen um eine Nasenlänge.«

In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, wie oft England, Frankreich und die USA in ein anderes Land eingefallen sind.[10] Allein für die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg seien folgende Beispiele der Alliierten angeführt:

1. Am 11. Januar 1923 marschierten Franzosen und Belgier mit rund 100 000 Mann in das Deutsche Reich (Ruhrgebiet) ein.

2. Am 16. April 1940 besetzten die Engländer die unter dänischer Hoheit stehenden Färöer-Inseln (Schafinseln).

3. Am 10. Mai 1940 wurde Island, damals noch dänisches Hoheitsgebiet, unter Angabe fadenscheiniger Gründe von Großbritannien, am 7. Juli 1941 von den USA besetzt.

[7] XIII. Haager Abkommen, Art. 9.

[8] *DTV-Dokumente,* Deutscher Taschenbuch-Verlag, München 1961, S. 64-71.

[9] Basil Henry LIDDELL HART, *Geschichte des Zweiten Weltkrieges,* Fourier, Wiesbaden 1970, S. 84.

[10] Siehe auch die Aufstellung der meist gewaltsamen Eroberung britischer Kolonien von 1583 bis 1937, in: Giselher WIRSING (Hg.), *Der Krieg,* München ca. 1943; Neuabdruck in: *Deutschland in Geschichte und Gegenwart,* Nr. 3/1990, S. 28 f.

4. Im Jahre 1941 besetzten die USA das dänische Grönland.

5. Im Jahre 1941 zwangen Rußland und England die Perser zum Durchmarschrecht und besetzten das Land bis 1946. Diese Besetzung Irans war eine der offenkundigsten Neutralitätsverletzungen der neueren Geschichte. Denn zu Anfang des Zweiten Weltkrieges erklärte der Iran sofort seine Neutralität. Doch am 19. Juli 1941 sandten die britische und russische Regierung eine Protestnote an den Iran. Am 16. August folgte eine noch schärfere Protestnote. Später schrieb der Schah dazu: »Kürzlich habe ich die damaligen Protestnoten an meinen Vater nochmals nachgelesen, und ich muß sagen, daß sie in ihrer Fadenscheinigkeit geradezu kindlich wirken.«[11]

6. Am 24. Dezember 1980 besetzten die Russen Afghanistan.

7. Am 25. Oktober 1983 erfolgte eine Invasion amerikanischer Truppen in Grenada.[12]

8. Im Dezember 1989 überfielen die USA den Staat Panama. Am 25. Dezember 1989 ließ US-Präsident BUSH dort 24 000 US-Soldaten einmarschieren.[13]

Zwar zeitlich um einiges zurückliegend, doch als bezeichnend für den Geist der englischen Einstellung zu Macht und Völkerrecht sei die Bombardierung von Kopenhagen 1807 mit dem Raub der dänischen Kriegsflotte und Handelsflotte genannt, was England durchführte, weil sich das neutrale Dänemark nicht am englischen Krieg gegen Napoleon beteiligen wollte. Daher rührt die englische Bezeichnung *»to copenhagen«*.

[11] Mohammed Reza PAHLEWI, *Im Dienste meines Landes*, Bertelsmann, Gütersloh o. J., S. 61.

[12] *Meyers Jahres-Report 1984*, Bibliographisches Institut Mannheim 1985, S. 84.

[13] *Der Spiegel* vom 25. 12. 1989.



HITLER, der um die Absichten Englands hinsichtlich Norwegens wußte, ließ das Unternehmen >Weserübung< vorbereiten. Hier: Kriegsschiffe und Transporter bei Wilhelmshaven.

Eine Aufstellung der einzelnen Schritte ergibt:[14]

> September 1939: Drei Initiativen Churchills, den Krieg nach Skandinavien zu tragen (9., 19. u. 29. September).

> 10. Oktober: Vortrag von Generaladmiral Raeder bei Hitler. Dabei stellt Raeder die Nachteile und Belastungen einer deutschen Besetzung Norwegens heraus.

> 30. November 1939: Nach dem Angriff Rußlands auf Finnland verhandeln die Alliierten sofort mit skandinavischen Ländern wegen eines Durchmarschrechtes für die Alliierten, was die Besetzung derselben für Norwegen und Schweden bedeutet hätte.

> 14. Dezember 1939: Hitler läßt >Studie Nord< anfertigen.

> 16. Dezember 1939: Churchill erklärt in einer Denkschrift an das britische Kriegskabinett die »britische Beherrschung der norwegischen Küste zum strategischen Ziel erster Ordnung« und schlägt Besetzung von Bergen und Narvik vor.

> 30. Dezember 1939: Raeders Vortrag bei Hitler. Er nennt Neutralität Norwegens die »beste Lösung«, betont aber, daß Norwegen nicht in britische Hände fallen dürfe.

> 6. Januar 1940: Britische Note droht Norwegen und Schweden »geeignete Maßnahmen« an gegen Benutzung der Hoheitsgewässer durch deutsche Handelsschiffe und für Einlaufen und Operieren britischer Kriegsschiffe in diesen Gewässern.

> 16. Januar 1940: Beginn der französischen Vorbereitungen für die Besetzung Norwegens.

> Erst jetzt, im Januar 1940, wird der deutsche Amtsleiter Scheidt beauftragt, im freien Buchhandel Norwegens topographische Karten zur Verwendung in den Stäben der deutschen Wehrmacht zu beschaffen und über Kurierpost nach Berlin zu schicken.

> 20. Januar 1940: Churchill fordert öffentlich die Neutralen auf, auf die Seite der Alliierten zu treten.

> 27. Januar 1940: Jetzt erst wird durch Hitler die Aufstellung eines Planes >Weserübung< befohlen.

> 6. Februar 1940: Halifax teilt Norwegen mit, daß Großbritannien sich Stützpunkte in Norwegen schaffen wolle, »um den deutschen Erztransport von Narvik zu stoppen«. (Man hatte dagegen die Worte des britischen Premiers: »In keinem Augenblick haben die Alliierten eine Besetzung skandinavischen Hoheitsgebietes ins Auge gefaßt«.)

> 16. Februar: >Altmark<-Zwischenfall.

> 21. Februar 1940: Der französische Ministerpräsident Daladier fordert erneut die Besetzung Norwegens.

> 26. März 1940: Hitler befiehlt Durchführung >Weserübung<. Zeitpunkt bleibt offen.

[14] Nach: Emil Maier Dorn, *Welt der Täuschung und der Lüge,* Großaitingen 1974, S. 127 f.



Norwegen nach dem Abzug der britischen Truppen.



General Eduard DIETL zeichnete sich bei der Verteidigung Narviks aus.

> 28. März 1940: Endgültiger Beschluß des Obersten Kriegsrates der Alliierten für Legen der Minen am 5. April 1940 und Auslaufen von Transportern zur Bildung von Stützpunkten in Norwegen.

> 2. April 1940: HITLER befiehlt Durchführung >Weserübung< für den 9. April 1940.

> 4. April 1940: CHAMBERLAIN im Unterhaus: »HITLER hat den Anschluß versäumt«.

> 5. April 1940: Der britische Oberste Kriegsrat beschließt, Minen vor norwegische Küste zu legen.

> 7. April 1940: Einschiffung von Expeditionstruppen auf britischen Kriegsschiffen und Transportern.

> 7. April 1940: Sämtliche deutschen Kriegsschiffe und Transporter der ersten Staffel zufolge >Weserübung< in See.

> 8. April 1940: Ohne Widerstand anwesender norwegischer Seestreitkräfte legen britische Zerstörer Minen im Vest-Fjord.

> 9. April 1940: Deutsche Streitkräfte besetzen Norwegen.

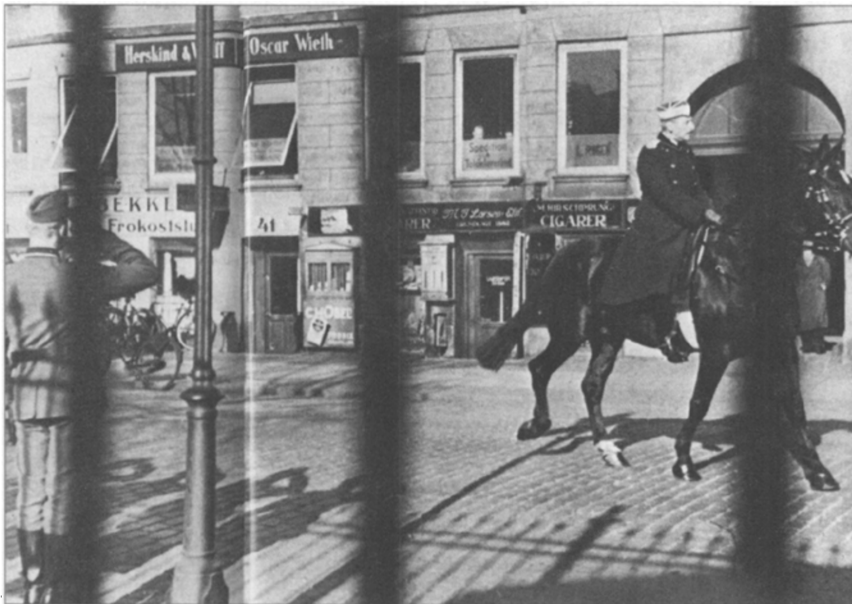
Weiterführende Literatur:
H. H. AMBROSIUS, *Unser Kampf in Norwegen,* F. Bruckmann, München 1940.
W. HUBATSCH, *Die deutsche Besetzung von Dänemark und Norwegen 1940,* Musterschmidt, Göttingen 1952.

Dänen lebten im Zweiten Weltkrieg besser als Deutsche

Es wird oft behauptet, daß die deutsche Besatzung in den verschiedenen Ländern diese Gebiete ausgeraubt und ausgebeutet habe. Das deutsche Volk habe während des Zweiten Weltkrieges auf Kosten seiner Nachbarn gut gelebt, denen die eigenen Nahrungsmittel entzogen worden seien. Das trifft nicht zu. In einigen von der Wehrmacht besetzten Staaten hatte die Bevölkerung im allgemeinen sogar mehr Lebensmittel zur Verfügung als die Deutschen. Das gilt insbesondere für die letzte Zeit des Zweiten Weltkrieges, als in Deutschland wegen der pausenlosen alliierten Luftangriffe die Versorgung schwieriger wurde. Zu den besetzten Ländern, die bis zum Kriegsende keine Not litten und wegen praktisch fehlender Kriegshandlungen gut diese Zeit überstanden, gehörten vor allem die Tschechei, Dänemark und Norwegen.

In einer Beschreibung der Lebensverhältnisse in Dänemark zwischen 1940 und 1945 heißt es:[1]

»Von verschiedenen Seiten wurde immer wieder beanstandet, daß die Dänen beträchtlich höhere Rationen hatten als die Deutschen, und gefordert, daß durch die Herabsetzung der dänischen Rationen weitere Lebensmittel für Deutschland frei gemacht würden. Immer wieder wehrte der Reichsbevollmächtigte diese Forderungen ab, indem er darauf hinwies, daß die Produktionsfreudigkeit der dänischen Landwirtschaft durch Kürzung der



Das Verhältnis zwischen Dänen und deutscher Besatzung verlief nahezu reibungslos. Hier der dänische König beim Ausritt – ein deutscher Soldat erweist die Ehrenbezeugung. (Aus: *Der Zweite Weltkrieg,* Gütersloh, o.J.)

[1] Aus: Siegfried MATLOH (Hg.), *Dänemark in Hitlers Hand,* Husum-Verlag, Husum 1988, S. 79

eigenen Rationen der Bauern und der Rationen ihrer Verwandten in den Städten katastrophal beeinträchtigt werden und daß ein Teil der verringerten Produktion auch noch im Schwarzhandel verschwinden würde, den es bisher angesichts der ausreichenden Versorgung der Bevölkerung fast nicht gab. Infolge der Abwehr aller Herabsetzungsforderungen blieben die dänischen Rationen bis zum Kriegsende ungekürzt. Das bedeutet, daß die Dänen nicht nur besser lebten als die Deutschen, sondern sogar besser als die Bewohner des nicht besetzten und scheinbar vom Kriege unberührten Schweden!«

Die deutschen Besatzungstruppen in Dänemark waren angehalten, sich gegenüber der dänischen Bevölkerung zuvorkommend zu verhalten und eingedenk zu sein, daß sie sich in einem »befreundeten Land« befänden. In einem damaligen »Merkblatt für das Verhalten in Dänemark« heißt es:

»Jeder Deutsche muß sich bewußt sein, daß er nicht Feindesland, sondern befreundetes Land betritt, in das die Truppe nur zum Schutze des Königreichs Dänemark eingerückt ist.
Jeder Deutsche in Dänemark muß sich jederzeit klar bewußt sein, daß auch er das Deutsche Reich vertritt und nach seiner Haltung Deutschland gewertet wird.
Beim Zusammentreffen mit Dänen ist alles zu unterlassen, was die nationale Ehre des Dänen kränken kann. Der dänischen Frau ist mit Achtung zu begegnen. Politische Auseinandersetzungen sind zu vermeiden, ebenso jede unnötige Schärfe und Bevormundung.
Vorsicht bei Gesprächen! Die Kenntnis der deutschen Sprache ist sehr verbreitet.
Reichsbank- und Rentenbanknoten oder deutsches Hartgeld werden in Dänemark nicht angenommen. Zahlungsmittel sind lediglich Reichskreditkassenscheine (R. K. K.-Scheine) oder dänische Kronen.
Rationierte Lebensmittel in Dänemark sind: Kaffee, Tee, Kakao, Margarine und Zucker. Der Ankauf dieser Lebensmittel ist für alle einreisenden Zivilpersonen, für einzelne Soldaten und für Truppeneinheiten verboten. Hamsterkäufe von Waren, gleichgültig welcher Art, sind verboten. Eine Übertretung dieses Verbotes wird schärfstens bestraft.

Der Befehlshaber der deutschen Truppen in Dänemark
KAUPISCH

Der Gesandte und Bevollmächtigte des Deutschen Reiches
VON RENTHE-FINK

Luftangriff auf Rotterdam

Zusammen mit den kriegsrechtlich berechtigten deutschen Luftangriffen auf das als Festung verteidigte Warschau am 24. /25. September 1939 und auf die Waffenindustriestadt Coventry am 14. November 1940 wird häufig der Bombenabwurf auf Rotterdam am 14. Mai 1940 als Beweis dafür angeführt, daß die Luftwaffe völkerrechtswidrig den Bombenkrieg gegen die Zivilbevölkerung begonnen und damit den späteren alliierten Bombenterror gegen deutsche Städte provoziert habe. Wie in den anderen genannten Fällen trifft dieser Vorwurf auch für Rotterdam nicht zu: Es handelte sich hier eindeutig um eine völkerrechtlich gedeckte Unterstützung der vor der vergeblich zur Kapitulation aufgeforderten Stadt liegenden Bodentruppen durch die Luftwaffe. Angeblichen Opferzahlen von bis zu 30000 Zivilisten - so von CHURCHILL in der britischen Kriegspropaganda herausgestellt[1] - stehen die wirklichen von knapp 1000 gegenüber.[2] IRVING gibt insgesamt 900 Todesopfer an,[3] PIEKALKIEWICZ »über 900«.[4]

Am 14. Mai 1940 war der Angriff der deutschen Fallschirmjäger, die keine schweren Waffen besaßen, auf die Brücke über die Neue Maas am Stadtrand von Rotterdam steckengeblieben. Holländische Truppen verteidigten den Stadtteil nördlich der Brücke. Die Stadt wurde um 12 Uhr durch Oberstleutnant VON CHOLTITZ zur Kapitulation aufgefordert, die aber von Rotterdams Stadtkommandanten Oberst SCHARROO abgelehnt wurde. Daraufhin wurde Luftunterstützung angefordert, deren Angriff auf 15 Uhr angesetzt war.[4]

Diese kam aus dem entfernten Niedersachsen von Delmenhorst, Hoya und Quakenbrück. Da die deutschen Sturzkampfbomber (Stukas) zu der Zeit in Nordfrankreich eingesetzt waren, kamen normal fliegende Bomber mit damals geringerer Zielgenauigkeit zum Einsatz. Um dennoch nur das kleine Zielgebiet zu treffen und Fehlabwürfe möglichst zu vermeiden, war die Abwurfhöhe auf nur 750 m festgelegt worden.[2]

Als die deutschen Staffeln bereits in der Luft waren, traf die Meldung von der nun bestehenden Kapitulationsbereitschaft der Stadt bei den deutschen Angreifern ein. Da keine Funkverbindung zu allen Maschinen bestand, gelang es nicht mehr, alle 100 gestarteten Maschinen vom nun überflüssigen Bombardement zurückzuhalten: Weil ein im Rotterdamer Hafen liegendes Schiff starken Rauch erzeugte, konnten 57 Flugzeuge die entsprechenden deutschen roten Leuchtsignale nicht erkennen und warfen ihre Bomben auf das befohlene Zielgebiet ab. Es wurden 95 t Sprengbomben, keine Brandbomben geworfen. Das Zusammentreffen unglücklicher Umstände ließ dennoch einen großen Brand entstehen: Durch schwere Treffer auf eine Margarinefabrik floß brennendes Öl durch die Straßen der historischen Altstadt.

[1] David IRVING, *Göring,* Rowohlt, Reinbek 1989, S. 431.

[2] Horst BOOG, »Bombardierung von Rotterdam am 14. 5. 1940«, in: Franz W. SEIDLER und Alfred M. DE ZAYAS, *Kriegsverbrechen in Europa und im Nahen Osten im 20. Jahrhundert,* E. S. Mittler & Sohn, Hamburg-Berlin-Bonn 2002, S. 153.

[3] IRVING, aaO. (Anm. 1), S. 430.

[4] Janusz PIEKALKIEWICZ, *Der Zweite Weltkrieg,* Manfred Pawlak, Herrsching 1986, S. 250.


Beim deutschen Luftangriff am 14. Mai 1940 wurden zahlreiche Gebäude Rotterdams weitgehend zerstört. Der militärische Erfolg stellte sich sofort ein: Nur Stunden nach dem Angriff kapitulierte der holländische Oberbefehlshaber General WINKELMANN.

»Die Zerstörung eines Hauptwasserrohres und die unzureichende Ausrüstung der Feuerwehren verhinderten jedoch eine effektive Bekämpfung der ausbrechenden Brände, so daß innerhalb des Zieldreiecks zahlreiche Gebäude zerstört wurden. Der die deutschen Bodentruppen vor Rotterdam befehligende General SCHMIDT und andere Offiziere bekundeten bei den Übergabeverhandlungen ihr Bedauern über den Luftangriff, der nicht nötig gewesen wäre, wenn die Stadt rechtzeitig kapituliert hätte.«[1]

Auch strategisch hatte der Angriff Erfolg, was seine militärische Berechtigung erwies: Nicht zuletzt auf ihn war zurückzuführen, daß noch am selben Abend der holländische Oberbefehlshaber General WINKELMANN die Kapitulation aller niederländischen Streitkräfte anbot,[2] die am folgenden Tag unterzeichnet wurde, so daß das restliche Holland ohne weitere Kriegsopfer auf beiden Seiten besetzt werden konnte und die in Nordfrankreich im Kampf stehenden deutschen Truppen durch die im Norden freiwerdenden Einheiten Unterstützung erhielten.

Unter Fachleuten wird allgemein dieser Bombenabwurf auf Rotterdam als im Rahmen des damals geltenden Kriegsvölkerrechts erlaubt angesehen und nicht als Kriegsverbrechen beurteilt. So erklärte beispielsweise der britische Luftkriegshistoriker Noble FRANKLAND, daß die Bombardierung der Stadt nach dem 1940 gültigen Kriegsrecht zulässig gewesen sei.[3] Rolf Kosiek

---

[1] BOOG, aaO. (Anm. 2), S. 154; s. auch: ders., »Die Operationen der Luftwaffe gegen die Niederlande, 10.-15. Mai 1940«, in: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hg.), *Ideen und Strategen 1940,* Busse und Seewald, Herford 1990.

[2] Hans-Adolf JACOBSEN und Jürgen ROHWER, *Entscheidungsschlachten des zweiten Weltkrieges,* Bernard und Graefe, Frankfurt/M. 1960, S. 27.

[3] Noble FRANKLAND, *The Bombing Offensive Against Germany,* London 1965.

Zum Streit um Dünkirchen 1940

Am 24. Mai 1940 befahl HITLER den überraschten Militärs, vor Dünkirchen anzuhalten, so daß das britische Expeditionskorps samt vielen Franzosen auf die Insel entkommen konnte. Der wohl zutreffenden Begründung, der Reichskanzler habe damit seinen Friedensbemühungen gegenüber England dienen wollen, wird immer wieder widersprochen.

So antwortete im Rahmen eines ganzseitigen FAZ-Interviews' der angesehene britische Historiker und HITLER-Biograph Ian KERSHAW[2] auf die Frage »Wie beurteilen Sie die noch immer rätselhafte Entscheidung, die Armee vor Dünkirchen zum Halten zu bringen?« einleitend: »Der Befehl, die Panzer nicht weiter nach Dünkirchen zu schicken, ging auf eine Empfehlung von RUNDSTEDT zurück. Es war keine willkürliche Entscheidung HITLERS. RUNDSTEDT wollte die Panzer aufsparen für den Kampf in Frankreich. Das war natürlich ein fataler Fehler, das hat HITLER selber innerhalb von 24 Stunden eingesehen.«

Obwohl manches an HITLERS genannter Entscheidung vom 24. Mai 1940 zugunsten der Briten, dem von diesen als »Wunder von Dünkirchen« angesehenen Entkommen von rund 338000 Mann, davon 110000 Franzosen, noch »rätselhaft« ist, trifft KERSHAWS Aussage wohl nicht zu und dient eher dazu, HITLERS Friedensinitiativen und sein langes Bemühen, mit Großbritannien zu einem Ausgleich zu kommen, in Zweifel zu ziehen und in Vergessenheit geraten zu lassen.

Zur Richtigstellung schrieb Dr. Gert KNOBLAUCH[3] in einem Leserbrief u. a.: »Aber laut Bezeugung des Generals BLUMENTRITT war es gerade Generalfeldmarschall VON RUNDSTEDT, der zusammen mit den Generälen VON BRAUCHITSCH, HALDER und GUDERIAN stärkste Einwendungen« gegen diesen persönlichen Befehl HITLERS< erhob. Und VON RUNDSTEDT selbst äußerte sich zu dem Geschehen: >HITLER befahl einzuhalten. .. alle unsere Einsprüche waren erfolglos. So ging eine ganz große Gelegenheit verloren, den Feind zu vernichten.« Es sei zweifelhaft, was HITLER ZU diesem unheilvollen Entschluß< veranlaßte. Einmal habe er gesagt, die Panzer seien für den späteren Angriff gegen Frankreich wegen Ausfällen nicht mehr stark genug, ein andermal, daß er England >für den Frieden geneigt« machen wolle. VON RUNDSTEDT hat also eine Maßnahme ausdrücklich kritisiert, die er laut KERSHAW angeblich empfohlen haben soll.«

Nachdem er die »Weiterentwicklung hin zur Mythenbildung, im Fortschritt fort von unpassenden gegenteiligen Aussagen der Zeitzeugen« kritisiert hatte, fügte KNOBLAUCH noch an: »Genauere Auskunft über die damaligen Vorgänge würde das Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht (KTB) geben, das 1945 komplett in westalliierte Hand geriet.

[1] Interview von Stefan AUST U. Frank SCHIRRMACHER mit Ian KERSHAW, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 19. 3. 2005, S. 36.

[2] Ian KERSHAW schrieb u.a. die zweibändige HITLER-Biographie: *Hitler 1889-1945,* 2 Bde., Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1998 u. 2000.

[3] Leserbrief von Dr. Gert KNOBLAUCH, Neckargemünd, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 13. 4. 2005.



Im Kessel von Dünkirchen suchen britische Truppen Dekkung vor deutschen Bomben.

Aber wie das Schicksal so spielt, kamen gerade die hier interessierenden Teile des KTB den Westalliierten abhanden - und darüber hinaus verschwanden sogar auch noch die privaten Notizbücher des KTB-Führers GREINER für den entsprechenden Zeitraum spurlos. Ein nicht zu unterschätzender Vorteil für die Mythenbildung.«

Es ist wieder bezeichnend und wohl kaum dem Zufall zuzuschreiben, daß in den von den Alliierten 1945 erbeuteten deutschen Akten gerade die hier interessierenden Seiten und Belege fehlen.

Als Zeitzeuge schrieb der beteiligte General der Panzertruppen Heinz GUDERIAN (17. 6. 1888-14. 5. 1954): »HITLER hielt den linken Heeresflügel an der Aa an.« Er kritisierte den »verhängnisvollen Halt-Befehl HITLERS« scharf, dies sei »ein Eingriff der obersten Führung in die Operationen, der den Verlauf des ganzen Krieges in der nachteiligsten Weise beeinflussen sollte«. »Wir waren sprachlos.«[1]

HITLERS damaliger Adjutant VON BELOW hielt in seinen Erinnerungen fest: »Die Panzerverbände der Generale GUDERIAN und REINHARDT. .. erhielten (am 24. Mai) den von HITLER ausgegebenen Befehl, nicht weiter vorzugehen. . . Diese Anweisung löste allgemeine Wut und viel Widerspruch aus. BRAUCHITSCH und HALDER hatten versucht, HITLER von dieser Entscheidung abzubringen.«[2]

Der direkt beteiligte General VON RUNDSTEDT erinnerte sich später: »Der Führer rechnete mit einer schnellen Beendigung der Operationen im Westen. Er wollte zwischen dem Reich und Großbritannien keine nicht wiedergutzumachenden Tatsachen schaffen, denn er hoffte, daß es zwischen den

---

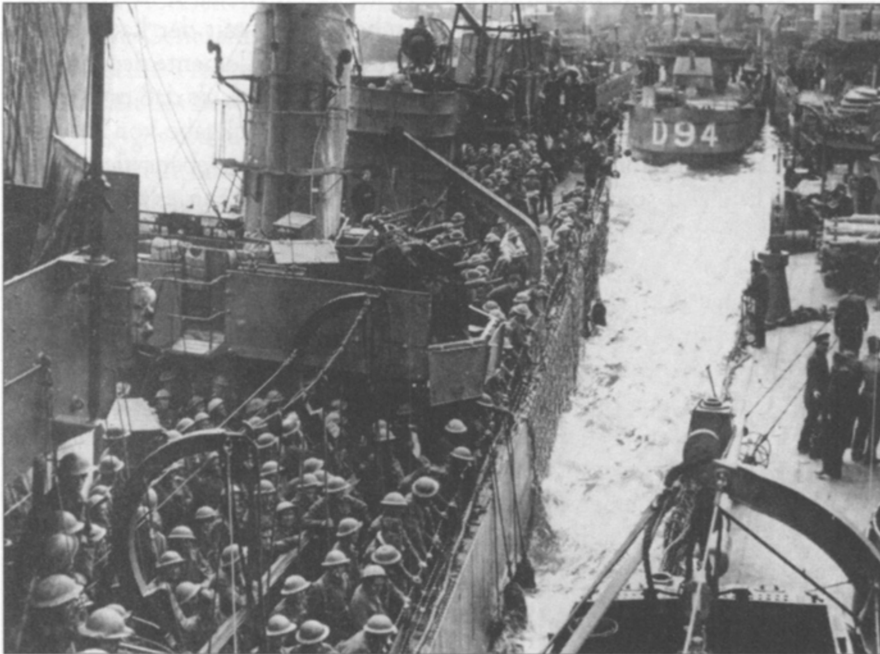
[1] Heinz GUDERIAN, *Erinnerungen eines Soldaten,* Kurt Vowinckel, Heidelberg 1951, S. 104 f.

[2] Nicolaus VON BELOW, *Als Hitlers Adjutant 1937-45,* v. Hase & Koehler, Mainz 1980, S. 232, Neuauflage: Pour le Mérite, Selent 1999.

beiden Ländern doch noch zu einem Vergleich kommen werde. Er hat die Masse des britischen Expeditionskorps absichtlich entrinnen lassen, um Friedensgespräche zu erleichtern.«[3]

Als Erlebniszeuge berichtet Hans Severus ZIEGLER von einem Abend in kleinem Kreis mit HITLER Ende Juli 1940 im Hotel >Elephant< in Weimar:[4] »Unter anderem weiß ich von dieser Stunde her aus seinem Munde, also authentisch, daß er jenen den meisten Generälen unverständlichen Abzug der größten Teile der geschlagenen englischen Truppen bei Dünkirchen aus sehr triftigen politischen Gründen hat geschehen lassen. .. HITLER hat den Generalen RUNDSTEDT, BLUMENTRITT und SODENSTERN seinen Haltebefehl in allen Einzelheiten begründet, vor allem mit dem Hauptargument, daß er mit England zu einem Frieden kommen wolle, der nicht gegen dessen Ehre sei.«

Der britische Militärhistoriker LIDDELL HART befaßt sich in seiner *Geschichte des Zweiten Weltkrieges* ausführlich mit der Dünkirchen-Frage, zu der er



In neun Tagen entkamen 230 000 Briten und 110000 Franzosen. Welche Auswirkungen HITLERS Befehl auch gehabt haben mag, eines steht fest: Die Abtransportierten bildeten den Grundstock der Invasion im Juni 1944. Die Alliierten verloren 272 Schiffe, darunter 9 Zerstörer.

---

[3] Nach SPEARS, *Assignment to catastrophe,* London 1953, Bd. I., S. 1654 f., zitiert in: Peter KLEIST, *Aufiruch und Sturz ¿es Reiches. Auch Du warst dabei,* K. W. Schütz, Göttingen 1968, S. 231.

[4] Hans Severus ZIEGLER, *Adolf Hitler aus dem Erleben dargestellt,* K. W. Schütz, Göttingen 1964, S. 81.



Heimgekehrte britische Soldaten vom >Wunder< von Dünkirchen.

die betreffenden deutschen Generale später selbst befragen konnte. Er zitiert General BLUMENTRITT, RUNDSTEDTS Operationsplaner, »mit den merkwürdigen Äußerungen HITLERS in ihrem Hauptquartier« am 24. Mai 1940: »HITLER war bester Stimmung. Er gab zu, daß der Verlauf des Feldzugs >ein wahres Wunder< war, und meinte, der Krieg werde in sechs Wochen zu Ende sein. Danach wollte er einen vernünftigen Frieden mit Frankreich schließen, und dann wäre der Weg frei für eine Verständigung mit England.

Dann sprach er zu unserer Verblüffung bewundernd vom britischen Weltreich, von der Notwendigkeit seiner Existenz und von der Zivilisation, die England der Welt gebracht hatte. Er bemerkte mit einem Achselzukken, das Empire sei mit Mitteln errichtet worden, die oft hart waren, aber >wo gehobelt wird, fallen Späne<. Er verglich das britische Empire mit der katholischen Kirche - beide seien wesentliche Elemente der Stabilität der Welt. Er sagte, er wolle von England nichts anderes, als daß es Deutschlands Stellung auf dem Kontinent anerkenne. Die Rückgabe von Deutschlands verlorenen Kolonien sei wünschenswert, aber nicht lebenswichtig, und er würde England sogar mit Truppen unterstützen, wenn es irgendwo in Schwierigkeiten verwickelt würde. Er bemerkte, die Kolonien seien in erster Linie eine Prestigefrage, da sie im Krieg nicht gehalten werden könnten und nur wenige Deutsche könnten sich in den Tropen ansiedeln.

Er schloß, sein Ziel sei es, Frieden mit Großbritannien zu schließen auf einer Grundlage, die es als ehrenhaft betrachten würde.«[9]

LIDDELL HART fügt an: »Da diese Darstellung von Generalen stammt, die HITLER sehr kritisch gegenüberstanden und die zugeben, daß sie selbst die britische Armee vernichten wollten, ist sie von um so größerer Bedeutung.«[10] Und er urteilt abschließend: »Es ist sehr wahrscheinlich, daß neben den militärischen auch politische Gründe mitspielten bei einem Mann, der eine Neigung zur politischen Strategie hatte und dessen Gedankengänge sehr verschlungen waren.«[11]

Dennoch vertraten und vertreten deutsche Historiker, insbesondere die der Umerziehung verpflichteten, KERSHAWS Ansicht und sind wie etwa JACOBSEN und ROHWER 1960 nicht der Meinung, HITLER habe aus politischen Gründen gehandelt, sondern bezweifeln, daß er in einer »ritterlichen« Geste das britische Expeditionskorps samt vielen Franzosen bei Dünkirchen 1940 im Hinblick auf zukünftige Friedensverhandlungen mit CHURCHILL habe entkommen lassen wollen. Sie bezeichnen ihrerseits letzteres als eine der »zahlreichen Nachkriegslegenden«.[12]

Rolf Kosiek

[9] Ebenda S. 114 f.
[10] Ebenda S. 115.
[11] Ebenda S. 116. Dieselben Zitate in etwas anderer Übersetzung auch in: LIDDELL HART, JETZT *dürfen sie reden,* Stuttgarter Verlag, Stuttgart-Hamburg 1950, S. 248 f.
[12] Hans-Adolf JACOBSEN u. Jürgen ROHWER, *Entscheidungsschlachten des Zweiten Weltkrieges,* Bernard und Graefe, Frankfurt/M. 1960, S. 43 f.

An deutsche Truppen in Frankreich 1940

Die HEER-REEMTSMAsche Anti-Wehrmachtausstellung versuchte, und ihre Neubearbeitung versucht, die deutschen Soldaten des Zweiten Weltkrieges als furchtbare Besatzer darzustellen und sie wahrheitswidrig zu diffamieren. An anderer Stelle wird mehrfach auf Ehrenerklärungen für die[1] und auf Urteile über die Soldaten der Wehrmacht[2] sowie auf deren Disziplin[3] hingewiesen.

Diese stand hoch über der mancher alliierter Einheiten, die sich Plünderungen und Massenvergewaltigungen erlaubten.

Ein deutscher Soldat, während der Besatzungszeit auf dem Pariser Montmartre malend. Man beachte den durchaus wohlwollenden Blick der umstehenden Franzosen.



Als ein weiteres Beispiel dafür, wie die deutsche Führung sich für eine vorbildliche Haltung der deutschen Soldaten einsetzte, sei der >Tagesbefehl Nr. 72< angeführt, den Anfang Juli 1940 Generaloberst Wilhelm LIST, der spätere Generalfeldmarschall, in Frankreich an seine Truppen erließ:[4]

»Die Zeit des Bewegungskrieges in Frankreich, der gewaltige Anforderungen an die Truppe gestellt und daher manche Maßnahme veranlaßt hat, die unter normalen Verhältnissen nicht gerechtfertigt gewesen wäre, ist vorüber. Im nunmehrigen Bereich der Armee ist die Bevölkerung in den Städten und Dörfern großenteils verblieben oder inzwischen wieder in diese zurückgekehrt. Die Aufrechterhaltung der militärischen Zucht und Ordnung sowie das Ansehen des deutschen Heeres erfordert ein korrektes Verhalten jedes einzelnen. Der Soldat muß wissen, daß das Privateigentum der Bewohner des feindlichen Landes unantastbar und durch das Völkerrecht geschützt ist. Es ist dabei unwesentlich, ob die Eigentümer zurückgeblieben

---

[1] Beitrag »Ehrenerklärungen für die deutschen Soldaten«, in: *Der Große Wendig,* Bd. 2.

[2] Beiträge »Ukrainer über deutsche Soldaten« und »Französische Besatzungsherrschaft in Stuttgart«, in: *Der Große Wendig,* Bd. 2.

[3] Beitrag »Die Deutsche Wehrmacht im Urteil«, in: *Der Große Wendig,* Bd. 2.

[4] Zitiert in: Erich KERN (Hg.), *Verheimlichte Dokumente. Was den Deutschen verschwiegen wird,* FZ-Verlag, München 1988, S. 225 f.

sind oder infolge höherer Gewalt ihren Besitz vorübergehend verlassen haben. Ich befehle daher:

1. In bewohnten Grundstücken ist jede eigenmächtige Aneignung von Gegenständen, auch des täglichen Bedarfs, verboten. Unter das Verbot fällt auch die Aneignung von Alkoholbeständen, landwirtschaftlichen und gärtnerischen Erzeugnissen.

Grundsätzlich ist in verlassenen Häusern das Eigentum der geflüchteten Landeseinwohner ebenfalls unangetastet zu lassen. Es bestehen jedoch keine Bedenken, wenn vorhandene Lebensmittelvorräte sowie landwirtschaftliche und gärtnerische Erzeugnisse, die sonst der Gefahr des Verderbens ausgesetzt wären, zur zusätzlichen Verköstigung der Truppe aufgebraucht werden. Dabei darf es sich jedoch nur um Sachen geringen Wertes handeln. Von dem Vorhandensein größerer Vorräte in noch verlassenen Unterkünften ist dem jeweiligen Ortskommandanten Meldung zu machen. Dieser hat im Vernehmen mit der einheimischen Ortsbehörde für eine geeignete Verwertung dieser Gegenstände zu sorgen.
Jeder Verstoß gegen diesen ausdrücklichen Befehl wird künftig entweder disziplinär oder, soweit erforderlich, gerichtlich bestraft.

2. Der Soldat hat alles, was er über das ihm dienstlich Gelieferte hinaus benötigt, ordnungsgemäß zu kaufen. Die Disziplinarvorgesetzten haben durch Belehrung darauf hinzuwirken, daß ihre Truppe bei ihren Einkäufen Maß hält.

3. Die Vornahme von Beitreibungen ist allgemein verboten.

Die Disziplinarvorgesetzten haben ihre Untergebenen eindringlich und wiederholt über diesen Befehl zu belehren. Sie sind für die genaue Einhaltung und Durchführung dieses Befehls verantwortlich.

Der Oberbefehlshaber der 12. Armee: gez. LIST, Generaloberst.«

»Im Juni 1940 war der dickbäuchige Boche mit Pickelhaube, der kleinen Kindern vergiftete Bonbons schenkte, in den Köpfen vieler Franzosen bereits gestorben. Schlimmer noch: Die höflichen Boches halfen den Müttern, ihre Kinderwagen in die Straßenbahn zu heben, boten älteren Frauen in der Metro ihren Platz an, ihre Militärkapellen spielten Bach oder Beethoven in den öffentlichen Anlagen. Kurzum, eine mehrere hunderttausend Mann starke Armee war in Frankreich eingefallen, praktisch ohne Vergewaltigungen zu verüben (einige sehr seltene Fälle wurden schwer bestraft). Selbst die unerbittlichsten Deutschenhasser waren erschüttert und mußten zugeben: >Das ist ja bedauerlich, aber. . .< Die Franzosen sind gewissermaßen befreit, von ihrer uralten Angst befreit, und denken insgeheim: >Uff! Was für eine Angst wir gehabt haben! Umsonst!<«

Aus: Philippe GAUTIER, *Deutschenangst-Deutschhaß,* Grabert, Tübingen 1999, S. 83.

Fühlten sich alle Franzosen 1944 befreit?

Die Rückeroberung Frankreichs 1944 durch die Anglo-Amerikaner wird als >Befreiung< (*libération*) bezeichnet. Haben sich aber alle Franzosen von deutscher Unterdrückung< befreit gefühlt?

Der Sohn General EISENHOWERS, der kurz nach der Landung die Normandie besuchte, schrieb: »Ich sah überhaupt keine Spur von Ausbeutung der Bevölkerung durch die Deutschen. . . Die Leute waren zwar nicht feindlich gesonnen, aber keineswegs begeistert.«[1] Später erklärt er sogar: »Sie schienen nicht nur gleichgültig, sondern mürrisch zu sein. Man muß sich wirklich fragen, ob diese Leute überhaupt befreit werden wollten!«[2]

Der englische Feldmarschall Lord Alan BROOKE, der am 12. 6. 1944 mit CHURCHILL zusammen in die Normandie kam, wunderte sich: »Ich war überrascht, wie wenig das Land unter der deutschen Besatzung und fünf Jahren Krieg gelitten hatte.« Er schrieb dann an anderer Stelle: »Die französische Bevölkerung scheint in keiner Weise erfreut zu sein, daß wir als siegreiche Armee kommen, um Frankreich zu befreien. Sie waren vorher ganz zufrieden, und wir bringen Krieg und Zerstörung in ihr Land.«[3]

Manche Franzosen waren über diese Art der >Befreiung< so >glücklich<, daß sie sich sogar mit der Waffe in der Hand gegen die angeblichen Befreier wehrten. Feldmarschall MONTGOMERY mußte General BROOKE eine Warnung zukommen lassen, »Straßen nicht 100% sicher wegen Heckenschützen, darunter Frauen!«[4] US-General ARNOLD schrieb am selben Tag in sein Tagebuch (12. 6.): »Einige Heckenschützen, darunter eine französische Frau, die erschossen wurden. Franzosen sind wirklich ein armseliger, trauriger Haufen!«[5]

Auch die Alliierten machten also mit Freischärlern kurzen Prozeß. (Wie wäre es, wenn die Herren REEMTSMA und HEER darüber einmal eine Ausstellung machen würden, unter dem Titel *Verbrechen der Alliierten?)* Während des ganzen Monats Juni 1944 stellten die Freischärler in Frankreich ein schwieriges militärisches Problem für die Alliierten dar. Der kanadische Autor Tony FOSTER, Sohn des kanadischen Generals Harry FOSTER, schildert einen ähnlichen Fall aus der Normandie. Durch einen Scharfschützen wurden drei kanadische Panzerfahrer aus einem Haus heraus erschossen. Ein kanadischer Sergeant stürmte in das Haus und erschoß den Schützen - ein neunzehnjähriges französisches Mädchen, deren deutscher Freund im Kampf getötet worden war und die nun Rache nahm.[6]

Mit dem Vorrücken der Alliierten hörten die Uberfälle auf, aber die Stimmung der Franzosen wurde nicht besser. Es kam zu Ausschreitungen der >Befreier< gegen die >Befreiten<. David IRVING schrieb: »Für diejenigen Franzosen, die in der Normandie geblieben waren, um ihre Befreier willkommen

[1] David IRVING, *Krieg zwischen den Generälen. Das Alliierte Oberkommando und die Invasion 1944,* Albrecht Knaus, Hamburg 1983, S. 193.
[2] Ebenda, S. 233 f.
[3] Ebenda, S. 234.
[4] Ebenda, S. 235.
[5] Ebenda.
[6] Tony FOSTER, *Meeting of Generals,* Methuen, Toronto-New York-London-Sidney-Auckland 1986, S. 304.



Aufnahme von der >Befreiung<, die unglaubliche Kollateralschäden hervorrief, wie die US-Strategen heutzutage zu sagen pflegen.

zu heißen, begann nun eine schlimme Zeit. Sie gerieten in Gefahr, überfallen, ausgeraubt, genotzüchtigt und ermordet zu werden.«[7]

Der bekannte englische Offizier und Militärhistoriker LIDDELL HART, der die Normandie besuchte, hielt fest: »Die Franzosen sprechen von dem korrekten Verhalten der deutschen Armee. Sie scheinen besonders beeindruckt davon zu sein, daß deutsche Soldaten für ungebührliches Verhalten gegenüber Frauen erschossen wurden und vergleichen dies mit dem schlechten Benehmen der amerikanischen Soldaten gegenüber Frauen!«[8]

Kay SUMMERSBY, General EISENHOWERS Fahrerin, notiert in ihr Tagebuch am 5. November 1944: »Viele Fälle von Vergewaltigung, Mord und Plünderung führen zu Beschwerden der Franzosen, Holländer usw.«[9]

Der amerikanische General LEROY LUTES schreibt nach einer Inspektionsreise einen Monat später: »Die Franzosen murren jetzt, daß die Amerikaner ein undisziplinierterer und betrunkenerer Haufen seien als die Deutschen, und hoffen, den Tag zu erleben, an dem sie von den Amerikanern befreit werden.« Er fügt hinzu, daß sich die alliierte Propaganda über die Deutschen als offensichtlich unwahr bewiesen habe. »Ich höre jetzt, daß die Deutschen weder Wohnungen noch Geschäfte oder Museen geplündert haben. Die Leute behaupten vielmehr, sie seien von der Besatzungsmacht peinlich korrekt behandelt worden.«[10]

Nicht zuletzt auf dem guten Verhalten der deutschen Soldaten in Frankreich beruhte nach dem Krieg die verhältnismäßig schnelle Aussöhnung zwischen Franzosen und Deutschen.

[7] IRVING, aaO. (Anm. 1), S. 236 f.

[8] Ebenda, S. 245 f.

[9] Ebenda, S. 250 f.

[1] Ebenda, S. 280.

Wer wollte Paris zerstören?

Im Jahre 1966 wurde einer der dümmsten und verlogensten deutschen Filme der Nachkriegszeit mit dem Titel *Brennt Paris?* über die letzten Tage der deutschen Besatzung in der französischen Hauptstadt vorgeführt. Ganz im Stil der üblichen Antideutschenhetze wurde als Vorlage ein aus dem Französischen übersetzter Roman von Larry COLLINS und Dominique LAPIERRE[1] mit gleichnamigem Titel benutzt, der in der deutschen Ausgabe als »der authentische Bericht über die dramatischen Tage, die das Schicksal der französischen Hauptstadt entschieden«, vorgestellt wurde.



Dietrich VON CHOLTITZ (1894-1966).

Der Komödiant Gert FRÖBE brüllte seine Rolle (er spielte sie wirklich nicht!) als General Dietrich VON CHOLTITZ,[2] der deutsche Befehlshaber von Paris. CHOLTITZ ließ aber in Wirklichkeit entgegen dem Filminhalt weder ein Gebäude sprengen, noch zerstörte er eine Brücke. Er übergab - entgegen einem Führerbefehl - Paris kampflos, um es nicht der Gefahr der Zerstörung auszusetzen, wie die Deutschen auch Rom kampflos den Gegnern übergeben hatten, um die einzigartigen Kulturdenkmale der Ewigen Stadt nicht



Deutsche Kampfflugzeuge 1940 über Paris, links der Triumphbogen (Foto: Heinrich HOFFMANN). Nach der Unterzeichnung des Waffenstillstands am 22. 6. 1940 bat HITLER A. SPEER, H. GIESLER und A. BREKER, ihm Paris zu zeigen. Auf Arno BREKERS Frage, warum er statt eines Blitzbesuches nicht glanzvoll in die französische Hauptstadt einziehen wolle, antwortete HITLER: »Das will ich diesem großen Kultur-Volk nicht antun.«

[1] Larry COLLINS und *Dominique LAPIERRE, Brennt Paris?, Scherz Berlin-München-Wien 1964; Originaltitel: Paris brûle-t-il?*

[2] Dietrich VON CHOLTITZ, geboren 9. 11. 1894, gestorben 4. 11. 1966. Seit 1914 Berufssoldat und ab 1942 Generalmajor, wurde er 1944 General der Infanterie und Wehrmachtbefehlshaber von Groß-Paris. Er war bis 1947 in französischer Kriegsgefangenschaft. 1951 kamen seine Memoiren *Soldat unter Soldaten* heraus. Über die letzten Tage der deutschen Besatzung in Paris siehe auch: Ernst ROSKOTHEN, *Groß-Paris 1941-1944,* Hohenrain, Tübingen 1989.



Die letzten Tage der deutschen Besatzungszeit in Frankreich. Nachdem der deutsche Stadtkommandant von Paris am 25. August 1944 kapituliert hatte, wurden seine Soldaten, die noch nicht abgezogen waren, vielfach Mißhandlungen ausgesetzt.

zu gefährden. Dagegen hatten vorher US-Bomber mehrfach Rom angegriffen und wichtige abendländische Kulturstätten zerstört. Was man VON CHOLTITZ vorwerfen kann, ist, daß er nicht den Amerikanern gegenüber kapitulierte, sondern den Partisanen der französischen Widerstandsbewegung gegenüber. Diese Handlung hat Hunderten von Deutschen und Tausenden von Franzosen das Leben gekostet. Aber CHOLTITZ wollte niemals Paris zerstören!

Paris zerstören wollte schon 1940 ohne jede Rücksichtnahme der britische Premierminister Winston CHURCHILL. Nach seinen *Erinnerungen*[3] forderte er bei einem Besuch im französischen Hauptquartier bei Tours am 11. Juni 1940 die Franzosen auf, ihre Hauptstadt bis zum letzten Haus zu verteidigen:[4] »Ich drängte die französische Regierung, Paris zu verteidigen, und betonte, daß die Verteidigung einer großen Stadt eine angreifende Armee aufreiben müsse, wenn um jedes einzelne Haus gekämpft würde.« An die Pariser Kulturwerte dachte er dabei nicht. Im Gegenteil: »Weit besser wäre es, wenn die Kultur Westeuropas mit allen ihren Errungenschaften ein tragisches, aber ruhmreiches Ende fände, als daß die zwei großen Demokratien dahinschmachten würden, alles dessen beraubt, was das Leben lebenswert macht.«[5] Wenn solch ein kulturverachtendes Wort HITLER gesagt hätte! CHURCHILL regte 1940 sogar an, »den Krieg überall in Frankreich weiterzuführen und in den Gebirgsgegenden einen unaufhörlichen Kleinkrieg zu organisieren«.[6] So der spätere Aachener Karlspreisträger von 1956, dem zu Ehren und zur Schande der Stadt Bonn dort eine Winston-Churchill-Straße benannt ist.

[3] Winston S. CHURCHILL, *Der Zweite Weltkrieg*, Scherz, Berlin-München-Wien 1985.
[4] Ebenda, S. 335.

Ebenda, S. 318.

' Ebenda, S. 337.

Résistance - Paris muß Gedenktafel ändern

Auch in Frankreich ist eine antideutsche Geschichtslegende nicht länger haltbar. Eine liebgewonnene Opferzahl der französischen Zeitgeschichte muß nach unten korrigiert werden - und zwar um satte drei Viertel. Ein Gremium anerkannter Fachhistoriker mußte 1998 indirekt zugeben, daß die deutschen Besatzer in Frankreich gar nicht so schlimm gewesen waren, wie es das Klischee bislang wollte. Nicht 4500, wie offiziell behauptet, sondern nur 1020 Resistance-Kämpfer wurden zwischen 1941 und 1944 nach gerichtlicher Verurteilung auf dem ehemaligen Festungshügel Mont Valerien im Westen von Paris hingerichtet.[1]

Die offizielle Gedenkstätte war im Juni 1960 von General de Gaulle eingeweiht worden. Seitdem war die Zahl von 4500 von den Deutschen erschossenen Widerstandskämpfern, die auf einer Gedenktafel verewigt worden war, kanonisch.

Inzwischen mußte die Gedenktafel ausgewechselt werden - nicht die erste und sicher nicht die letzte ihrer Art. Auf dem Mont Valerien war der Stein ins Rollen gekommen, nachdem schon vier Jahre zuvor der Pariser Rechtsanwalt Serge Klarsfeld die Zahl von 4500 Erschossenen als falsch bezeichnet hatte, was in Veteranenkreisen und in den Medien heftige Unmutsäußerungen nach sich gezogen hatte. Im März 1998 hatte die damalige französische Regierung Jospin schließlich eine Untersuchungskommission eingesetzt. Sie durchforschte die Archive des Ministeriums für Kriegsveteranen und kam zum selben Schluß wie Klarsfeld. Seither ist es amtlich: 1020 Hinrichtungen in knapp dreieinhalb Jahren. Wieder sind die >boches< ein Stückweit rehabilitiert.

Karl Richter

[1] Die Erinnerungen eines mit der Aburteilung von überführten französischen Widerstandskämpfern in Paris befaßten Kriegsgerichsrates bringt Ernst Roskothen in *Groß-Paris 1941-1944*, Hohenrain, Tübingen 1989.



Der Mont Valerien in der Nähe von Paris war Hinrichtungsstätte zahlreicher französischer Widerstandskämpfer.

Deutsch-russischer Vertrag 1939

Unter den vielen weltbewegenden Ereignissen des deutschen Schicksalsjahres 1939 war der Abschluß eines Paktes zwischen der UdSSR und dem Deutschen Reich besonders wichtig. Dieser Vertrag wird von den Umerziehern sowie von Gedankenlosen als >HITLER-STALIN-Pakt< bezeichnet, während bezeichnenderweise dieselben die Jalta-Abmachungen mit der Auslieferung Osteuropas an die Sowjets nicht den ROOSEVELT-STALIN-Pakt nennen. Die Bezeichnung >HITLER-STALIN-Pakt< ist reine Antideutschen-Propaganda. Es muß also >Deutsch-russischer Vertrag< heißen.

Der Deutsch-russische Vertrag wurde am 23. August 1939 in Moskau abgeschlossen. Er besteht aus sieben Artikeln und trat sofort mit der Unterzeichnung in Kraft[1] (Art. 7). Inhalt des Vertrags waren Enthaltung jeglicher Gewaltanwendung gegeneinander sowie laufende Konsultationen, wenn gemeinsame Interessen betroffen waren. Wichtiger Teil des Vertrages war ein >Geheimes Zusatzprotokoll<[2], das sogenannte >Interessensphären< beider Staaten gegeneinander abgrenzte. Diese Vereinbarung wird häufig mit großer moralischer Entrüstung angegriffen. Doch viele internationale Verträge enthalten solche Abgrenzungen von Interessensphären. Hierzu einige Beispiele: Der Sudanvertrag vom 21. März 1899 zwischen England und Frankreich grenzte französisch-englische Interessenräume in Zentralafrika ab; der englisch-japanische Bündnisvertrag vom 30. Januar 1902 grenzte Interessensphären ab; im geheimen italienisch-französischen Neutralitätsvertrag vom November 1902 wurden Interessensphären in Nordafrika abgegrenzt; im August 1907 grenzten Rußland und England ihre Interessensphären in einem Vertrag über Persien und Afghanistan ab; der Friede von Portsmouth vom September 1905 legte japanische Interessensphären in Korea fest. Und ein besonderes Beispiel ist das SYKES-PICOT-Abkommen von 1916 zwischen England, Frankreich und Rußland, worin für den Nahen Osten Interessensphären vereinbart wurden, bevor dieses Gebiet von den Türken in den Machtbereich der Alliierten kam.

Genug der Beispiele, die beweisen, daß Deutschland und Rußland 1939 üblichem internationalen Brauch folgten. Insbesondere ist die >Abgrenzung von Interessensphären< keine >Auslieferung< oder >Abtretung< von Gebieten an den Vertragspartner. Diejenigen, die die Abgrenzung von Interessensphären im Deutsch-russischen Vertrag mit moralischen Argumenten kritisieren, sind entweder ohne Sachkenntnis oder Antideutsche.

Man kann den Vertragspartnern Rußland und Deutschland den Vorwurf machen, den Begriff >Interessensphäre< nicht näher umschrieben zu haben. Aber von deutscher Seite aus war niemals gemeint, daß der russische Partner die betreffenden Länder erobern dürfe! Am 21. Juli 1940 wurden bekannt-

1 Wortlaut im *Vertrags-Ploetz* hg. von Helmut RÖNNEFARTH, Velhagen & Klasing, Bielefeld 1953; oder in: Richard PEMSEL, *Hitler. Revolutionär — Staatsmann — Verbrecher?,* Grabert, Tübingen 1986, S. 554-562.
2 Ebenda.

lich Estland, Lettland und Litauen nach vorheriger sowjetischer Besetzung im Juni 1940 in die UdSSR eingegliedert. Die Russen besetzten im Juni 1940 auch die Nordbukowina und Bessarabien. Beim Besuch MOLOTOWS in Berlin im November 1940 forderte er für die UdSSR sogar noch die Südbukowina.

Auch geheime Zusatzbestimmungen zu Verträgen waren in den internationalen Staatenbeziehungen nicht unbekannt. Der Rückversicherungsvertrag zwischen Rußland und dem Deutschen Reich von 1887 enthielt ein geheimes Zusatzprotokoll; der französisch-englische Vertrag von 1904 wies ein Geheimabkommen auf, und auch die Marinekonvention zwischen Frankreich und Rußland vom Juli 1912 war eine geheime Abmachung. Hervorgehoben sei an dieser Stelle das besondere geheime Zusatzprotokoll zum englisch-polnischen Beistandspakt vom 25. August 1939. Artikel 1 dieses Vertrages lautete: »Sollte eine der vertragschließenden Parteien mit einer europäischen Macht ... in Feindseligkeiten verwickelt werden . . .« Auch dieser Vertrag enthielt ein geheimes Zusatzprotokoll. Darin wurde festgelegt, daß unter »einer europäischen Macht« nur Deutschland zu verstehen sei.[3] Daher bestand beim russischen Angriff auf Polen am 17. September 1939 auch keine Verpflichtung für England, der Sowjetunion den Krieg zu erklären. Es war die schicksalsschwere, den Zweiten Weltkrieg fördernde Blankovollmacht Englands an Polen, die sich somit ausdrücklich nur gegen einen deutschen Einmarsch richtete, nicht gegen denjenigen Rußlands in Polen.

Es ist richtig, wenn P. W. FABRY[4] schreibt, daß der Deutsch-russische Pakt seine Begründung in der damaligen unmittelbaren Tagespolitik findet. Er hat nichts mit HITLERS Darlegungen in *Mein Kampf* (z. B. S. 772 ff.) zu tun, wie oft fälschlicherweise (etwa von Andreas HILLGRUBER) behauptet wird. 1939 waren »Augenblicksentschlüsse« am Werk, keine Planung im Sinne der heutigen Auslegung. Dieser Vertrag sollte nach HITLERS Wunsch England und Frankreich vom Krieg zurückhalten und kam einem drohenden Bündnis zwischen England und Frankreich einerseits und Rußland andererseits nur knapp zuvor, worüber in Moskau im Sommer 1939 seit Wochen mit den Westalliierten verhandelt worden war. Noch wichtiger war HITLERS Absicht, einen drohenden Konflikt mit Polen auf dieses Land zu beschränken und einen größeren Krieg zu vermeiden.

Zwei wichtige Tatsachen dürfen in diesem Zusammenhang nicht vergessen werden:

1. Das Deutsche Reich hatte schon am 24. Oktober 1938 in den Verhandlungen zwischen Reichsaußenminister VON RIBBENTROP und dem polnischen Botschafter in Berlin Josef LIPSKI (1894 in Breslau geboren) im Grand Hotel in Berchtesgaden den Polen ein großzügiges Angebot gemacht. Für die Rückkehr des 1919 abgetrennten Danzig zum Reich und eine exterritoriale Straße und Eisenbahnlinie nach Ostpreußen sollte Polen einen Freihafen in Danzig bekommen und den sogenannten Korridor behalten, der 1919 vom Reich

[3] U. a. im *Vertrags-Ploetz* aaO. (Anm. 1), S. 371 ff., sowie im Leserbrief von Kurt RINGEL in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 7. 11. 1989.

[4] Philipp W. FABRY, *Der Hitler-Stalin-Pakt 1939 bis 1941*, Fundus, Darmstadt 1962, S. 72.



Die Unterzeichnung des Deutsch-russischen Vertrags (hier von W. MOLOTOW) am 23. August 1939 in Moskau. Rechts von ihm: Reichsaußenminister Joachim VON RIBBENTROP, dazwischen Boris SCHAPOSCHNIKOW, der Chef des sowjetischen Generalstabs.

mit mehrheitlich deutscher Bevölkerung hatte an Polen abgetreten werden müssen.

2. In alle diese Auseinandersetzungen hatte sich nun ab März 1939 England eingemischt. Es sah in Polen den idealen Partner für seine gegen das Reich gerichtete Einkreisungspolitik. Warschau war ein idealer Partner deshalb, weil polnischer Größenwahn und Überheblichkeit nicht zulassen wollten, daß die zu 96% deutsche Stadt Danzig zum Deutschen Reich zurückkehrte. England wollte Deutschland als wirtschaftliche Großmacht vernichten. Diese Absicht ist unter anderen von CHURCHILL auch nie bestritten worden. Nur so kann man die englische Blankovollmacht vom 31. März 1939 an Polen erklären, die dann am 25. August 1939 vertraglich festgelegt wurde. England konnte nach dieser Rückendeckung für Warschau sicher mit der Halsstarrigkeit der gewissenlosen polnischen Hasardeure rechnen. HITLER machte den Fehler, zunächst diese Absicht Englands nicht wahrhaben zu wollen und noch an einen möglichen Ausgleich mit London zu glauben.

Das Schicksal des Geheimen Zusatzprotokolls

Beim Nürnberger Prozeß von 1945/46 spielte das Geheimprotokoll vom 23. August 1939 eine Rolle. Es wurde der deutschen Verteidigung zugespielt. Die Sowjets, besonders ihr Ankläger, General RUDENKO, stritten einfach ab, daß ein solches Geheimprotokoll überhaupt existiere. In Wirklichkeit gab es zwei geheime deutsch-sowjetische Zusatzprotokolle: dasjenige zum Vertrag vom 23. August 1939 und das zum Vertrag vom 28. September 1939.

In seinen Erinnerungen, die der damalige sowjetische Außenminister GROMYKO 1988 veröffentlichte, steht wahrheitswidrig noch zu lesen, daß es sich bei den beiden geheimen Zusatzprotokollen um Fälschungen handle. In ei-

nem *Spiegel*-INTERVIEW[1] erklärte GROMYKO nochmals, daß die betreffenden geheimen Zusatzprotokolle Fälschungen seien. Erst 1990 wurde die Existenz beider Protokolle von Moskau anerkannt, das den Text von den Deutschen erbat. Einzelheiten über die betreffenden Vorgänge bei der Nürnberger Siegerjustiz finden sich in dem Bericht des Verteidigers Alfred SEIDL.[2]

Durch den Verrat des damaligen deutschen Botschaftssekretärs Hans HERWARTH VON BITTENFELD aus der deutschen Botschaft in Moskau war die amerikanische Regierung schon weniger als 48 Stunden nach der Unterzeichnung im Besitz des Textes des >geheimen Zusatzprotokolls< vom 23. August 1939. HERWARTH beschreibt den Vorgang dieses Verrats in seinen Erinnerungen.[3] Es ist eine Seltenheit, daß ein Mensch seine Verratshandlung mit solch frech-zynischem Snobismus darstellt. Von Bedeutung ist die Tatsache, daß die Amerikaner 1939 sofort England und angeblich auch Frankreich darüber informierten. Aber keiner von diesen hat Polen diese für es lebenswichtige Nachricht zukommen lassen. Es ist verständlich, daß Polen diese Mitteilung vorenthalten werden sollte, weil sie für Washington und London den Krieg gegen Deutschland nicht aufhalten sollte. Mit dem Wissen um diese Absprache zwischen Rußland und Deutschland hätte Polen sich möglicherweise eines Besseren besonnen, wäre wohl zu Verhandlungen mit dem Reich bereit gewesen, und der unmittelbare Anlaß zum deutsch-polnischen Konflikt hätte ausgeräumt werden können. Auch HERWARTH hat nicht »daran gedacht«, Polen zu verständigen, um so vielleicht zur Konfliktentschärfung beizutragen.[4]



Hans HERWARTH VON BITTENFELD.

Zur heutigen Diskussion um die baltischen Staaten und deren Schicksal der sowjetischen Besetzung 1940, die angeblich eine Folge der von HITLER 1939 im Geheimabkommen vereinbarten >Auslieferung< dieser Länder an

[1] *Der Spiegel,* 1989/Nr. 17.

[2] Alfred SEIDL, *Der Fall Rudolf Heß,* Universitas, München 1984, S. 170-189.

[3] Hans HERWARTH VON BITTENFELD, *Zwischen Hitler und Stalin. Erlebte Zeitgeschichte 1931 bis 1945,* Propyläen, Berlin 1982, S. 159-189. Das Buch erschien bezeichnenderweise zunächst auf englisch als *Against Two Evils* und berichtet über HERWARTHS Verrat ab 1938 an britische und französische Kollegen. Uber alle Schritte der damaligen geheimen Vorbereitungen für den Paktabschuß vom 23. 8.1939 unterrichtete HERWARTH sofort den damaligen Moskauer US-Botschaftssekretär Charles E. BOHLEN, der diesen Verrat in seinem Erinnerungsbuch *Witness to History 1929-1969* (New York 1973) schon Jahre vor HERWARTH genau beschrieben hatte, wobei er sich nicht erklären konnte, warum ihm >Johnny< - HERWARTH - diese Informationen ohne jede Gegenleistung mitteilte. Eine ausführliche Besprechung von HERWARTHS Buch findet sich in der *Frankfurter Allgemeinen ZeitungYom* 8. 9. 1982 durch Ernst-Otto MAETZKE sowie in der *Zeit* vom 25. 6. 1982 durch Klaus MEHNERT.

[4] Persönliche Mitteilung durch Dr. Karl-Otto BRAUN nach dessen Gespräch mit HERWARTH.

Moskau gewesen sei, muß betont werden: »Im Buhlen um die Gunst Moskaus und zwecks Schmiedung einer Koalition gegen Deutschland hatten Frankreich und England bereits zwischen April und Juni 1939 dem Kreml gegenüber ihre Bereitschaft erklärt, die baltischen Staaten der sowjetischen Interessensphäre zuzuschlagen. Finnland sollte in dem vorgesehenen geheimen Protokoll ebenfalls dem Bolschewismus ausgeliefert werden.«[9] Damit waren die beiden Westmächte schon früher und weitergehend STALIN entgegengekommen als Hitler später. Die heutige Propaganda in dieser Angelegenheit gegen Deutschland ist daher nichts als üble Heuchelei.[10]

In einem Leserbrief heißt es dazu:[11] »Der >Teufel< HITLER hat infolge seines Moskauer Paktes mit dem >Satan< STALIN Polen und die baltischen Republiken geopfert. Warum haben dann die >Friedensapostel< CHURCHILL und ROOSEVELT durch ihren Vertrag in Jalta diesem STALIN halb Europa geopfert - mehr als jemals der teuflische HITLER ZU opfern bereit war?«

[9] Ansgar GRAW, in *Criticón* Nr. 122, Nov./Dez. 1990, S. 281.
[10] Siehe Beitrag Nr. 171: »Zur Schuld am Schicksal des Baltikums 1940-1990«.
[11] Leserbrief von Rudolf GÖRZ, in: *Spiegel,* Nr. 34/1989, S. 7

⇨ **Geheimes Zusatzprotokoll vom 23. August 1939**

Aus Anlaß der Unterzeichnung des Nichtangriffsvertrages zwischen dem Deutschen Reich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken haben die unterzeichneten Bevollmächtigten der beiden Teile in streng vertraulicher Aussprache die Frage der Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären in Osteuropa erörtert. Diese Aussprache hat zu folgendem Ergebnis geführt:

1. Für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung in den zu den baltischen Staaten (Finnland, Estland, Lettland, Litauen) gehörenden Gebieten bildet die nördliche Grenze Litauens zugleich die Grenze der Interessenssphären Deutschlands und der UdSSR. Hierbei wird das Interesse Litauens am Wilnaer Gebiet beiderseits anerkannt.

2. Für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung der zum polnischen Staate gehörenden Gebiete werden die Interessenssphären Deutschlands und der UdSSR ungefähr durch die Linie der Flüsse Narew, Weichsel und San abgegrenzt.

Die Frage, ob die beiderseitigen Interessen die Erhaltung eines unabhängigen polnischen Staates erwünscht erscheinen lassen und wie dieser Staat abzugrenzen wäre, kann endgültig erst im Laufe der weiteren politischen Entwicklung geklärt werden.

In jedem Falle werden beide Regierungen diese Frage im Wege einer freundschaftlichen Verständigung lösen.

3. Hinsichlich des Südostens Südeuropas wird von sowjetischer Seite das Interesse an Bessarabien betont. Von deutscher Seite wird das völlig politische Desinteressement an diesen Gebieten erklärt.

4. Dieses Protokoll wird von beiden Seiten streng geheim behandelt werden.

Moskau, den 23. August 1939.

War Stalin 1939/41 neutral?

Es wird heute häufig behauptet, daß die UdSSR nach dem Deutsch-sowjetischen Pakt vom 23. August 1939 sich streng an ihre Verpflichtungen gehalten habe und neutral, ja sogar deutschfreundlich gewesen sei, bis das böse >Nazi-Deutschland< das »friedliebende und ahnungslose« Land im Juni 1941 überfallen habe. Die Wirklichkeit sieht jedoch anders aus. Moskau handelte mehrfach gegen seinen deutschen Verbündeten.

Im geheimen Zusatzprotokoll zu dem Deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom 23. August 1939 hatten Deutschland und die Sowjetunion ihre Interessensphären abgegrenzt und praktisch die Aufteilung Polens beschlossen.[1] Aber bereits am 27. August 1939 deutete der sowjetische Kriegskommissar Marschall WOROSCHILOW< in einem Interview an, daß die Sowjetunion bereit sei, im Kriegsfall - und das bedeutete gegen Deutschland - Polen materielle Unterstützung zu gewähren.[2]

Nachdem der deutsch-polnische Krieg am 1. September 1939 ausgebrochen war, suchte der sowjetische Botschafter in Warschau, SCHARNOW, den polnischen Außenminister BECK auf und fragte ihn, warum Polen nicht die Sowjetunion um materielle Hilfe durch Lieferung von Versorgungsgütern bitte. Er wies dabei ausdrücklich auf das vorerwähnte WOROSCHILOW-Interview hin.

Am 3. September 1939 sprach daraufhin der polnische Botschafter in Moskau, GRZYBOWSKI, beim sowjetischen Außenminister MOLOTOW - der ja kurz vorher den oben genannten Vertrag mit Reichsaußenminister VON RIBBENTROP abgeschlossen hatte - vor und teilte ihm den Angriff Deutschlands auf Polen mit. Über die Unterredung berichtete er unter anderem: »Er (MOLOTOW) stellte unsere Feststellung, daß es sich um eine unprovozierte Aggression handele, nicht in Frage. . . Er stimmte zu, daß Deutschland der Aggressor sei.«[3]

Der schnelle Zusammenbruch Polens brachte offenbar eine Änderung der sowjetischen Haltung. Am 17. September, als an einem schnellen deutschen Sieg über Warschau nicht mehr zu zweifeln war, marschierten auch sowjetische Truppen in Polen ein - anscheinend war dies kein Akt unprovozierter Aggression! Großbritannien und Frankreich, die Deutschland am 3. September wegen des Einmarsches in Polen den Krieg erklärt hatten, protestierten nicht einmal energisch gegen den sowjetischen Angriff und Moskaus Be-

---

[1] Helmut RÖNNEFARTH (Hg.), *Konferenzen und Verträge,* Bd. 2, Bielefeld 1953, S. 370 f.

[2] So der exilpolnische Historiker Prof. Edward J. ROZEK, *Allied Wartime Diplomacy: A Pattern in Poland,* John Wiley and Sons Inc., New York 1958, S. 26.

[3] Ebenda, S. 31.

setzung des östlichen Polens. Am 18. September 1939 erklärte die Sowjetunion in einer offiziellen Note, Polen trage die Schuld am Kriege. Am 30. September schrieb STALIN persönlich in der Parteizeitung *Prawda,* daß England und Frankreich Deutschland angegriffen hätten und die Verantwortung für den Krieg trügen.[4]

[4] Gerhard BAUMFALK, *Überfall oder Präventivschlag?,* R. G. Fischer, Frankfurt/M. 1998, S. 143.

In der Folgezeit besetzte die Sowjetunion schnell die Gebiete, die ihr im Deutsch-sowjetischen Vertrag lediglich als Interessengebiete zugesprochen worden waren, und führte dort rigorose Säuberungen durch. Sie ging dabei mehrfach über die mit Deutschland vereinbarten Grenzen hinaus - so in Litauen sowie in Rumänien, wo Moskau nicht nur Bessarabien, sondern auch die Nordbukowina, die nie russisch gewesen war, annektierte. Bei dem Besuch MOLOTOWS in Berlin am 12./13. November 1940 stellte STALIN weitere



MOLOTOW (links) am 12./13. November 1940 in Berlin. Die Deutschen hatten vor, Moskau in eine Vierer-Allianz einzubinden. MOLOTOW ging nicht darauf ein, sondern stellte für Berlin unannehmbare Forderungen.



Der Beitritt Jugoslawiens zum Dreimächtepakt am 25. 3. 1941. Nur zwei Tage später kam es zu einem von Moskau gesteuerten Putsch: Die Regierung wurde gestürzt, die Minister in Haft genommen.



Gleich zu Beginn des Frankreichfeldzugs hatte STALIN Kontakte zu Großbritannien eingefädelt. Hier luncht CHURCHILL mit MAISKI in der sowjetischen Botschaft.

Forderungen bis hin zu Gebieten in Skandinavien und an den dänischen Ostseedurchfahrten. Dies war für Deutschland unannehmbar.

Als die deutschfreundliche Regierung Jugoslawiens, die am 25. März 1941 dem Dreimächtepakt zwischen Deutschland, Italien und Japan beigetreten war, von serbischen Nationalisten mit sowjetischer und britischer Unterstützung zwei Tage später, am 27. März 1941, gestürzt wurde, schloß die Sowjetunion mit der neuen deutschfeindlichen Regierung schon am 5. April 1941 einen gegen Deutschland gerichteten Freundschaftsvertrag.[1]

Auch zu der polnischen Exilregierung in London nahm **STALIN** Verbindung auf. Der damalige polnische Botschafter in London, Graf Edward **RACZYNSKI,** hat in seinem Tagebuch festgehalten, daß bereits im August 1940, also fast ein Jahr vor dem deutschen Angriff auf Rußland, der Korrespondent der amtlichen sowjetischen Nachrichtenagentur *Tass* Verbindung mit der polnischen Exilregierung aufnahm und die Aufstellung einer polnischen Armee von 300000 Mann auf sowjetischem Boden vorschlug. Zu diesem Zweck solle der polnische Botschafter der englischen Botschaft in Moskau zugeordnet werden. Außerdem frage man an, ob Polen Grenzveränderungen zugunsten Moskaus zustimmen könne und ob die polnische Regierung bereit sei, den sowjetischen Truppen den Durchmarsch durch Polen zu erlauben. Das hätte offenbar nur bei einem geplanten sowjetischen Angriff auf Deutschland Sinn gehabt.[2]

Das macht überzeugend deutlich, daß die sowjetische Regierung den Vertrag mit Deutschland keineswegs aus >Friedensliebe< abgeschlossen hatte, sondern im Gegenteil den Krieg gegen das Reich und ganz Europa dadurch wahrscheinlicher machen wollte. Sie war offensichtlich daran interessiert - wie

[1] Ebenda, S. 159 ff.

[2] Count Edward RACZYNSKI, *In Allied London. The Wartime Diaries of the Polish Ambassador Count Edward Racsynski,* Weidenfeld and Nicolson, London, 1962, S. 57 f.

inzwischen auch durch andere Dokumente belegt wurde[3] die nichtkommunistischen kapitalistischem Staaten gegeneinander zu hetzen, um später als der lachende Dritte dazustehen und die gewünschte Entscheidung zu ihren Gunsten herbeiführen zu können, nachdem die Westmächte und Deutschland sich gegenseitig geschwächt hatten.

Als Fachmann schreibt der Militärhistoriker Joachim HOFFMANN dazu: »Und wie schon die bekannte Rede STALINS vor dem Zentralkomitee der Allunionskommunistischen Partei [b] im Juli 1925 erweist, hat sich auch STALIN diesem Grundsatz des Bolschewismus frühzeitig verschrieben. Er erklärte damals: >Sollte der Krieg beginnen, so werden wir nicht untätig bleiben - wir werden auftreten, aber wir werden als letzte auftreten. Und wir werden das entscheidende Gewicht in die Waagschale werfen, ein Gewicht, das ausschlaggebend sein dürfte.< Entgegen anderslautenden Behauptungen ist die >STALIN-Doktrin<, wie auch Aleksandr NEKRIC mit wünschenswerter Eindeutigkeit feststellt, niemals aufgegeben worden. Sie behielt ihre Gültigkeit, und das Bestreben, >das faschistische Deutschland und den Westen aufeinanderzuhetzen<, war, wie DASICEV es formuliert, bei STALIN geradezu eine >fixe Idee< geworden. Als die Rote Armee sich vermittelst einer schnellwachsenden gigantischen Kriegsrüstung im Zustande zunehmender Erstarkung befand, im Jahre 1939, hielt STALIN den Zeitpunkt für gekommen, um in die Krise des >Weltkapitalismus< kriegführend einzugreifen. Schon der Botschafter Großbritanniens, Sir Stafford CRIPPS, und der Botschafter der Vereinigten Staaten, Laurence F. STEINHARDT, hatten darauf aufmerksam gemacht, daß STALIN nicht nur in Europa, sondern auch in Ostasien ab 1939 einen Krieg herbeizuführen wünschte. Bekanntgewordene Dokumente des Volkskommissariates des Äußeren (Narkomindel) geben uns hierüber mit hinreichender Klarheit Aufschluß. >Der Abschluß unserer Vereinbarung mit Deutschlands so das Narkomindel am 1. Juli 1940 an den Sowjetbotschafter in Japan, >war diktiert von dem Wunsch nach einem Krieg in Europa.< Und im Hinblick auf den Fernen Osten heißt es ganz entsprechend in einem Telegramm aus Moskau an die Sowjetbotschafter in Japan und China am 14. Juni 1940: >Wir würden allen Verträgen zustimmen, die einen Zusammenstoß zwischen Japan und den Vereinigten Staaten heraufbeschwören^ Unverhohlen ist in diesen diplomatischen Weisungen die Rede von einem Japanisch-amerikanischen Krieg, den wir gern entstehen sehen würden<.«[4]

Mit den schnellen deutschen Erfolgen gegen Polen und Frankreich hatte man allerdings in Moskau nicht gerechnet. Insofern war STALINS Rechnung zunächst nicht aufgegangen, und die deutsche Wehrmacht konnte dann große Teile Europas vor dem Bolschewismus retten.

---

[3] Joachim HOFFMANN, *Stalins Vernichtungskrieg 1941-1945,* Verlag für Wehrwissenschaften, München 1995, S. 18-34; Walter POST, *Unternehmen >Barbarossa<,* Mittler, Hamburg 1995.
[4] Joachim HOFFMANN, ebenda, S. 13.

Wurde 1941 die »friedliebende Sowjetunion« »überfallen«?

In der DDR, aber weitgehend auch in Westdeutschland, wurde nach 1945 der deutsche Angriff auf Rußland am 22. Juni 1941 in Übernahme der sowjetischen Propaganda als ein »heimtückischer Überfall« auf die »friedliebende Sowjetunion« und als ein Bruch der beiden Deutsch-sowjetischen Abkommen vom 23. August und 28. September 1939 betrachtet. Für HITLER habe der Krieg gegen den Osten »seit 1919... im Mittelpunkt all seiner Ideen und Planungen gestanden«.[1]

Diese besonders von STALIN vertretene Sicht trifft aber nicht zu, und es ist ein Armutszeugnis für die amtliche deutsche Geschichtsschreibung, mehr oder weniger lange auch einen ähnlichen Standpunkt vertreten zu haben. Zu den für ein abgewogenes Urteil notwendig zu berücksichtigenden geschichtlichen Tatsachen gehören vor allem die folgenden Vorgänge um die Vorgeschichte, den Ablauf und die Darstellung des Ostfeldzuges:

1. Wenige Tage vor Abschluß des Deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts hatte STALIN am 19. August 1939 in einer geheimen Rede vor dem Politbüro in Moskau seine Kriegstrategie entwickelt und dabei erklärt: »Ich wiederhole vor Ihnen, daß es in unserem Interesse liegt, daß der Krieg zwischen dem Reich und dem anglo-französischen Block ausbricht. Es ist entscheidend für uns, daß dieser Krieg so lange wie möglich dauert, bis zur Erschöpfung der beiden. Das sind die Gründe, aus denen wir den von Deutschland vorgeschlagenen Vertrag annehmen müssen, und daß wir alles dafür tun müssen, daß dieser Krieg, ist er erst einmal erklärt, dann so lange wie möglich dauert. Wir müssen unsererseits unsere Wirtschaft verstärken, so daß wir am Ende des Krieges gut vorbereitet sind.«[2] Der Inhalt der Rede war im Oktober 1939 von der französischen Nachrichtenagentur Havas veröffentlicht worden. Der Text wurde aber von STALIN dementiert und dann lange Jahrzehnte von der Forschung als Fälschung angesehen, bis die Beweise in Moskau gefunden wurden.

2. Die Sowjetunion hatte 1939 unprovozierte Angriffskriege gegen Polen und Finnland geführt. Sie hatte ferner im Sommer 1940 die drei baltischen Staaten und Bessarabien, die Nordbukowina und Teile der Moldau von Rumänien besetzt und war dabei weit über den Deutsch-sowjetischen Vertrag, der nur Interessensphären abgrenzte, aber keine Besetzungen vorsah, hinausgegangen. Bei seinem Besuch am 12. November 1940 in Berlin hatte der sowjetische Außenminister MOLOTOW in provokatorischer Weise weitere, für Deutschland unannehmbare Gebietsforderungen gestellt.

3. Moskau hatte schon seit Frühjahr 1940 geheime Verbindungen nach England geknüpft. Als dessen Vertreter hatte Sir Stafford CRIPPS im Februar

[1] MAX DOMARUS, *Hitler. Reden 1932 bis 1945,* R. Löwit, Wiesbaden 1973, Bd. II, 2, S. 1725.

[2] Nach: Adolf VON THADDEN, *Josef Stalin. Verwandler der Welt,* Deutsche Verlagsgesellschaft, Rosenheim 1991, S. 79.

1940 mit MOLOTOW gesprochen, der die Möglichkeit eines Frontwechsels Rußlands andeutete. Als neu ernannter Botschafter Londons kam CRIPPS am 25. 6. 1940 nach Moskau zurück und überbrachte eine Botschaft CHURCHILLS an STALIN, mit dem er Anfang Juli sprach. Damit hatte die UdSSR wie auch mit der Besetzung der genannten osteuropäischen Länder das Deutsch-sowjetische Abkommen verletzt. Eine Folge von STALINS zu erwartendem Bündniswechsel war, daß CHURCHILL den deutsch-russischen Krieg abwarten und alle deutschen Friedensinitiativen getrost ablehnen konnte.

4. Am 27. März 1941 hatte in Belgrad ein von Moskau und London unterstützter Militärputsch die serbische Regierung gestürzt und eine sowjetfreundliche an die Macht gebracht. Dadurch wurde der Balkanfeldzug notwendig, der den Beginn des Rußlandkrieges um wertvolle Wochen verzögerte.

5. Schon in seiner Proklamation vom 22. Juni 1941 zum Beginn des Ostfeldzuges wies HITLER darauf hin, »es im Interesse des Reiches nicht mehr verantworten zu können, diesem gewaltigen Kräfteaufmarsch bolschewistischer Divisionen gegenüber unsere ohnehin schon so oft verwüsteten Ostprovinzen ungeschützt sein zu lassen«.[3] Er sprach von 160 russischen Divisionen, die an der kaum geschützten deutschen Ostgrenze aufmarschiert seien. Er wußte nicht, daß es bereits viel mehr waren: Schon im Sommer 1940 standen 15 sowjetische Armeen mit 170 Divisionen in den westlichen Grenzbezirken der UdSSR, und im Juni 1941 waren es mindestens 26 Armeen mit 284 Divisionen, die sich zum Angriff auf Deutschland und Europa vorbereiteten.[4]

6. Beim deutschen Einmarsch in Rußland stieß die Wehrmacht auf eine ungeheuer starke, sich zum Angriff aufstellende, zur Verteidigung aber unvorbereitete Rote Armee, so daß mehrere Millionen Rotarmisten in den ersten Wochen in deutsche Gefangenschaft gerieten und die deutschen Truppen bis vor Moskau durchbrechen konnten.

[3] Zit. in: DOMARUS, aaO. (Anm. 1), S. 1728.
[4] Andreas NAUMANN, *Freispruch für die Deutsche Wehrmacht*, Grabert, Tübingen 2005, S. 33.



In den ersten Tagen des Vorstoßes konnten die Deutschen unzählige Brücken ungehindert schlagen. Eine Abwehr seitens der auf Angriff ausgerichteten Sowjetrussen fand nicht statt.

7. Schriften der siebziger und frühen achtziger Jahre, die auf einen Präventivkriegscharakter des Ostfeldzuges und auf STALINS Angriffsvorbereitungen hinwiesen, wie die von Erich HELMDACH 1976[1], von Max KLÜVER von 1984[2] oder von Ernst TOPITSCH 1985[3], blieben ohne Durchschlagskraft in der Öffentlichkeit. Die deutschen Universitätshistoriker hielten sich bezeichnenderweise bedeckt.

8. Erst die Veröffentlichungen des früheren sowjetischen Generalstabsoffiziers Viktor SUWOROW[4] ab 1985 über STALINS Angriffspläne für 1941 erreichten die breitere Öffentlichkeit.


Viktor SUWOROW.

9. Mit dem Umschwung im Osten und der Öffnung russischer Archive wurden genügend Dokumente bekannt, die im wesentlichen SUWOROWS Thesen bestätigten.

10. Seit den neunziger Jahren erschienen mehrere Bücher über den Rußlandfeldzug als Präventivkrieg und STALINS Angriffsabsichten[5], bezeichnenderweise aber wieder nicht von deutschen Universitätshistorikern.

Von den neuesten Forschungsergebnissen ist neben STALINS schon erwähnter Rede vom 19. August 1939 besonders folgendes zu erwähnen:
Vom 23. bis 31. Dezember 1940 beriet sich STALIN streng geheim mit den Spitzen seiner Militärs. Statt auf Verteidigung wurde nur auf Angriff nach Westen und auf Kampfhandlungen auf dem Boden des Gegners gesetzt. Ab 2. Januar 1941 wurden seit dem 8. Dezember 1940 vorbereitete Stabsrah-

---

[1] Erich HELMDACH, *Überfall? Der sowjetisch-deutsche Aufmarsch 1941,* Vowinckel, Neckargemünd 1976.

[2] Max KLÜVER, *War es Hitlers Krieg?,* 1984; ders., *Präventivschlag 1941,* Druffel, Leoni 1986.

[3] Ernst TOPITSCH, *Stalins Krieg. Die sowjetische Langzeitstrategie gegen den Westen als rationale Machtpolitik,* Günter Olzog, München 1985.

[4] Viktor SUWOROW, »Wer plante wen im Juni 1941 anzugreifen, Hitler oder Stalin?«, in: *journal of the Royal United Services Institute for Defense Studies,* Juni 1985, S. 50-55, erstmals deutsch in: Rolf Kosiek, *Historikerstreit und Geschichtsrevision,* Grabert, Tübingen 1987, S. 200-220; ders., *Der Eisbrecher. Hitler in Stalins Kalkül,* Klett-Cotta, Stuttgart 1989; ders., »Viktor Suworow contra Dimitri Wolkogonow. Hitlers Angriff auf die Sowjetunion zwischen Präventivkrieg und Überfall«, in: *Österreichische Militär-Zeitschrift,* Nr. 4, 1993; ders., *Der Tag »M«.* Klett-Cotta, Stuttgart 1995.

[5] Ernst TOPITSCH, *Stalins Krieg. Moskaus Griff nach der Weltherrschaft,* Busse-Seewald, Herford [3]1993; Adolf VON THADDEN, *Zwei Angreifer,* Essen 1989; Joachim HOFFMANN, *Stalins Vernichtungskrieg 1941-1945,* Verlag für Wehrwissenschaften, München 1995; Walter POST, *Unternehmen Barbarossa. Deutsche und sowjetische Angriffspläne 1940/41,* Mittler, Hamburg-Berlin 1996; Wolfgang STRAUSS, *Unternehmen Barbarossa und der russische Historikerstreit,* Herbig, München 1998; Andreas NAUMANN, aaO. (Anm. 4); verschiedene Artikel von Heinz MAGENHEIMER in: *Österreichische Militär-Zeitschrift* sowie von Günther GILLESSEN, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 1986-1997.

menübungen in Anwesenheit Stalins unter Timoschenkos Leitung abgehalten, in denen der Angriff auf Europa geübt wurde. In seiner Rede am 5. 5. 1941 vor Absolventen der Moskauer Militärakademie sprach Stalin davon, daß man nun »von der Verteidigung zu Angriffsoperationen überzugehen« habe. Sein Biograph Wolkogonow faßte das, was Stalin dann in später Stunde einem kleineren Kreis anvertraute, mit den Worten zusammen: »Der Krieg ist unausweichlich. Man muß bereit sein zur bedingungslosen Zerschlagung des deutschen Faschismus.«[10] Aus Gefangenenverhören erfuhr die deutsche Führung später von diesen Tatsachen.

Im Juni 1941 standen auf russischer Seite rund 5,2 Millionen Soldaten mit 14 700 Panzern, 13300 Flugzeugen und mehr als 100 000 Geschützen, das stärkste Heer, das die Geschichte je gesehen hatte, den 3,8 Millionen Mann der deutschen Front mit deren 3200 Panzern und 2780 Flugzeugen gegenüber.[11] Die Rote Armee konnte noch bei der Angriffsaufstellung vom deutschen Einmarsch überrascht und zerschlagen werden.

Zu den zahlreichen militärischen Indizien für einen im Sommer 1941 bevorstehenden sowjetischen Angriff auf das Reich und Europa gehören:[12]

1. Die Sowjets hatten eine mächtige Luftlandeorganisation aufgebaut, die nur zum Angriff, nicht für eine Verteidigung sinnvoll war.

2. Die sowjetischen Streitkräfte, insbesondere die Artillerie, hatten beim deutschen Angriff kein Kartenmaterial. Dieses - und zwar meist Karten von Gebieten westlich der sowjetischen Grenze - befand sich nahe der russischen Westgrenze in riesigen Mengen - man spricht von 200 Millionen Karten - in Waggons eingelagert und sollte kurz vor dem Angriff ausgeliefert werden. Es fiel zum Teil den Deutschen in die Hände.

[10] Nach Naumann, aaO. (Anm. 4), S.167.

Ebenda, S. 33.

[12] Ebenda, S. 213-266; ebenso in Suworows Schriften aaO. (Anm. 8).





Das zweisitzige R-5 zum Transport von 16 Fallschirmjägern - eine Entwicklung, die in einem Verteidigungskrieg wenig Sinn macht; ebenso (rechts) dieser abgeschossene Panzer, der bestimmt zu jenen Entwicklungen für einen Angriffskrieg auf fremdem - westeuropäischem - Boden gehörte.

3. Die sowjetischen Panzer waren teilweise so gebaut, daß sie ihre schwerfälligen Raupenketten abwerfen und auf Hartgummirädern mit großer Geschwindigkeit weiterfahren konnten. Das war für einen Verteidigungskampf im unwegsamen russischen Gelände hinderlich, ergab aber einen guten Sinn beim Angriff nach Westen zum Vormarsch auf dem gut ausgebauten deutschen und westeuropäischen Straßennetz.

4. Seit den dreißiger Jahren waren die russischen Schienenfahrzeuge, die ursprünglich für die breitere russische Spur vorgesehen waren, zum Umspuren auf die mittel- und westeuropäische schmalere Eisenbahnspurweite ausgerüstet worden, damit der Waggonpark schnell auf mittel- und westeuropäischen Schienen eingesetzt werden konnte.

5. Die für den Sommer 1941 vorgesehene und weitgehend durchgeführte Heranführung der sowjetischen Streitkräfte an die Westgrenze hätte sich mit dem bestehenden Verkehrspotential ohne Angriff vor dem Winter 1941/42 nicht rückgängig machen lassen, noch hätten die dort mobilisierten Truppen im folgenden Winter versorgt werden können. Spätestens im Herbst 1941 hätte also von daher ein Vormarsch der Roten Armee nach Westen erfolgen müssen, wenn nicht unlösbare Versorgungsschwierigkeiten für die vielen Millionen Rotarmisten auftreten sollten.

6. Es waren im westlichen Gebiet der UdSSR keine festen Plätze für Führungsgefechtsstände vorgesehen, wie man sie zur Verteidigung benötigt. Es gab nur mobile Gefechtsstände für den Angriff.

7. Die bis dahin vorhanden gewesenen Verteidigungsanlagen und Sperren im Hinterland der Westgrenze waren im Frühjahr 1941 von den Sowjets überraschend abgebaut worden.

8. Versorgungsdepots, Betriebsstofflager und Mobilmachungsvorräte waren im Frühjahr 1941 von den Sowjets nahe an die westliche Staatsgrenze vorgeschoben worden.

9. Die Rote Armee war nicht auf Verteidigung, sondern nur auf Angriff eingerichtet. Es gab keine Verteidigungsbefehle oder -richtlinien. Nur deshalb konnte die Wehrmacht in den ersten Tagen solche Siege erringen.

Zusammenfassend stellte der Militärhistoriker Joachim Hoffmann schon 1986 fest: »Alle diese Maßnahmen lassen zweifelsfrei erkennen, daß es Stalin eben gerade nicht um die Vorbereitung zu einem Verteidigungskrieg zu tun war.«[13]

Aus all dem folgt einmal, daß nicht eine »friedliebende Sowjetunion« schnöde überfallen wurde, sondern daß STALIN den großen Krieg wollte, sich darauf durch Hochrüstung vorbereitet hatte und eine aktive Kriegspolitik betrieb. Er war alles andere als »friedliebend«. »STALIN war sich vollauf darüber im klaren, daß der Abschluß des Paktes vom 23. August 1939 einen europäischen Krieg zur Folge haben würde, >weil HITLER sich dann im Osten sicher fühlt« ,«[14] Der Vertrag mit HITLER sollte nur STALINS Ausgangsstellung verbes-

[13] Joachim HOFFMANN, »Stalin wollte den Krieg«, Leserbrief in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 16. 10. 1986.

[14] Ebenda.

sern und ihm nach gegenseitiger Schwächung des Westens erlauben, als lachender Dritter am Ende eines möglichst ausgedehnten Abnutzungskrieges die größte Beute einzufahren. Die schnellen deutschen Siege im Westen und auf dem Balkan verdarben ihm das Konzept. Der Termin des deutschen Angriffs war von Richard SORGE aus Tokio verraten worden.

Mit seiner Annäherung an England hatte STALIN zum anderen als erster den Pakt mit Berlin wie schon viele andere vorher gebrochen. Nicht HITLER hatte als erster durch seinen Angriffsbefehl Vertragsbruch begangen.

Die im Sommer 1941 zum Angriff auf Deutschland und Europa angetretene Rote Armee wurde im letzten möglichen Zeitpunkt in ihren Bereitstellungsräumen von der Wehrmacht überrascht und zerschlagen. Wäre nämlich den Sowjets der geplante Angriff 1941 in ihrer großer Menschen- und Materialüberlegenheit überlassen worden, so hätte keine Macht in Europa diese militärische >Dampfwalze< aufhalten können. Die Rote Armee wäre sicher bis zum Atlantik durchgestoßen, und nicht nur Osteuropa - wie 1945 durch die Hilfe der Westalliierten ermöglicht - wäre ein Opfer des Bolschewismus geworden, sondern ganz Europa schon 1941.

Zum dritten steht fest, daß HITLER mit dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion STALIN nur um Tage oder Wochen zuvorkam. Der Reichskanzler war 1941 bereits kein Handelnder mehr, sondern ein Getriebener, der nicht mehr anders konnte, als mit dem Ostfeldzug einen verzweifelten Versuch zur Rettung Deutschlands und Europas vor dem Bolschewismus zu wagen.

Über das Ergebnis urteilte der Staatsrechtler Erich SCHWINGE: »Daß die kommunistische Gefahr bis zum Erscheinen der Amerikaner und Engländer von Westeuropa abgewendet worden ist, ist allein dem deutschen Rußlandkämpfer zu verdanken. Und das stellt vielleicht die größte Leistung des deutschen Soldaten im Zweiten Weltkrieg dar.«[15]

Rolf Kosiek

[15] Erich SCHWINGE, *Bilanz der Kriegsgeneration,* N. G. Elwert, Marburg [13]1987, S. 56.



Aus: SCHUKOWS Ausmarschplan[16]

». .. Im gesamten kann Deutschland mit seinen Verbündeten gegen die Sowjetunion 240 Divisionen aufmarschieren lassen. Wenn man in Betracht zieht, daß Deutschland sein Heer mit eingerichteten Rückwärtigen Diensten mobil gemacht hat, so kann es uns beim Aufmarsch zuvorkommen und einen Überraschungsschlag führen.

Um dies zu verhindern und die deutsche Armee zu zerschlagen, erachte ich es für notwendig, dem deutschen Kommando unter keinen Umständen die Initiative zu überlassen, dem Gegner beim Ausmarsch zuvorzukommen und das deutsche Heer dann anzugreifen, wenn es sich im Aufmarschstadium befindet, noch keine Front aufbauen und das Gefecht der verbundenen Waffen noch nicht organisieren kann...«

[14] Veröfffentlicht von V. DANILOW und H. MAGENHEINMER, in: *Osterreichische Militärische Zeitschrift,* 1993/1, S. 41-51)

Sowjet-Morde im Walde von Katyn

Nachdem die Deutschen Polen praktisch besiegt hatten, griffen die Sowjets am 17. September 1939 Polen an und besetzten das östliche Polen, auch Gebiete, die zunächst von der deutschen Wehrmacht erobert und dann wieder geräumt worden waren. Am 6. Oktober kapitulierten die letzten polnischen Einheiten, damit war der Polenfeldzug für alle Seiten beendet. Man kennt genau die deutschen Verluste und die Zahl der polnischen Gefangenen, die ins Deutsche Reich kamen.[1]

Die Frage aber, wieviele polnische Gefangene (S. 25) nach Rußland deportiert wurden, kann nur geschätzt werden. MOLOTOW gab bekannt, daß die Sowjets 230670 Polen entwaffnet hätten[1] (S. 107), MACKIEWICZ[2] gibt etwas höhere Zahlen an. Der sowjetische *Rote Stern* schrieb (17. 9. 1940), daß u.a. 12 polnische Generale, 58 Oberste, 72 Oberstleutnants und 9227 weitere Offiziere von den Sowjets gefangengenommen worden seien.[3] Die große Frage ist: Was geschah mit diesen Offizieren und Soldaten (und weiteren gefangenen Zivilpersonen)?

Die polnische Exilregierung in Paris (nach Frankreichs Niederlage in London) suchte unter General SIKORSKI (1881-1943) nach den in Rußland gefangen gehaltenen Offizieren und Soldaten und trug ausführliche Nachrichten und genaue Einzelheiten zusammen. Die Masse der von den Sowjets gefangenen polnischen Offiziere, Polizisten und Militärpolizisten wurde in drei großen Lagern in der Ukraine zusammengefaßt:

ca. 4000 Mann in Starobielsk,
ca. 4500 Mann in Kozielsk und
ca. 6500 Mann in Ostaschkow, insgesamt rund 15000 Mann, vorwiegend Offiziere.[2]

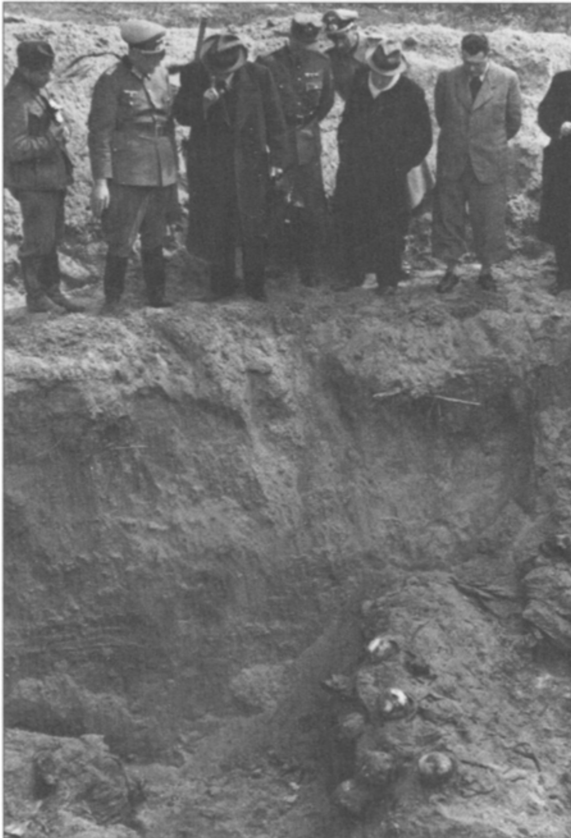
Die Lage änderte sich nach Beginn des Ostfeldzuges im Juni 1941. Der Deutsch-sowjetische Pakt wurde von der Sowjetunion außer Kraft gesetzt, und sämtliche Polen, die in der Sowjetunion gefangen waren, fielen unter eine Amnestie. Nur die oben erwähnten 15 000 Mann waren nirgends aufzufinden. Zahlreiche diplomatische Gespräche zwischen Sowjets und Exilpolen wurden geführt, Briefe und Noten gingen hin und her.

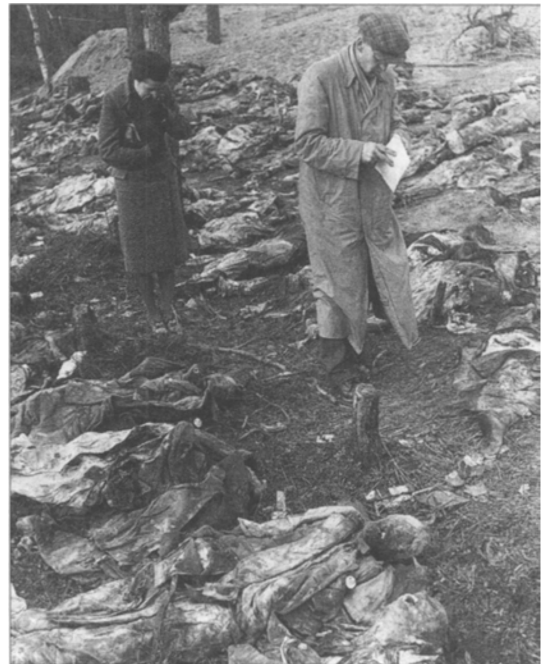
Am 1. Dezember 1941 reiste General SIKORSKI nach Moskau, um mit STALIN und MOLOTOW ZU sprechen. Er erhielt keine befriedigende Auskunft auf die Frage nach dem Verbleib der 15000 polnischen Gefangenen, nachdem auf einen in der ganzen Welt verbreiteten Aufruf sich kein einziger der Vermißten gemeldet hatte. Aus den drei genannten Lagern waren fast alle Insassen abtransportiert, und es fehlte jede Spur von ihnen. Auch ihr Briefwechsel mit ihren Angehörigen war im Frühjahr 1940 abgebrochen.

[1] Hellmuth Günther DAHMS, *Die Geschichte des Zweiten Weltkrieges,* Herbig-Verlag, München 1983.
[2] Josef MACKIEWICZ, *Katyn - ungesühntes Verbrechen,* Thomas-Verlag, Zürich 1949.
[3] Jan CIECHANOWSKI, *Vergeblicher Sieg,* 1948.

Am 13. April 1943 gab es eine Sensation. Der Großdeutsche Rundfunk berichtete, daß in einem Walde bei Smolensk (auch >Katyn-Wald< genannt) Gruben mit Tausenden von Leichen polnischer Offiziere entdeckt worden seien. Alle waren durch Genickschuß getötet worden, einigen waren die Hände auf den Rücken gefesselt.

Wenige Wochen später kam auf deutsche Einladung - das Internationale Rote Kreuz hatte abgelehnt - eine internationale Kommission von Gerichtsmedizinern nach Katyn, darunter auch der bekannte Schweizer Professor Dr. NAVILLE aus Genf. Die Kommission hatte zwölf ausländische Mitglieder aus verschiedenen Ländern, aus Deutschland war Professor Dr. BUHTZ-BRESLAU anwesend. Vom Polnischen Roten Kreuz waren führende Vertreter eingeladen und erschienen. Alle konnten sich frei bewegen und ungestört ihre Untersuchungen durchführen. Als Ergebnis kam zu Tage, daß die polnischen Offiziere alle aus dem Lager Kozielsk bei Orel stammten, daß zahlreiche Briefe, Postkarten, Tagebuchnotizen und Ähnliches gefunden wurden, die mit dem Monat April 1940 aufhörten. Zu jener Zeit war der Wald von Katyn noch in russischem Besitz (der Rußlandfeldzug begann erst am 22. Juni





Das Massaker von Katyn. Links: Eine internationale Kommission besichtigt ein Massengrab. Sieben von neun Massengräbern wurden Mitte April 1943 geöffnet und 4243 polnische Offiziere identifiziert.



1941). Aus zahlreichen gerichtsmedizinischen Befunden ging eindeutig hervor, daß die gefundenen Leichen mindestens drei Jahre im Massengrab lagen. So haben unabhängig voneinander alle Gerichtsmediziner entschieden. Die Ermordungen mußten also lange vor Beginn des Rußlandfeldzuges erfolgt sein und können daher nur von den Sowjets durchgeführt worden sein. Im Laufe der Zeit (einige Monate) wurden 4350 (aufgerundete Zahl) Leichen gefunden, die meisten konnten identifiziert und registriert werden.

Die Sowjets protestierten und logen die Morde von Katyn in ein deutsches Verbrechen um. Sie übernahmen auch die (falsche) Zahl der deutschen Propaganda von 10000 bis 12000 Leichen und behaupteten einfach 11000 Tote. Das enthob die Sowjets der peinlichen Fragen, wo denn die anderen polnischen Offiziere aus den Lagern Starobielsk und Ostaschkow zu finden seien.

H. Günther DAHMS weist darauf hin, daß zur gleichen Zeit eine noch weit größere Anzahl ermordeter Ukrainer bei Winniza entdeckt wurde, doch konzentrierte sich die GOEBBELS-Propaganda offensichtlich auf Katyn, möglicherweise mit dem Ziel, einen Keil ins feindliche Lager zu treiben.

Die UdSSR benutzte die Gelegenheit 1943, die diplomatischen Beziehungen zur polnischen Exilregierung in London abzubrechen, wo später ein Denkmal von Polen zur Erinnerung an den Mord durch die Sowjets errichtet wurde. Dagegen errichteten die Sowjets (und Polen) in niederträchtiger Weise 1985 auf dem Warschauer Militärfriedhof Powatzki ein dreieinhalb Meter hohes Granitkreuz mit der geschichtsfälschenden Inschrift: »Den polnischen Soldaten, die Opfer des HITLER-Faschismus wurden und in der Erde von Katyn ruhen«. Die Inschrift mußte Ende März 1989 entfernt werden,[4] nachdem in Polen offen über die sowjetische Schuld gesprochen worden war.

[4] *Stuttgarter Nachrichten,* 1. 4. 1989.

Den Gipfelpunkt der Lügenhaftigkeit erklomm die Nürnberger Rachejustiz (der Begriff >IMT< = Internationales Militär-Tribunal ist ein Etikettenschwindel, da es weder ein internationales Gremium noch ein Gerichtshof, sondern ausschließlich eine interalliierte Siegerabsprache war): Die Morde von Katyn wurden zunächst Deutschland angelastet, während die wahren Mörder am >Richtertisch< saßen. Man konnte 1945/46 aber den Deutschen keine Schuld nachweisen, und daher verschwand das Thema allmählich aus den Vorwürfen der Nürnberger Ankläger. In ihrem Urteil findet sich kein Wort mehr davon.

Nach einem Bericht der polnischen Exilregierung aus London[5] haben polnische Arbeiter, die an einer Erdgasleitung in der Nähe der sowjetischen

[5] *Deutschland Journal,* Oktober 1980.

Stadt Orenburg (zwischenzeitlich Tschkalow am Uralfluß) arbeiteten, bei Schachtarbeiten 1980 eine Anzahl Leichen von polnischen Offizieren entdeckt. Die grausige Entdeckung geschah aufgrund eines Hinweises eines älteren Sowjetbürgers. Nach dessen Angaben sollen an der Fundstelle die Leichen von insgesamt rund 6000 polnischen Offizieren verscharrt worden sein. Dabei soll es sich um Angehörige der polnischen Armee handeln, die 1939 in sowjetische Gefangenschaft gerieten und 1940 aus dem NKWD-Lager Starobielsk westlich von Charkow spurlos verschwanden. Die polnischen Arbeiter, die an der Entdeckung der Skelette unmittelbar beteiligt waren, wurden von den sowjetischen Sicherheitsbehörden in ihre Heimat abgeschoben.

Schon früher[6] war von einer Schuldzuweisung für Katyn in einer Äußerung CHRUSCHTSCHOWS berichtet worden: »STALIN ist ohnehin für so viele Verbrechen verantwortlich, da wird er das auch noch verkraften können. Wie die Dinge liegen, weiß doch ohnehin jeder, wer es (das Katyn-Massaker) verübte, so daß es uns sowieso zugeschrieben wird, auch wenn wir unsere Schuld nicht offiziell eingestehen.«

Offenbar ein Tatzeuge von Katyn, ein sowjetischer Major und späterer Lagerleiter in Workuta, hat im Zusammenhang mit dem Streik in Workuta im Juli 1953 seinen Gefangenen gedroht: »Ich werde euch nicht erlauben, eine Kommission nach Moskau zu verlangen. Bis zu ihrer Ankunft habe ich euch schon lange in eurem eigenen Blut ertränkt, so wie ich die Herren Pans, die polnischen Offiziere von Katyn, ertränkt habe.« Der alkoholsüchtige Major sprach über die Ermordung der polnischen Offiziere und, betrunken, wie er war, beschimpfte er sie. Dabei bekannte er, daß er ihretwegen jetzt hier in den unwirtlichen Gegenden sei. Bevor er wegging, machte er darauf aufmerksam, daß hier das gleiche geschehen könne, da es für ihn eigentlich egal sei, ob zu seiner Tat von Katyn noch eine weitere von Workuta käme.[7]

Anfang März 1989 wurde von polnischer Seite offiziell bekanntgegeben,[8] daß der Mord an den über 4000 polnischen Offizieren in Katyn nicht von den Deutschen, sondern von den Sowjets unter STALIN durchgeführt worden sei. In Katyn an der Fundstelle der Leichen stand lange ein aus Granitblöcken errichtetes Denkmal mit der wahrheitswidrigen Inschrift auf Russisch und Polnisch: »Den Opfern des Faschismus - den polnischen Offizieren, die von Hitleristen im Jahre 1941 erschossen worden sind.«[9]

Am Karfreitag, dem 13. April 1990, gestand die Sowjetunion offiziell ein, daß der frühere Sicherheitsdienst NKWD unter STALIN die rund 15000 polnischen Offiziere in Katyn und anderenorts 1940 ermordet habe. In der Nacht vom 3. auf den 4. April 1990 wurden die die Deutschen dieser Untat bezichtigenden Tafeln in Katyn entfernt. Polens Staatschef JARUZELSKI legte am 14. April 1990 an der Gedenkstätte Katyn nach einem Besuch bei GORBATSCHOW einen Kranz nieder und hielt einen Totenappell mit militärischem Gepräge ab.[10] Nach fast fünfzig Jahren hatte sich im Fall Katyn die historische Wahrheit durchgesetzt und war von allen Seiten anerkannt worden.

[6] *Deutschland Journal,* Januar 1977.

[7] Johann URWICH-FERRY, *Ohne Paß durch die UdSSR,* Vereinigung der Freien Rumänen in Deutschland e.V., München 1982, S. 105.

[8] Rundfunk und Fernsehen am 8. 3. 1989.

[9] *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 4. 4. 1989.

[10] *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 14./17. 4. 1990.

Weiterführende Literatur:
Hendrik VAN BERGH, *Die Wahrheit über Katyn,* Vowinckel, Berg 1986.

Wer zerstörte das Lawra-Kloster in Kiew?

Der Krieg ist grausam und zerstört viel Gut und Leben. Auch historisch und kulturell wertvolle Stätten haben darunter zu leiden, und viele Kunstschätze Europas fielen den beiden Weltkriegen zum Opfer. Allzuschnell wird jedoch seit 1945 immer wieder allein den Deutschen die Schuld an solchen Ereignissen zugeschoben. Wer kritisierte schon die Alliierten für ihre völlige Zerstörung des einmaligen Klosters Monte Cassino durch zahllose, wenn auch sinnlose Bombardements? Hätten nicht die Deutschen vorher viele Kunstschätze aus den ehrwürdigen Mauern nach Rom in Sicherheit gebracht, so wäre noch mehr an Unersetzlichem vernichtet worden.

Ein Beispiel für die vorschnelle Beschuldigung Deutscher durch deutsche Nachkriegsmedien lieferte die angesehene *Frankfurter Allgemeine Zeitung* am 5. April 1958. In einem Bericht über das Lawra-Kloster in Kiew liest man dort: »Am 3. November 1941 wurde das Bauwerk, heißt es, von den hitlerischen Eroberern barbarisch zerstört.«

Ein Leser konnte dies dann aus eigener Erfahrung richtigstellen, was die *FAZ* (4. 11. 1959) als Leserbrief abdruckte, worin Heinz SCHERF, Frankfurt, schrieb:

»Zufälligerweise habe ich nämlich an diesem Tag in unmittelbarer Nähe des Lawra-Klosters diphtheriekrank als deutscher Reserve-Offizier in einem in ein deutsches Reserve-Lazarett umgewandelten Kiewer Krankenhaus gelegen. Vorher hatte ich mit meiner Einheit in der Panzerkaserne in Kiew bis Ende Oktober 1941 gelegen. Aus dieser Zeit ist mir bekannt, daß noch viele Tage, ja sogar wochenlang nach Abzug der russischen Truppen in Kiew öffentliche Gebäude, besonders wenn sie mit deutschen Truppen belegt waren, in die Luft gejagt wurden. Am 3. November 1941 wurde ich - wie wohl alle Insassen des Reserve-Lazaretts, in dem ich lag - durch eine mächtige Detonation, die alle Scheiben des Lazaretts klirren ließ, erschreckt. Schon kurz nachher hörte man, daß das Lawra-Kloster gesprengt worden war. Nachher wurde erzählt, daß folgendes der Anlaß der Sprengung war: Für den 3. November war der Besuch des slowakischen Politikers TUKA angekündigt, der dafür bekannt war, daß er mit der nationalsozialistischen Regierung kollaborierte. Nach meiner Kenntnis der Verhältnisse in Kiew halte ich es aber für völlig sicher, daß das Lawra-Kloster, das ich selbst vor meiner Diphtherie-Erkrankung Mitte Oktober 1941 besichtigt habe und noch unzerstört vorfand, nicht von den Deutschen zerstört wurde.«

Viele Leser haben sicher nur die erste Falschmeldung aufgenommen. Hätte nicht zufällig dieser Erlebniszeuge sich zu Wort gemeldet, wozu als Entlastungszeuge für Deutschland auch damals schon Mut gehörte, so würde wohl das falsche Urteil zu Lasten Deutschlands in die Geschichte eingegangen sein.

War die sowjetische Tötungspraxis Folge von Hitlers >Kommissarbefehl<?

Siehe Beitrag: »Was geschah mit Hitlers >Kommissarbefehl<?«

Auch wenn die Existenz eines STALIN-Befehls über die Erschießung deutscher Kriegsgefangener ungewiß blieb, bestand im Auswärtigen Amt (AA) ebenso wie in der Wehrmacht-Untersuchungsstelle (WUSt) die aus Zeugenaussagen, Funksprüchen und Beutepapieren gewonnene Überzeugung, daß die Sowjetarmee den Grundsatz, deutsche Gefangene zu erschießen, mit einer Konsequenz befolge, als handele es sich um einen Befehl von höchster Stelle, wenn nicht STALINS selbst. Dies bezeugen zahllose interne Mitteilungen. Allerdings äußerte man dabei wiederholt die Vermutung, diese Praxis könne womöglich mit HITLERS >Kommissarbefehl< in Zusammenhang stehen.[1]

So schrieb der Vertreter des Auswärtigen Amtes beim Oberkommando des Heeres an seine vorgesetzte Dienststelle in Berlin: »In der Anlage überreiche ich einige russische Beutepapiere, aus denen sich die Methoden russischer Militärstellen gegenüber deutschen Kriegsgefangenen ergeben. Sie beweisen erneut, daß es bei den Sowjets üblich ist, die deutschen Kriegsgefangenen alsbald nach der Vernehmung zu erschießen«, woran sich die oben erwähnte Vermutung anschloß.[2] Zwar sind die beigefügten Papiere in Nürnberg verlorengegangen, doch liegt eine weitere Meldung eines Vertreters des Auswärtigen Amtes beim Luftwaffenführungsstab vom 28. August 1941 vor, in der es heißt:

»Lt. Morgenmeldung des AOK 9, Abt. Ic, vom 24. August 1941, wurden nach Aussagen von Gefangenen beim XXXX. Armeekorps sämtliche deutschen Offiziere, die gefangengenommen wurden, erschossen. Und zwar mit der Begründung, daß deutscherseits politische Kommissare auch erschossen würden.«[3]

Auf eine Anfrage des Auswärtigen Amtes (AA), die hierauf Bezug nahm, teilte der Führungsstab der Luftwaffe am 15. September 1941 diesem mit: »Es ist aus den vorhandenen Unterlagen, die dem Auswärtigen Amt laufend übersandt werden, ersichtlich, daß die Sowjets vom ersten Tage des Ostfeldzugs an auf der ganzen Front bestialisch gemordet haben. Die Bezugnahme darauf, daß von deutscher Seite die gefangenen Kommissare erschossen würden, kann nur als nachträglicher Vorwand gewertet werden. Folgerungen unmittelbarer Art sind daher nicht zu ziehen.«[4]

Ob keine Folgerungen daraus zu ziehen waren, mag dahingestellt bleiben, immerhin macht der Schriftwechsel deutlich, daß den Bearbeitern im Auswärtigen Amt HITLERS >Kommissarbefehl< und das darin enthaltene Unrecht deutlich vor Augen stand. Der Befehl war wiederholt Gegenstand von Vorhaltungen, die der Wehrmacht seitens des Auswärtigen Amtes gemacht wurden. Das ist aus obiger Entgegnung des Bearbeiters im Luftwaffenführungs-

[1] Afred M. DE ZAYAS, *Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle. Deutsche Ermitlungen über alliierte Völkerrechtsverletzungen im Zweiten Weltkrieg,* Berlin 1997, S. 304.
[2] Ebenda, S. 305.
[3] Ebenda; Bundesarchiv-Militärarchiv (BA-MA) RW 2/v. 208, S.12.
[4] BA-MA, RW 2/v. 208, S. 13.

stab deutlich zu erkennen, dessen Argumentation eine gewisse Ratlosigkeit erkennen läßt. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß der >Kommissarbefehl< in den deutschen Kommandobehörden ebenso wie in der kämpfenden Truppe Unsicherheit, Verärgerung, ja Erbitterung hervorgerufen und Schaden gestiftet hat, indem man sich letztlich sagen mußte, wir handeln nicht anders als der Gegner. Dies war schließlich, neben der notwendigen Ausrichtung des Feldheeres vom Blitzkrieg auf den Abnutzungskrieg, eines der Hauptargumente zur Aufhebung des >Kommissarbefehls< am 7. Mai 1942. In dem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß zahlreiche Armeestäbe der Wehrmacht diesen Befehl ohnehin weder befolgt noch weitergegeben haben, (siehe Beitrag Nr. 186: »Was geschah mit Hitlers >Kommissarbefehl<?«)

Im November 1941 überstellte die Wehrmacht-Untersuchungsstelle (WUSt) ihre erste Denkschrift über Kriegsverbrechen der Roten Armee an das Auswärtige Amt, die dort ihren Eindruck nicht verfehlte. Sie enthielt eine zusammengestellte Auswahl der bisher erfaßten Fälle völkerrechtswidrigen Verhaltens, auf die wir nachfolgend Bezug nehmen. In der Einleitung heißt es darin:

»Die Sowjetunion hat vom ersten Tage an die ihren innerstaatlichen Schrekkensmethoden entsprechenden brutalen Mittel auch gegenüber den in ihre Hand gefallenen wehrlosen Angehörigen der deutschen Wehrmacht und gegenüber den deutschen Sanitätsformationen zum Ausdruck gebracht. Gleichzeitig hat sie, offenbar um ihr tatsächliches Gebahren zu verschleiern, zu dem Mittel der Tarnung gegriffen: In einem Armeebefehl, der mit dem Genehmigungsvermerk des Rates der Volkskommissare vom 1. Juli 1941 versehen ist, werden die von der Armee angeblich zu beachtenden völkerrechtlichen Grundsätze in Anlehnung an die Haager Landkriegsordnung der Truppe zur Kenntnis gebracht. Eine Ausfertigung dieser Anordnung ist bei der Ge-



Am Strand von Feodosia wurden 55 deutsche Leichen in einem Sandhügel gefunden. Offenbar wurden die Schwerverwundeten lebend dort an den Strand gelegt, wo sie erfroren. Siehe: Alfred M. de Zayas, aaO. (Anm. 1), der den Fall ausführlich darstellt.

fangennahme eines russischen Stabes in deutsche Hand gefallen. Diese in schlechter Vervielfältigung hergestellte Ausfertigung des russischen Befehls dürfte nur sehr geringe Verbreitung, sicherlich aber keine Beachtung gefunden haben. Andernfalls wären die ungeheuren Verbrechen nicht erklärlich, die an allen Teilen des russischen Frontbereichs den wehrlos in feindliche Hand gefallenen deutschen Soldaten und den unter dem Schutz des Roten Kreuzes stehenden Sanitätsformationen vom ersten Tage des Krieges an in zahllosen Fällen widerfahren sind.«[5]

[5] Alfred M. de Zayas, aaO. (Anm. 1), S. 306.

In einer weiteren Denkschrift vom März 1942, mit der dem oben erwähnten Verdacht des AA begegnet wurde, wertete die Wehrmacht-Untersuchungsstelle mehrere hundert Aussagen russischer Kriegsgefangener sowie Auszüge aus Beutepapieren aus. Darin setzte sie sich mit der Frage auseinander, ob und inwieweit die Erschießung deutscher Kriegsgefangener durch die Rote Armee als sowjetische Repressalie und Antwort auf den deutschen >Kommissarbefehl< verstanden werden könne, was sie verneinte. Darin vertrat sie die Meinung, daß es sich nicht um Vergeltung handeln könne, »da sich aus dem vorgelegten Beweismaterial einwandfrei ergibt, daß die russischen Greuelakte an den verschiedensten Stellen der Front gleichzeitig vom Beginn des Kampfes an in Erscheinung getreten sind«.[6]

[6] BA-MA, RW 2 /v. 147, S. 3 ff.

Aus anderen Notizen sowie aus der Korrespondenz mit dem Auswärtigen Amt und dem Wehrmachtführungsstab wird deutlich, daß die Mitarbeiter der Wehrmacht-Untersuchungsstelle der Meinung waren, Stalin persönlich müsse entweder aufgrund eines Befehls oder einer geheimen Weisung für die Tötung deutscher Kriegsgefangener verantwortlich sein. Dabei hatten sie jedoch ihre liebe Not, den >Kommissarbefehl< als nicht ursächlich für die sowjetische Tötungspraxis darzustellen. Das zeigt, daß man im AA nichts unversucht ließ, um gegen den >Kommissarbefehl< Stellung zu nehmen und ihn nach Möglichkeit rückgängig zu machen. Es steht zu vermuten, daß diese Bestrebungen beim OKH nicht ungern gesehen wurden. Es wäre nicht verwunderlich, wenn beide Dienststellen dabei einander zugearbeitet hätten, denn auch das OKH unternahm alle Anstrengungen, um den >Kommissarbefehl rückgängig zu machen.

Die Frage, ob die Tötung der deutschen Gefangenen aufgrund eines Stalin-Befehls erfolgt ist, läßt sich nach dem heutigen Stand der Forschung jedoch nicht endgültig klären.[7]

[7] Alfred M. de Zayas, aaO. (Anm. 1, S. 307.

In diesem Zusammenhang weist de Zayas allerdings auf eine Unterredung zwischen Stalin und dem britischen Premierminister Churchill hin, die auf der Konferenz von Teheran im Dezember 1943 stattfand. Darin erklärte Stalin bezeichnenderweise dem britischen Bundesgenossen:

»In den deutschen Divisionen befinden sich viele Werktätige, die unter Befehl fechten. Gefangene aus den arbeitenden Klassen... haben auf die Frage, weshalb sie für Hitler kämpfen, geantwortet, daß sie Befehlen gehorchen. Solche Gefangenen lasse ich erschießen.«[8]

[8] Winston Churchill, *Der Zweite Weltkrieg,* Bd. 5.2, Scherz, Bern 1954, S. 48 f.

Alfred DE ZAYAS schreibt dazu:[9] »Zwar liefert diese Bemerkung keinen Beweis für die These der WUSt, doch verdeutlicht sie die Stimmung, in der STALIN an das Problem der deutschen Kriegsgefangenen herantrat.« Und er fügt hinzu, daß sich STALIN im April 1945 gegenüber Milovan DJILAS, der mit einer jugoslawischen Delegation nach Moskau gekommen war, ähnlich äußerte. STALIN sprach von DOSTOJEWSKI und von der menschlichen Psyche und fuhr fort:

[9] Alfred M. DE ZAYAS, aaO. (Anm. 1), S. 307.

»Sie haben eine Idealvorstellung der Roten Armee. Doch sie ist nicht ideal, und kann es auch nicht sein, auch nicht, wenn sie nicht einen bestimmten Prozentsatz an Kriminellen umfassen würde: Wir haben die Zuchthäuser geöffnet und alle in die Armee abkommandiert. Die Rote Armee ist nicht ideal. Hauptsache ist es, daß sie gegen die Deutschen kämpft - und dies tut sie recht gut - alles andere spielt ja keine Rolle.«[10]

[10] Milovan DJILAS, *Wartime*, London 1977, S. 435, vgl. auch: Alfred DE ZAYAS, ebenda, S. 30.

In den Jahren des Rußlandfeldzuges riß die Arbeit der WUSt nicht ab. Während des ganzen Rußlandkrieges setzten sich die Berichte über Mißhandlung und Erschießung deutscher Kriegsgefangener durch die Rote Armee fort. Ihre Hauptquellen dabei waren:

> Beutedokumente, Befehle, Operationspläne und Flugblattpropaganda,

> Abhörtätigkeit russischer Führungsmittel,

> Aussagen sowjetischer Kriegsgefangener,

> Aussagen von Wehrmachtangehörigen, die vorübergehend in sowjetische Kriegsgefangenschaft geraten waren.

Die Begründungen für die Gefangenenerschießung durch die Sowjets lassen sich nach Alfred M. DE ZAYAS aufgrund der WUSt-Unterlagen in folgende Kategorien einordnen:

> Der deutsche Soldat leistet Widerstand: Hier wird scharf unterschieden zwischen denen, die sich ergeben, und denen, die erst nach dem Kampf in die Hände der Sowjets fallen. Erstere kommen unter Umständen mit dem Leben davon, letztere werden ohne Befehl sofort erschossen. Vor jedem Angriff wird den Rotarmisten gesagt, daß nur diejenigen Deutschen gefangen zu nehmen sind, die sich rechtzeitig ergeben (durch zahlreiche Aussagen bestätigt).

> Der deutsche Soldat ist verwundet: Verwundete deutsche Soldaten, besonders sofern diese nicht gehen können, werden in der Regel als lästig empfunden, man muß sie zum Verhör bringen, was oft weite Wege bedeutet, weshalb man sie eben erschießt oder mit dem Bajonett ersticht (dies gründet auf zahlreichen Gefangenenaussagen). So entscheidet häufig der einzelne Rotarmist, ob der verletzte deutsche Gefangene zum Verhör tauglich ist oder erschossen werden muß.

> Zeit oder Möglichkeit zum Abtransport der Gefangenen sind nicht gegeben: Zahlreiche Aussagen bestätigen, daß viele deutsche Gefangene aus Mangel an Transportmöglichkeiten erschossen wurden. So wurden 20 Kilo-

meter westlich von Storozyninc in der Bukowina am 2. und 3. Juli 1941 rumänische Kriegsgefangene, unter denen sich auch deutsche Unterführer befanden, auf Befehl des Regimentskommandeurs, Major Sawelin, nur aus dem Grunde erschossen, weil nach Ansicht des Kommandeurs keine Möglichkeit zum Abtransport bestand. Es handelte sich dabei um 400 Mann. Zahlreiche weitere Fälle lagen der WUSt vor.

> Der Gefangene verweigert die Aussage: In Beutepapieren ließ sich häufig nachlesen, so unter anderem bei der 78. Sturmdivision: »Beim Verhör ist es nicht gelungen, eine Aussage zu erhalten. Wir mußten den Gefangenen erschießen.« Oder: »Die Aussagewilligen wurden ins Hinterland geschafft, während die Aussageverweigerer erschossen wurden«, steht häufig zu lesen.

> Es herrscht Nahrungsmittelknappheit: Da der Rotarmist meist selbst hungerte, war er selten bereit, seine knappe Ration mit deutschen Gefangenen zu teilen. Zahlreiche Aussagen belegen das. Ein Genickschuß war in diesem Fall die übliche Folge.

> Es handelt sich um Nationalsozialisten und Offiziere: Offiziere unterer Dienstgrade, vor allem Flieger- und Panzeroffiziere wurden in zahlreichen Fällen auf der Stelle erschossen. Insbesondere aber traf das zu für Angehörige der Waffen-SS sowie der SS-Polizeieinheiten und der Bandenbekämpfungsverbände. Bei Fronteinbrüchen wurden im rückwärtigen Heeresgebiet desgleichen Angehörige der Organisation TODT, des Reichsarbeitsdienstes, der Reichsbahn oder der Zivilverwaltung erschossen, wobei auch Wehrmachthelferinnen und Krankenschwestern nicht verschont wurden.

> Es waren Belohnungen für eine hohe Tötungszahl angesetzt: Ein Rotarmist sagte dazu aus: »Es besteht ein Divisionsbefehl, nach welchem jeder Rotarmist, der 20 deutsche Soldaten erschießt, einen dreitägigen Heimaturlaub erhält... die Parole heißt: >Erschießt mehr deutsche Soldaten, das ist unsere Grundlage für den Sieg.< Ein anderer sagte aus: »Bei den Politruks werden Abschußbücher geführt. Diejenigen, die viele Abschüsse zu verzeichnen haben, werden im Dienstgrad angehoben oder mit Orden ausgezeichnet.«

Das über Jahre hinaus gesammelte Material beweist eindeutig, daß die erkannte Praxis der Sowjets, keine Kriegsgefangenen zu machen oder diese sofort nach der Vernehmung zu erschießen, keine Einzelerscheinung war. Sie stand auch nicht in Zusammenhang mit dem >Kommissarbefehl<. Während Tötungshandlungen an gefangenen Wehrmachtangehörigen in den ersten Jahren die Regel waren, kam es auch in den späteren Jahren immer wieder zu Erschießungen deutscher Kriegsgefangener - ebenso, wie Massaker an größeren Kontingenten deutscher oder verbündeter Wehrmachtangehörigen, ja sogar an ganzen Truppenkörpern bis Kriegsende wiederholt festgestellt wurden. An keinem anderen Kriegsschauplatz Europas sind auch nur annähernd vergleichbare Erfahrungen gemacht worden.[11] Andreas Naumann

"Alle Auszüge aus: Alfred M. DE ZAYAS, aaO. (Anm. S. 273 ff.

Was geschah mit Hitlers >Kommissarbefehl<?

In seinem Buch *Verlorene Siege*[1] hat Generalfeldmarschall VON MANSTEIN hierzu wie folgt Stellung genommen: »Wenige Tage vor Beginn der Offensive erhielten wir einen Befehl des OKW, der später unter dem Namen >Kommissarbefehl< bekannt geworden ist. Sein wesentlicher Inhalt war, daß alle in Gefangenschaft geratenen politischen Kommissare der Roten Armee als Träger der bolschewistischen Ideologie sofort erschossen werden sollten. Nun konnte man über den völkerrechtlichen Status dieser politischen Kommissare zwar durchaus im Zweifel sein. Sie waren sicherlich keine Soldaten. So wenig ich zum Beispiel einen Gauleiter als Soldaten angesehen haben würde, den man mir als politischen Aufpasser beigegeben hätte. Ebenso sicher war diesen Kommissaren aber auch nicht der Status von Nichtkämpfern zuzubilligen, wie z. B. dem Sanitätspersonal, den Feldgeistlichen oder Kriegsberichterstattern. Sie waren vielmehr - ohne Soldaten zu sein - fanatische Kämpfer, und zwar Kämpfer, deren Tätigkeit im überlieferten Sinne der Kampfführung nur als illegal angesehen werden konnte. Ihre Aufgabe war es nicht nur, die sowjetischen militärischen Führer politisch zu überwachen, sondern vielmehr dem Kampf äußerste Härte zu geben und einen Charakter, der den bisherigen Auffassungen über soldatische Kampfführung völlig widersprach. Tatsächlich sind es auch diese Kommissare gewesen, denen in erster Linie diejenigen Methoden des Kampfes und der Behandlung Gefangener zuzuschreiben waren, die im krassen Gegensatz zu den Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung standen. - Mochte man aber über den völkerrechtlichen Status der Kommissare denken, wie man wollte, es mußte jedem soldatischen Empfinden widersprechen, sie nach ihrer Gefangennahme einfach zu erschießen. Ein Befehl wie der >Kommissarbefehl< war unsoldatisch von Grund aus. Seine Ausführung würde nicht nur die Ehre der Truppe, sondern auch ihre Moral gefährdet haben. Ich sah mich daher gezwungen, meinen Vorgesetzten zu melden, daß in meinem Befehlsbereich der >Kommissarbefehl< nicht ausgeführt werden würde. Ich war mir darin mit den unterstellten Truppenkommandeuren durchaus einig, und dementsprechend ist im Bereich der Korps verfahren worden. Daß meine militärischen Vorgesetzten mit meiner Ansicht übereinstimmten, war im übrigen selbstverständlich. Alle Bemühungen, die Zurücknahme des Befehls zu erreichen, haben jedoch erst sehr viel später Erfolg gehabt, als klar wurde, daß der einzige Erfolg des >Kommissarbefehls< darin bestand, daß die Kommissare mit den brutalsten Mitteln ihre Truppen zwangen, bis zum Letzten zu kämpfen.«

In Fußnote ist auf Seite 176 angefügt: »Daß im übrigen meine Auffassung innerhalb des Heeres durchweg geteilt worden ist, ergab sich, als ich den Oberbefehl über die 11. Armee übernahm. Auch bei ihr wurde der >Kom-

[1] Erich Fritz VON MANSTEIN, *Verlorene Siege*, Bonn 1987, S. 176.



Erich Fritz VON MANSTEIN

missarbefehl *nicht* durchgeführt. Die wenigen Kommissare, die trotzdem erschossen worden sind, waren nicht im Kampf gefangengenommen, sondern im rückwärtigen Gebiet aufgegriffen und als Führer bzw. Organisatoren der Partisanen überführt worden. Sie wurden dementsprechend nach Kriegsrecht behandelt.«[2]

Ebenda, S. 176.

VON MANSTEINS Stellungnahme ist ein klares Zeugnis zu diesem problematischen Thema. So wie der Feldmarschall handelten in der Wehrmacht viele Befehlshaber. Und es ist bezeichnend für unsere Zeit und Gesellschaft, daß den eigenen Zeitzeugen heute *kein* Glauben geschenkt wird. Daß Generalfeldmarschall VON MANSTEIN im Jahre 1948 stellvertretend für das deutsche Ostheer von einem britischen Militärgericht in ganz unwesentlichen Punkten für schuldig befunden und verurteilt wurde, spricht nicht gegen seine Glaubwürdigkeit, denn damals herrschte Siegerjustiz.

Wir wollen trotzdem der Frage nachgehen, ob und in welchem Umfang das deutsche Ostheer entsprechend der Aussage des Feldmarschalls gehandelt oder dagegen verstoßen hat und uns dabei weitgehend auf Ausführungen abstützen, die Horst ROHDE im Sammelband *Soldaten der Wehrmacht*[3] auf Seite 124 ff. niedergelegt hat.

[3] Horst ROHDE, »Politische Indoktrination in höheren Stäben und in der Truppe - untersucht am Beispiel des Kommissarbefehls«, in: Hans POEPPEL, *Soldaten der Wehrmacht,* München 1998, S. 124 ff.

Bekanntlich hat kaum eine andere Führerweisung derartigen Anlaß zu Kritik und Empörung gegeben wie der >Kommissarbefehl<. Fragen wir daher zunächst, welches die Quellen sind, die uns hier Auskunft geben können. An erster Stelle empfehlen sich hier authentische Unterlagen wie militärischer Schriftverkehr und Kriegstagebücher deutscher Großverbände und Divisionen, die in den fraglichen Jahren 1941 bis 1942 im Osten eingesetzt gewesen sind. Diese sind freilich nicht alle erhalten geblieben, und manche von ihnen wurden beschädigt. Auch wenn ihre Zahl nicht vollständig ist, erlauben sie doch eine zuverlässige Aussage zu unserer Fragestellung. Zwar war es bei der Fülle des Materials zunächst nicht möglich, den gesamten Bestand darauf hin abzuklopfen, wo, wie und in welchem Umfang mit dem >Kommissarbefehl< in der Truppe umgegangen wurde. Deshalb ging man zunächst einmal daran, einen repräsentativen Querschnitt als Grundlage einer Untersuchung zu gewinnen.

Analog wurde mit den Armeekorps verfahren. Die in Frage kommenden Akten der drei Befehlshaber der rückwärtigen Heeresgebiete wurden komplett durchgesehen. Unterlagen der Armeen und Heeresgruppen sind nur dann überprüft worden, wenn bereits entsprechende Hinweise in bisher erschienenen Publikationen zum >Kommissarbefehl< vorhanden waren.

> **Ergebnis der Grobanalyse**: Bei insgesamt rund 20 Verbänden, die - einschließlich Befehlshaber der rückwärtigen Heeresgebiete - systematisch auf entsprechende Hinweise geprüft worden sind, war nur in etwa der Hälfte aller Fälle überhaupt eine - wie auch immer geartete - Erwähnung im Zusammenhang mit gefangenen Kommissaren oder Politruks (unterste Stufe



Ein Politkommissar übergibt einem Rotarmisten und einem Matrosen Parteidokumente. Ebenso wie die Politruks spielten die Politkommissare eine gewichtige Rolle innerhalb der Roten Armee, indem sie unter anderem eine Bindefunktion zwischen Partei und Armee ausübten und Defätismus und Überlaufen bekämpften. Abbildung aus: Franz W. Seidler, *Die Wehrmacht im Partisanenkrieg,* Selent 1999.

bei den Kompanien) zu finden. Immerhin, so wurde festgestellt, »bestätigen diese wie auch die vorgefundenen. . . Aufzeichnungen, daß die Kenntnis des fragwürdigen Befehls weiter verbreitet war, als bisher angenommen wurde. Damit ist freilich noch so gut wie nichts über den Grad seiner Anwendung gesagt«.[4]

[4] Ebenda, S. 131.

Fündig wurde die Untersuchung vor allem bei Schriftstücken, Meldungen usw. der 2. Armee, der Panzergruppe 2, der Panzergruppe 4, dem III. Armee-Korps und dem V. Armee-Korps. Bei einer Analyse der hier ermittelten Textstellen fällt folgendes ins Auge:

»Selbst in den verhältnismäßig wenigen Aktenbänden, die überhaupt Eintragungen über sowjetische Kommissare enthalten, ist nirgendwo eine durchgängige Tendenz sichtbar. Das gilt sowohl für Zahlenangaben verschiedenster Art wie auch für Hinweise auf Gefangennahmen oder Vernehmungen, ja selbst für den Terminus >Fehlanzeige<. Mit anderen Worten: Obwohl bereits in den grundlegenden Richtlinien für die Behandlung politischer Kommissare< des OKW vom 6. Juni 1941 angeordnet worden war,. .. >eine kurze Meldung (Meldezettel) über den Vorfall [d. h. die Liquidierung von Kommissaren, A. N.]... abzugeben«, ist kein Fall nachweisbar, in dem eine Kommandobehörde oder ein Truppenverband diesem Verlangen konsequent nachgekommen wäre.«

Man müsse daher zu der Schlußfolgerung gelangen, daß sowohl die Zahl der betroffenen Divisionen, nämlich etwa ein Drittel von zwanzig, als auch die Gesamtmenge der - zumindest hypothetisch angenommenen - exeku-

tierten Kommissare unverhältnismäßig gering ist. Auch sei darauf zu verweisen, daß es der Untersuchung lediglich darum ging, quantitative Bewertungen vorzunehmen, nicht dagegen moralische. Das Ergebnis werde noch deutlicher, wenn man versuche, die Anzahl gefallener oder gefangener Rotarmisten in ein angemessenes Verhältnis zu derjenigen der als erschossen gemeldeten Kommissare oder Politruks zu setzen. Denn diese erscheine auffallend gering, wenn man davon ausgehe, daß erfahrungsgemäß in der Roten Armee auf je 80 Rotarmisten ein Politruk kam.

> **Zur Detailauswertung der Primärquellen:** Wollte man die Frage beantworten, wie die Truppe dem Befehl auf Durchführung der Kommissarrichtlinie nachgekommen ist, sei folgendes festzustellen: »Zum einen gibt es Unterlagen, in denen keine Eintragungen vorhanden sind, sie überwiegen bei weitem. Zum anderen gibt es Unterlagen, die relevantes Material liefern.« Gemeinsam sei allen Quellen, daß sie zum Thema >Kommissare< auffällig wenig, offenbar nur das Nötigste mitteilen. Dies sei insofern bemerkenswert, als es vor dem Hintergrund zu sehen ist, daß die »Richtlinien vom 6. Juni 1941« eine positive Meldung *zwingend* erforderlich machten. »Auf jeden Fall sind die von Jürgen FÖRSTER, dem Mitarbeiter im MGFA und Koautor von Bd. 4 *Das Dritte Reich und der Zweite Weltkrieg* angeführten regelmäßigen Informationen seitens der höheren Kommandobehörden nicht, wie behauptet, Norm.« Denn oft, wenn nicht meistens, erfolgte überhaupt keine Meldung.

Das, so ROHDE, könne nur zwei Gründe haben: Der eine wäre, daß tatsächlich nicht viele Parteifunktionäre in deutsche Hände fielen. Diese Möglichkeit ist deshalb mit Sicherheit auszuschließen, weil sie in keinem Verhältnis stünde zu der noch heute zu belegenden hohen Zahl gemeldeter toter oder gefangener Rotarmisten. - Als zweite Ursache bliebe nur die Erklärung, daß manipuliert wurde. Dies könnte entweder geschehen sein, weil man sich des Unrechtscharakters des >Kommissarbefehls< bewußt war oder weil man sich nicht verpflichtet fühlte, vollständige Meldungen abzugeben. In der Tat könne man alle diese und sicherlich auch noch andere Gründe nicht mit letzter Gewißheit ausschließen. Außerdem war es seinerzeit üblich, von so vielen nachrangigen Details zu berichten, daß es - alles in allem - schon erstaunlich wäre, wenn sich trotzdem »eine Linie des Schweigens« derart konsequent hätte durchführen lassen. Diese könne man am sinnvollsten nur so erklären, daß der >Kommissarbefehl< in der Mehrzahl aller Fälle *sabotiert* worden ist und es daher wirklich kaum etwas zu melden gab.

> **Quantifizierende Bewertungen**: Wegen des Fehlens entsprechenden Zahlenmaterials sind rein statistische Angaben und Wertungen nicht möglich. ROHDE greift daher zu Hilfskonstruktionen, indem er die ermittelten quantitativen Ergebnisse in bestimmte Relationen setzt und die entsprechen-

den Ergebnisse analysiert. »Im vorliegenden Fall läßt sich das dadurch bewerkstelligen, daß man zum einen die Zahlen der überprüften Truppenverbände insgesamt nimmt und dann feststellt, wie viele von ihnen überhaupt Meldungen abgegeben haben und wie viele nicht. Zum anderen kann man auch aus dem Verhältnis von überlieferten Angaben hinsichtlich gefallener und vor allem aber gefangener Rotarmisten und den vorhandenen Zahlen bezüglich der militärischen Kommissare entsprechende Rückschlüsse ziehen.«[5]

[5] Ebenda, S. 142.

Im Ergebnis bleibe festzuhalten: »Allein schon die geringe Zahl von vorhandenen relevanten Akten erlaubt es keinem Historiker, der zu einem seriösen Urteil gelangen will, zu behaupten, daß der >Kommissarbefehl< überwiegend befolgt worden sei. Auch der umgekehrte Schluß läßt sich allerdings nicht genügend schlüssig belegen.«

Wenden wir uns nun abschließend einem anderen, sicherlich besser zu verdeutlichenden Zahlenvergleich zu, nämlich dem zwischen vorhandenen Meldungen bezüglich gefangener Kommissare und den überlieferten Zahlenangaben gefallener bzw. gefangener Rotarmisten:

»Nehmen wir in diesem Fall alle ermittelten Meldungen, also auch die nicht selbst in Augenschein genommenen, und überprüfen die aus den Nürnberger Prozeßakten und von verschiedenen Autoren, so wird auf etwa 700 getötete bzw. gefangene Kommissare hingewiesen. Selbst wenn man davon ausgehen würde, daß sämtliche als >erschossen< gemeldeten Politruks tatsächlich exekutiert worden sind und das gleiche für alle diejenigen gelten würde, die unter den Gefangenen erwähnt werden, wäre das noch immer eine Zahl, die zwar groß ist, die aber keineswegs das Urteil zuläßt, der >Kommissarbefehl< sei seitens der Truppen des Ostheeres *überwiegend* befolgt worden.«[6]

[6] Ebenda, S. 143.

Uber Gefangenenzahlen liegen ausreichend viele Meldungen vor, um in der Lage zu sein, zumindest in Einzelfällen Vergleiche anzustellen. So hat zum Beispiel das 1. Armee-Korps bis zum 31. Oktober 1941 mehr als 25000 Gefangene gemacht. Im selben Zeitraum ergingen Meldungen, die sich auf 20 Kommissare bezogen. Beim III. Armee-Korps liegen die entsprechenden Zahlen bei etwa 100 000, davon 85 Kommissare, beim V. Armee-Korps sind es 62000 mit 26 Kommissaren. Bei der Panzergruppe 4 wurden bis Mitte August 170 000 Gefangene gemeldet. Dieser Zahl standen 170 Kommissare gegenüber. Die vorstehend genannten Zahlenangaben könnten beliebig erweitert werden und würden in etwa immer entsprechende Verhältnisse aufweisen. Somit stehen die genannten Zahlen von gefallenen und erschossenen Politruks in einem viel zu geringen Verhältnis zu den Zahlen getöteter oder gefangener Rotarmisten überhaupt. »Selbst wenn man das Verhältnis um ca. das Dreifache vergrößert, also 200 Soldaten pro Kommissar annimmt (statt 80) und auch davon ausgeht, daß die Gefallenen- bzw. Gefangenenzahlen generell überhöht waren, sind diese und die Kommissar-Meldungen in keiner Weise stimmig. Dies wird auch bekräftigt durch Meldungen, nach denen

unverhältnismäßig viele Kommissare noch nachträglich in den Gefangenenlagern festgestellt wurden. Diese ganze Tendenz bestätigen u. a. auch zwei Eintragungen im Tagebuch des damaligen Chefs des Generalstabes des Heeres, Generaloberst HALDER, vom 1. August und 21. September 1941: Behandlung gefangener Kommissare (werden zum größten Teil erst in den Gefangenenlagern festgestellt)< - >Verhalten der Truppe gegen Kommissare pp. (werden nicht erschossen)<.«[7]

Zu diesen statistischen Angaben sei abschließend bemerkt, daß es hier nicht um Verharmlosung der Sachverhalte geht, die ermittelten Zahlen sind bestürzend genug. »Trotzdem muß schon an dieser Stelle die Frage aufgeworfen werden, wie man angesichts der erhalten gebliebenen Berichte und daraufhin anzustellender statistischer Vergleiche zu Urteilen kommen kann, wie sie vor allem die Historiker FÖRSTER, MESSERSCHMIDT und STREIT gefällt haben.«[8] Auch STREIT kommt übrigens in seiner Aufzählung auf lediglich 785 getötete Kommissare.[9] Gegenüber der Gesamtsumme von 5,3 Millionen Kriegsgefangenen ist das eine verschwindend kleine Zahl, wenn man davon ausgeht, daß es pro Division 559 politische Funktionäre gegeben hat, von denen 24 Kommissare, 50 Politruks, 258 stellvertretende Politruks und 140 Parteisekretäre sowie 75 Propagandainstrukteure in den unterstellten Einheiten waren. Da die Rote Armee im Jahre 1941 über etwa 320 Divisionen verfügte, kommt man auf die Zahl von 178 880 Kommissaren insgesamt. Die oben angeführten 785 Getöteten wären demnach 0,5 Prozent aller damals in der Roten Armee vorhandenen Kommissare.

> **Zeugenaussagen**: Es bleibt somit festzustellen, daß im Gegensatz zur hier angewandten Methode die oben genannten Historiker MESSERSCHMIDT, FÖRSTER USW. einer Interpretationsweise folgen, die in bezug auf das vorhandene Quellenmaterial nicht nur unzureichend erscheint, sondern auch zu unzureichend belegten oder gar falschen Schlüssen kommt.

»Ganz besonders auffällig«, so ROHDE, »ist diese Tendenz im Zusammenhang mit den vielen erhalten gebliebenen Zeugenaussagen zum Komplex der Behandlung der sowjetischen Kommissare durch deutsche Soldaten.« Diese Aussagen werden in den meisten Fällen entweder totgeschwiegen oder aber zumindest so wenig berücksichtigt oder als so unbegründet abgetan, wie es ihrem Wert und Inhalt *nicht* entspricht. »In allen anderen Situationen würde sicherlich kein ernsthafter Historiker derart vernachlässigend mit solchen Quellen umgehen. Dieses gilt um so mehr, als die vorhandenen Dokumente nirgends die mündlichen Überlieferungen widerlegen, sondern sie im Gegenteil fast lückenlos, ja beinahe ideal, ergänzen.«

ROHDE weist in dem Zusammenhang auf Hans LATERNSER und dessen Ausführungen zum >Kommissarbefehl< hin, die er als Verteidiger bei den Nürnberger Prozessen gemacht und über die er später in einem Buch berichtet hat. Darin wird ausgeführt, daß der Erlaß von den Oberbefehlshabern der

[7] Franz HALDER, *Kriegstagebuch. Tägliche Aufzeichnungen des Chefs des Generalstabes des Heeres 1939-1945,* Stuttgart 1964, S. 139 u. 243.

[8] Horst ROHDE, aaO. (Anm. 3), S. 145.

[9] Christian STREIT, *Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941-1945,* Bonn 1997, S. 89.

Heeresgruppen und Armeen entweder gar nicht an die unterstellten Verbände weitergegeben oder seine Umgehung angeordnet worden sei. In seinem Plädoyer für Generalfeldmarschall Ritter von Leeb führte Laternser dazu aus: Der >Kommissarbefehl< sei unter Umgehung der Heeresgruppen als nicht operative Angelegenheit direkt an die Armeen gegeben worden. Leeb als Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Nord habe daher nur nachrichtlich Kenntnis erhalten. Dennoch sei von ihm alles getan worden, um die Wirksamkeit des Befehls zu begrenzen. So habe er fünfmal bei OKW und OKH dagegen protestiert und die Angelegenheit noch vor Beginn des Feldzuges mit den Oberbefehlshabern der unterstellten Armeen, den Feldmarschällen von Küchler und Busch sowie dem Generalobersten Hoepner, besprochen und ihnen erklärt, daß er den Erlaß nicht zu befolgen gedenke. Und alle hätten seine Meinung geteilt.

Der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Mitte, Generalfeldmarschall von Bock, habe entsprechend gehandelt. Er habe sofort nach Erhalt des Befehls mit den Oberbefehlshabern der beiden anderen Heeresgruppen der Ostfront Verbindung aufgenommen, wobei man sich in der Ablehnung des Befehls einig gewesen sei. Dies sei am 23. September dem OKW schriftlich mitgeteilt worden. Leeb habe Bock gebeten, auch in seinem Namen zu sprechen, wenn er anläßlich seines Vortrags im OKH erneut zu protestieren gedenke. Als es dazu nicht kam, beauftragte Bock seinen Ic, Oberstleutant von Gersdorff, mit dem OKH Verbindung aufzunehmen. Dort erklärte ihm General Müller, es sei alles versucht worden, um den Befehl zu verhindern. Dies sei leider vergeblich gewesen, doch sei er sicher, der Erlaß des Oberbefehlshabers des Heeres (ObdH) zur Wahrung der Manneszucht und Disziplin in der Truppe lasse den Erlaß gegenstandslos werden.

Fazit: »Zur Überprüfung der vorhandenene, teilweise sehr gegensätzlichen Aussagen über die Anwendung des >Kommissarbefehls< durch die Truppen des deutschen Ostheeres während der Jahre 1941/42 wurde hier erstmals ein relevanter, repräsentativer Aktenbestand systematisch ausgewertet. Obwohl ein solches Vorgehen grundsätzlich nichts an der Notwendigkeit ändert, eines Tages alle in Frage kommenden Primärquellen durchzusehen, dürften die erzielten Ergebnisse dennoch *hinreichend* zuverlässig sein.« Es spricht zwar einiges dafür, daß Tötungen gefangener Kommissare durch die deutschen Osttruppen vorgekommen sind, doch kann es kaum Zweifel daran geben, daß die nicht entschuldbaren und zu rechtfertigenden Unrechtstaten auch der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg die *Ausnahme* und nicht die Regel waren. »Mit anderen Worten: Wer nach wie vor die These von einer insgesamt verbrecherischen Wehrmacht aufrechterhält, macht sich der *Geschichtsfälschung* schuldig.«[10]

Andreas Naumann

[10] Horst Rohde, aaO. (Anm. 3), S. 152 ff. Ausführlicher in: Andreas Naumann, *Freispruch für die Deutsche Wehrmacht,* Graben, Tübingen 2005.

London vertuscht Sowjetgreuel durch angebliche NS-Greuel

Die angeblich für Frieden, Humanität und Demokratie eintretenden Westmächte hatten sich nach zunächst vergeblichen Versuchen im Sommer 1939 spätestens 1941 mit dem Moskauer Diktator STALIN verbunden, dessen bis dahin schon viele Millionen betragenden Opfer den Regierungen in London und Washington durchaus bekannt waren. Ebenso wußte man bei den politischen Spitzen im Westen von den sowjetischen Massakern an gefangenen polnischen Offizieren 1940 bei Katyn und anderenorts: Man unterstützte aber dennoch die Bolschewisten weiter im Kampf gegen Deutschland.

Als im Verlauf des Zweiten Weltkrieges in der Weltöffentlichkeit Einzelheiten über die brutale und völkerrechtswidrige Kampfweise der Roten Armee und ihre unmenschliche Behandlung der Bewohner besetzter Gebiete bekannt wurden und noch Schlimmeres beim Einbruch der roten Soldateska in deutsche Gebiete zu erwarten war, glaubte das britische Informationsministerium, solche Meldungen am besten durch verstärkte Verbreitung angeblicher Greuel der Deutschen unwirksam machen zu können.

In einer Note vom 29. Februar 1944, »über die das Ministerium in keinerlei Korrespondenz eintreten« könne, an alle höheren Beamten und die Gestalter der öffentlichen Meinung wurden diese zur Mitarbeit dabei aufgefordert, möglichst durch Anklagen deutscher Taten von den Verbrechen der Roten Armee abzulenken.

Die Note hat folgenden Wortlaut:

»Sir,

ich bin vom Ministerium angewiesen, Ihnen folgenden Rundbrief zu übersenden:

Es ist oft die Pflicht guter Bürger und frommer Christen, ein Auge zuzumachen gegenüber Besonderheiten jener, die mit uns verbündet sind. Aber es kommt die Zeit, da solche Besonderheiten, während sie noch in der Öffentlichkeit geleugnet werden, berücksichtigt werden müssen, wenn eine Stellungnahme von uns gefordert wird.

Wir kennen die vom bolschewistischen Diktator angewandten Herrschaftsmethoden in Rußland selbst, und zwar durch die Artikel und Reden des Premierministers persönlich im Verlauf der letzten zwanzig Jahre. Wir wissen, wie die Rote Armee sich in Polen 1920 verhielt und in Finnland, Estland, Litauen, Galizien und Bessarabien erst kürzlich.

Wir müssen daher in Rechnung stellen, wie die Rote Armee sich sicherlich verhalten wird, wenn sie Zentral-Europa überrennen wird. Wenn nicht Vorsichtsmaßnahmen in Angriff genommen werden, dann werden die augenscheinlich unvermeidlichen Schrecken, die sich ergeben, eine unpassende

Belastung der öffentlichen Meinung in diesem Lande bedeuten. Wir können die Bolschewisten nicht reformieren, aber wir können unser Bestes tun, um sie - und uns - vor den Konsequenzen ihres Handelns zu retten. Die einzige Alternative zur Verleugnung ist, die öffentliche Aufmerksamkeit von dem ganzen Thema abzulenken.

Erfahrung hat gezeigt, daß die beste Ablenkung eine gegen den Feind gerichtete Greuelpropaganda ist. Unglücklicherweise ist die Öffentlichkeit nicht mehr so empfänglich wie in den Tagen der >Leichenfabriken<, der verstümmelten belgischen Kinder< und der >gekreuzigten Kanadiern Ihre Zusammenarbeit ist daher ernsthaft erbeten, um die öffentliche Aufmerksamkeit von den Taten der Roten Armee abzulenken, und zwar durch Ihre volle Unterstützung der verschiedenartigen Anklagen gegen die Deutschen und Japaner, welche bereits vom Ministerium in Umlauf gesetzt worden sind und weiter in Umlauf gebracht werden.

Ich bin, Sir, Ihr ergebener Diener, gezeichnet H. HEWET, Assistant Secretary.«[1]

Rolf Kosiek

[1] Aus: Erich KERN (Hg.), *Verheimlichte Dokumente,* FZ-Verlag, München 1988, S. 268 f., nach: E. RoZEK. *Allied wartime diplomacy. A pattern in Poland,* S. 209 f.

»Todesspritze für Soldaten«

In dem krampfhaften Bemühen, immer noch weitere Belastungen für Deutsche während der Zeit des Dritten Reiches zu finden, werden weiterhin Legenden in die Welt gesetzt. Über die Entstehung eines solchen bezeichnenden Greuelmärchens berichtete Jochen Arp.[1] Danach habe Ernst Klee -1942 geboren, Studium der Theologie und Sozialpädagogik - in seinem 1983 erschienenen Buch *Euthanasie im NS-Staat*[2] unter anderem die Vermutung geäußert, im Zweiten Weltkrieg seien schwerstverwundete deutsche Soldaten von deutschem ärztlichen Personal vorsätzlich umgebracht worden, indem man ihnen Gift spritzte.

Als Beleg führt Klee an, daß ein bei einem Euthanasieprogramm tätig gewesener Arzt im Januar 1942 an seine Frau geschrieben habe, eine Gruppe von Ärzten (aus den Krankenhäusern Hadamar und Sonnenstein, wo Tötungen unheilbar Kranker vorgenommen wurden) sei jetzt »im Kampfgebiet des Ostens, um an der Bergung von Verwundeten in Eis und Schnee zu helfen. .. ein ganzes Kommando von 20 bis 30 Personen«.[3] Ferner gibt Klee an, »die Ehefrau eines Heizers. . . und vorübergehend Zimmervermieterin der Tötungsschwester Kneissler« habe berichtet, diese habe ihr »anläßlich eines Gewitters, bei dem sie eine riesige Angst hatte«, erzählt, daß sie »in Rußland in den Lazaretts Spritzen gegeben. . . habe, an denen Soldaten schmerzlos gestorben seien«.

Ausdrücklich fügt der Verfasser jedoch zu seiner Absicherung hinzu: »Wozu das Hadamar- und Sonnensteinpersonal im Januar 1942 tatsächlich... verwendet wurde, ist nicht geklärt.«[4]

Wenige Seiten weiter schreibt Klee in seinem Buch - wieder ohne Namensangaben und somit unüberprüfbar -, eine »Chefsekretärin« habe von einer Schwester berichtet, diese habe »einmal acht Soldaten gespritzt und weggeräumt. Das hat sie selbst erzählt. Die sind weggestorben wie die Fliegen; Beinamputierte, Doppelamputierte, die hat sie alle weggeräumt«.

Als seriöse Quellen sind solche nicht namentlich bezeichneten Berichte über die Erzählungen Dritter nicht zu verwenden. Dennoch wurden diese nicht überzeugend belegten Vermutungen dann von anderen Autoren als feststehende Tatsachen betrachtet und weiterberichtet.

---

[1] Jochen Arp, »>Todesspritze für Soldaten<. Aus Mutmaßungen werden >Tatsachen<«, in: *Deutsche Militärzeitschrift* Nr. 26, Juli-September 2001, S. 18.

[2] Ernst Klee, *Euthanasie im NS-Staat,* Fischer, Freiburg 1983.

[3] Ebenda, S. 372.

[4] Ebenda, S. 373.

So schrieb wenige Jahre später der Amerikaner Robert Jay LIFTON in seinem Buch *Ärzte im Dritten Reich*[1] bereits, die genannte Ärztegruppe habe »offensichtlich« Euthanasie an deutschen Schwerverwundeten vorgenommen, und er behauptet zudem ohne weiteren Beweis, auch psychisch schwer geschädigte deutsche Soldaten seien, weil nicht mehr im Einsatz an der Front verwendungsfähig, vorsätzlich umgebracht worden.

Das genügte anscheinend schon dem an der Universität Bremen lehrenden Erziehungswissenschaftler Professor Dr. phil. und Dr. rer. pol. Gunnar HEINSOHN, der unter anderem über Antisemitismus und das Kibbuz-Modell Bücher veröffentlicht hat, als vertrauenswürdige Quelle, um die genannte Behauptung in seinen Büchern[2] als historisch belegte Tatsache anzuerkennen und wiederzugeben.

Auch das deutsche Fernsehen ließ sich diese neu entdeckte Belastung Deutscher nicht entgehen. Unter dem Titel »Gefoltert und gemordet - wie die Wehrmachtpsychiatrie selektierte«[3] versuchte es, den Zuschauern den Anschein zu vermitteln, als seien deutsche Soldaten, die unter der großen Belastung an der Front psychisch krank geworden waren, von deutschen Ärzten ermordet worden. Für die genannte Sendung, in der auch KLEE als Quelle zitiert wurde, wurde Professor Dr. Peter RIEDESSER von der Universitätsklinik in Hamburg-Eppendorf befragt, »der den Eindruck erweckte, im Rahmen der Euthanasie habe man psychisch kranke deutsche Soldaten »tödlichen Therapien< unterzogen«, natürlich ohne Beweise dafür zu haben.[4] Anscheinend sollte der damals wegen der zahlreichen Fälschungen und Fehler abgesetzten HEER-REEMTSMAschen Anti-Wehrmachtausstellung zugearbeitet werden.

Wie in zahlreichen anderen Fällen[5] im Rahmen der Umerziehung setzt jemand ein Gerücht in die Welt, das dann vergrößert und später sogar als historische Tatsache behauptet wird.

[1] Robert Jay LIFTON, *Ärzte im Dritten Reich,* Klett-Cotta-Verlag, Stuttgart 1988.

[2] Gunnar HEINSOHN, *Warum Auschwitz?,* rororo, Reinbek 1995; *Das Lexikon der Völkermorde,* rororo, Reinbek 1998.

[3] Fernsehen Erstes Programm, R*eport,* Mainz vom 7. 5. 2001.

[4] Jochen ARP, aaO. (Anm. 1)

[5] Siehe zum Beispiel den klassischen Fall mit den belgischen Priestern von 1914 im Beitrag Nr. 32: »Das Entstehen einer Greuellüge«.

Der gefälschte Mölders-Brief

Der englische Journalist Sefton DELMER fälschte während des Zweiten Weltkrieges einen Brief, der vortäuschen sollte, von Oberst MÖLDERS zu stammen.

DELMER war 1904 in Berlin geboren als Sohn eines Australiers, der Lektor für englische Sprache an der Universität Berlin war. DELMER besuchte deutsche Schulen und lebte die meiste Zeit bis zu Beginn des Zweiten Weltkrieges in Deutschland. Er war ein Vollblutjournalist im schlechtesten Sinne des Wortes, ein geborener Lügner! Lange Zeit war er Korrespondent für den *Daily Express,* jene Zeitung, die bereits am 24. März 1933 den jüdischen Aufruf zum wirtschaftspolitischen und finanziellen Krieg der Juden in aller Welt gegen das Deutsche Reich veröffentlicht hatte.



Werner MÖLDERS.

Während des Zweiten Weltkrieges war DELMER Leiter der Psychologischen Kriegführung gegen Deutschland. Er leitete u.a. den >Soldatensender Gustav Siegfried I< und den >Soldatensender Calais<. Diese Sender sollten den Eindruck erwecken, daß sie auf deutschen Besatzungsgebieten ständen und für die Wehrmacht arbeiteten. Am 23. Mai 1941 war >Gustav Siegfried I< zum erstenmal zu hören. Es wurde der >Chef< angekündigt, der Korporal Paul SANDERS aus Berlin[1] (S. 455).

Eine der wirkungsvollsten Propagandalügen von DELMER war der gefälschte MÖLDERS-Brief.

Was hatte es damit auf sich?

Oberst Werner MÖLDERS, 1913 geboren, war 1931 in das IR 2 (Infanterieregiment) in Allenstein eingetreten, um Berufssoldat zu werden. 1934 gelang es ihm, zur Luftwaffe zu kommen. Er bewährte sich als erfolgreichster Jagdflieger im Spanischen Bürgerkrieg. Im Zweiten Weltkrieg erhielt er als erster Jagdflieger das Ritterkreuz. Nach mehr als 100 Luftsiegen erhielt er im Juli 1941 das Eichenlaub mit Schwertern und Brillanten zum Ritterkreuz. Mit 115 Abschüssen war er der bekannteste Jagdflieger Deutschlands. Nach dem Tod von General UDET wurde Oberst MÖLDERS im November 1941 nach Berlin befohlen. Er sollte wahrscheinlich UDETS Nachfolger werden. MÖLDERS startete trotz schlechter Wetterbedingungen am 21. November 1941 in der Nähe von Nikolajew und landete am Abend pünktlich in Lemberg. MÖLDERS selbst flog nicht, sondern saß neben dem Piloten, Oberleutnant KOLBE. Am folgenden Tag (22. November) war die Wetterlage noch schlechter. Trotzdem entschied MÖLDERS weiterzufliegen. Wieder war als Pilot der erfahrene Oberleutnant KOLBE am Steuer der Maschine, MÖLDERS saß wieder neben ihm. Kurz vor dem Flughafen Breslau-Gandau war ein Motor der He 111[2] ausgefallen. Das Landemanöver mißlang. Die Maschine stürzte über dem Flughafen ab. MÖLDERS und der Bordmechaniker waren sofort tot. Der Pilot

KOLBE starb auf dem Transport ins Krankenhaus. Der Adjutant von Oberst MÖLDERS und der Bordfunker überlebten und bestätigten diese Aussagen.

Wir bringen diese Einzelheiten deshalb so genau, weil englische Lügenpropaganda und deutsche Gerüchteerzähler verbreiteten, MÖLDERS sei von der eigenen Flak abgeschossen worden. Selbst in seinem Buch verbreitet DELMER noch 1962 diese Lüge[1] (S. 547).

Im Zusammenhang mit dem tödlichen Absturz von Oberst MÖLDERS kam DELMER auf eine ganz abgefeimte Idee[1] (S. 547 ff.). MÖLDERS war bekanntlich ein überzeugter Katholik und gehörte in seiner Jugend dem Bund/Neudeutschland< an. Er war gut befreundet mit dem Pfarrer KLAWITTER, der Jugendführer bei >Neudeutschland< war und der ihn auch getraut hatte. Zur Zeit des Absturzes von MÖLDERS war KLAWITTER Domprobst in Stettin.

DELMER ließ einen Brief - jenen >MÖLDERS-Brief<, der auf Funkerbögen der deutschen Luftwaffe abgezogen war - an Klawitter schreiben und Anfang 1942 durch britische Flugzeuge über Deutschland abwerfen. In dem >Schreiben< wurde der Kampf der NSDAP gegen die Kirche hervorgehoben: Es hieß unter anderem, daß alle NS-Funktionäre »Gottlose« seien. Es wurde der Eindruck erweckt, daß MÖLDERS von der deutschen Regierung beseitigt worden sei.

Obwohl sowohl KLAWITTER als auch die Mutter von MÖLDERS wie die deutsche Reichsregierung sofort bestätigten, daß es sich hierbei um eine englische Fälschung handle, fand der Brief im Reich ein breites Echo. Er wurde sogar von einigen Pfarrern von der Kanzel verlesen! Auch der völlig vergreiste Generalfeldmarschall August VON MACKENSEN (geb. 1849) ließ diesen >Brief< vervielfältigen und an seine Freunde versenden.

Daß der >Brief< auf Funkerbögen der deutschen Luftwaffe vervielfältigt war, hatte wesentlich zu seinem >Erfolg< beigetragen. Er wurde sogar noch nach 1945 als Beispiel für die Kirchenfeindlichkeit der Reichsregierung benutzt.



Hauptmann Werner MÖLDERS im Gespräch mit seinem Adjutanten Hartmann GRASSER.

[1] Sefton DELMER, *Die Deutschen und ich,* Nannen, Hamburg 1962.
[2] Fritz von FORELL, *Werner Mölders. Flug %ur Sonne,* Druffel, Leoni 1976.

Die kämpfende Truppe nahm Rücksicht auf die Bevölkerung

Die Kriegführung des deutschen Heeres im Rußlandfeldzug stand - in Nürnberg - und steht nach wie vor im Mittelpunkt der Diskussion. Die unselige Antiwehrmachtausstellung des Jan Philipp REEMTSMA versuchte die Botschaft zu vermitteln, daß die deutsche Wehrmacht von den festen Grundsätzen soldatischer Tradition abgerückt sei und den Krieg keineswegs nach traditionellen Regeln ausgefochten habe. Das stimmt nicht - auch wenn der Auftritt der Roten Armee - zusammen mit dem Terror des Bandenkampfes - alle Maßstäbe zu sprengen drohte. Dieser Beitrag beschränkt sich auf das Verhältnis zur Bevölkerung.[1]

[1] Für weitere Einzelheiten siehe: Andreas NAUMANN, *Freispruch fiir die Deutsche Wehrmacht,* Grabert, Tübingen 2005.

Die vom ersten Kriegstag an auf der ganzen Front festgestellten Mordtaten der Angehörigen der Roten Armee gelangten erst nach und nach ins Bewußtsein der kämpfenden Truppe. Im ruhelosen Vorstürmen begriffen, kam sie kaum mit den Fundorten der Verbrechen in Berührung und wußte höchstens vom Hörensagen, daß der Gegner nicht nur keine Gefangenen machte, sondern vorher noch seine Grausamkeit an ihnen ausließ. Kriegsteilnehmer berichten von dem Grauen, das sie bei der Erkenntnis überkommen habe, das Schicksal der in Gefangenschaft geratenen Kameraden könne sich auch an ihnen erfüllen. Das Wissen darum, gnadenlos in diese sinnlos wütende Todesmaschinerie eingebunden zu sein, habe schließlich in jedem einzelnen von ihnen diese Trotzhaltung und Härte erzeugt, die so kennzeichnend gewesen ist für den Typus des Frontsoldaten im Ostkrieg, der vom Feind keine Gnade erwarten durfte und die letzte Kugel für sich aufsparte, um nicht mit dem Schlimmsten rechnen zu müssen.

Wir beziehen uns auf den Bericht eines ehemaligen Soldaten, der den Ostkrieg in seinen Höhen und Tiefen vom ersten bis zum letzten Tag selber erlebt hat, zuerst als einfacher Soldat, später als Offizier und Kompanieführer. Stellvertretend für viele seiner Kameraden ist es ihm gelungen, dies alles in ebenso schlichten wie zutreffenden Worten darzustellen. Es handelt sich um Joachim VON SCHWERIN, Mitautor des Sammelbandes *Die Soldaten der Wehrmacht*[2] Die schwerste Last in dem nun beginnenden Ringen trug naturgemäß die kämpfende Truppe und hier insbesondere die Infanterie. Sie hatte in die Weite des Raumes vorzustoßen, die Streitkräfte der Roten Armee zu zerschlagen, weit gesteckten Zielen zu folgen und den besetzten Raum zu sichern.

[2] Joachim VON SCHWERIN, »Bewährung, Bedrängnis und Verhalten der Fronttruppe. Bericht aus eigenem Erleben am Beispiel des Ostfeldzuges«, in: Hans POEPPEL (Hg.), *Die Soldaten der Wehrmacht,* München 1998, S. 159 ff.

Zu Feldzugsbeginn geriet die Truppe mit der russischen Bevölkerung nur sporadisch in Kontakt. Ihr schneller Vorstoß umging Ortschaften nach Möglichkeit und strebte auf den Magistralen den nächsten Knotenpunkten oder Brücken zu. Wo sie ziviler Bevölkerung begegnete, handelte es sich meist um Frauen, Kinder oder Alte. Diese zeigten sich distanziert, aber neugierig. Die





Um den rasch vordringenden deutschen Truppen Nahrung, Unterkunft und Infrastruktur für den weiteren Vormarsch zu verwehren, wandten die Russen die Taktik der >verbrannten Erde< an. Links: Eine um Hab und Gut gebrachte russische Bäuerin. Aus: R. Oltmann, *In die Tiefen Rußlands*, Bd.2, Selent 2003.

Disziplin und Freundlichkeit der Deutschen wurde dankbar wahrgenommen. Ihr korrektes Verhalten stand im krassen Gegensatz zu den Untaten des eigenen Regimes. Stalins Massenmorde in der Ukraine und die zahlreichen Deportationen waren nicht vergessen. Wo es galt, länger zu verweilen, stellte sich bald ein gutes Verhältnis ein. Fotos von Angehörigen, von daheim und den Städten Deutschlands wurden bestaunt. Gern empfingen die Deutschen zu Anfang gelegentlich Salz und Brot und machten kleine Tauschgeschäfte mit Lebensmitteln. Die Hütten verfügten im allgemeinen nur über einen einzigen Wohnraum, wo sich das ganze Familienleben abspielte. »Nun kamen noch die Soldaten hinzu, die für eine kurze Zeitspanne aus ihren Feldstellungen abgelöst worden waren. In drangvoller Enge versammelten sich alle um die einzige Wärmequelle, den großen Lehmofen. Auf diesem schliefen die Hausbewohner. Die Soldaten lagen ringsum auf den Sitzbänken oder auf dem Fußboden. Da war es nicht verwunderlich, daß sich die Läuseplage schnell ausbreitete. Sie wurde gemeinsam bekämpft. Zu intimem Verkehr mit Russinnen kam es nur in ganz seltenen Fällen. Die gegenseitige Beobachtung auf engstem Raum und die strenge Meldepflicht derartiger Verbindungen sowie die Regel, daß Vergewaltigungen als Verbrechen von Kriegsgerichten streng geahndet wurden, regelten dieses Problem weitgehend von selbst. Im allgemeinen zeigten sich junge Russinnen oder Ukrainerinnen alles andere als entgegenkommend und wußten selbstsicher ihre persönliche Integrität zu wahren.«

Als die Partisanen anfingen, aktiv zu werden, kam es immer häufiger vor, daß bei nächtlichen Überfällen die Bauernkaten niedergebrannt wurden, da dies von Stalin persönlich befohlen worden war. Die meist mit Stroh gedeckten Hütten brannten rasch lichterloh. Auf die Einwohner nahmen die Partisanen dabei keine Rücksicht. Nur wenn sie in Kellern oder Erdlöchern Zuflucht suchten, kamen sie mit dem Leben davon. In den Frostperioden kämpften

Freund und Feind vorrangig um den Besitz von Ortschaften, die Wärme, Trinkwasser und Kälteschutz boten. »Solche Ansiedlungen erlitten dann leider schwere Schäden, und es bildeten sich wahre Schicksalsgemeinschaften zwischen Truppe und Einwohnern. Erkannten die Hausbewohner dann Anzeichen des nahenden deutschen Aufbruchs, kam es zu rührenden Abschiedsszenen. Häufig begannen sich dann Angst und Unsicherheit auszubreiten, was nicht selten zu Fluchtbewegungen führte. Ohne klares Ziel schlossen sich dann ganze Familien mit Sack und Pack den abziehenden Deutschen an.«

VON SCHWERIN unterläßt es, über die Siege, Kesselschlachten und über die riesigen Gefangenenzahlen zu reden, aber er spricht über das, was uns heute stärker beeindruckt, er spricht über die seelische Belastung der Soldaten der Fronttruppe, über Gefechte in unklarer Lage, hohe Marschleistungen bei wenig Schlaf, und er spricht über die ständige Überforderung der Soldaten: »Waren die jüngeren mehr oder minder unbekümmert, so lastete auf den Familienvätern ein starker seelischer Druck. Das zeigte sich besonders beim Eintreffen der Feldpost in der Sorge um die Familien.«

An manchen Frontabschnitten lebte man in dauernder Ungewißheit, verwundet zu werden, in Gefangenschaft zu geraten oder gar das Leben zu verlieren. Die Zahl der Gefallenen, Verwundeten oder Erkrankten unterlag ständigem Wechsel. Es gab Wochen ohne nennenswerte Ausfälle, andererseits aber Tage mit hohen Verlusten, welche dann das Gefüge der Einheit stark veränderten. War die Ausfallrate hoch, mußte eine Neuaufstellung oder Aufteilung auf weniger betroffene Einheiten erfolgen. Die Bataillone waren oft genug nur noch ein Torso, kaum noch in Kompaniestärke und nicht selten von ganz jungen Offizieren geführt. So gab es Verbände und Einheiten, die nach harten Gefechten nur noch 10 Prozent ihrer Soll-Gefechtsstärke hatten. Dennoch blieben die Aufgaben dieselben. Wer immer solche Einsatzbefehle zu erteilen hatte, litt spürbar unter dieser schweren Bürde. Nach Abschluß solcher Einsätze und Gefechte gab es dann die bittere Pflicht, die Hinterbliebenen zu benachrichtigen. Das macht verständlich, daß die Fronttruppe für Parteiphrasen und ideologische Belehrungen keinen Bedarf hatte.

Die Mär jedenfalls, daß Deutsche in Rußland wie die Wilden gehaust hätten, ist alles andere als zutreffend, sondern letzter Restposten der massiven Sowjetpropaganda, die sich noch weit bis in die Nachkriegszeit auswirkte. Leider wird sie häufig genug von unseren Medien aufgenommen. Dabei ist das Gegenteil richtig: Militärische Disziplin und Ordnung galten im Kampfgebiet wie in der Heimat unvermindert fort und wurden in der Kampftruppe bis Kriegsende eisern gewahrt. »Mit Deportation oder gar Hinrichtung ethnischer Minderheiten ist die kämpfende Truppe mit Sicherheit nicht befaßt gewesen. Sie benötigte jeden Mann für den Kampf. Die Frontsoldaten kannten nur einen Gegner, den mit der Waffe gegenüber. Maßnahmen gegen Unbewaffnete und Hilflose widersprachen den Prinzipien der Ritterlichkeit und des völkerrechtlichen Verhaltens, worüber immer erneut belehrt worden ist.«

Auch Christian GERLACH bestätigt in seiner Studie,[3] »daß Fronteinheiten selten Zivilisten ermordeten und daß die meisten solcher Morde auf das Konto einer einzigen Einheit gingen, der 707. Infanteriedivision«. Wir fügen hinzu, kein Wunder, da dergleichen hart bestraft wurde. Eine unrühmliche Ausnahme scheint die oben genannte Division gewesen zu sein. Krisztián UNGVÄRY, der in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom* 16. Februar 2000 darüber berichtet, hebt rühmend hervor, daß ausgerechneT REEMTSMAS Hamburger Institut für Sozialforschung als Herausgeber von GERLACHS Buch auftritt, das die Thesen seines größten Öffentlichkeitsprojektes - die sogenannte Wehrmachtausstellung - sanft und klar widerlegt: »In 18 Fußnoten werden Fehldeutungen und Irrtümer von Hannes HEER über die >Mordorganisation Wehrmacht< zurückgewiesen. Die Wehrmachtsoldaten waren nicht von NS-Ideologie verblendete bestialische Mörder.« Und auch nachstehende Bemerkung ist interessant, da sie unsere These erhärtet: »GERLACH beweist auch, daß der Primat der Weltanschauung vor kriegswirtschaftlichen Interessen eine *nachträgliche* Fiktion der Historiker ist.« Das ist genau, was wir auch sagen, Unternehmen >Barbarossa< hatte eben *nicht* vordergründig weltanschauliche Wurzeln.

[3] Christian GERLACH, *Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrußland 1941-1944,* Hamburg 1999.

Anders als sein Gegner, suchte der deutsche Frontsoldat im Osten nach den Vorgaben des Völkerrechts zu kämpfen. Zu Übergriffen oder gar Verbrechen kam es nur in Ausnahmefällen oder als Reaktion auf Unmenschlichkeiten der Roten Armee. Selbst Kommissare wurden von der Fronttruppe, im Gegensatz zu HITLERS ausdrücklichem Befehl, in verhältnismäßig geringem Umfang getötet.[4] Nicht aus eigenem Antrieb hat der deutsche Soldat seinen Fuß über die Grenze gesetzt, sondern nur auf Befehl und Veranlassung der obersten politischen Führung. »Wenn Zeitgenossen heute verkünden, daß sie sich diesem Auftrag widersetzt hätten, dann fehlt ihnen jede Vorstellung davon, in welchem Ausmaß der Gehorsam in Truppe und Bevölkerung verankert war und daß jeder Ansatz eines Widerstandes in der Diktatur drakonisch gebrochen wurde. Die heutige russische Geschichtsschreibung hat gewichtige Anhaltspunkte dafür gefunden, daß STALIN selbst in der Vorbereitung eines Angriffs auf Zentraleuropa stand. Es ist daher zu erwarten, daß die künftige historische Forschung zu der Feststellung gelangt, daß durch den Ostfeldzug und den Widerstand bis zuletzt die *Sowjetisierung* großer Teile Europas *abgewendet* worden ist.«[5]

[4] Vgl. Alfred STREIM, *Die Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener im Fall »Brabarossa«,* C. F. Müller, Karlsruhe 1981, S. 94.

Der Autor dieses Beitrags, der im Verlauf seines Lebens mit Hunderten ehemaliger Ostfrontkämpfer zusammengekommen ist und sich über viele Jahre hinweg ein weitgehend realistisches Bild dieses Feldzuges hat machen können, kann dem Leser versichern, daß der ehemalige Oberleutnant VON SCHWERIN mit seinem Bericht den Nagel auf den Kopf getroffen hat. Er gibt alle Elemente der Wirklichkeit wieder, wie sie sich dem deutschen Soldaten dazumal dargestellt hat.

[5] Joachim VON SCHWERIN, aO. (Anm. 2), S. 177.

Andreas Naumann

Ilja Ehrenburg und die deutsche Presse

Als sich am 27. Januar 1991 zum hundertsten Male der Geburtstag Ilja EHRENBURGS jährte, des wohl gemeinsten rassistischen Haßpredigers gegen alle Deutschen, bewies ihm die weithin gleichgeschaltete bundesdeutsche Presse ungebührliche Beachtung. Die meisten Zeitungen gedachten seiner in mehrspaltigen Artikeln mit Bildern - verschwiegen aber seine größte Wirkung: die durch seine Haßaufrufe ausgelöste Mordorgie der von ihm aufgehetzten Rotarmisten im östlichen Deutschland 1945. Zu schweigen wäre für Deutsche das mindeste an Würde gewesen. So aber wurde in deutschen Medien sein Leben rührselig beschrieben, seine gelegentliche Unterstützung in Not Geratener hervorgehoben, seine jeweiligen Anpassungen wurden entschuldigt, seine Romane als >Meisterwerke< gelobt, seine jüdische Abstammung herausgestrichen - verschwiegen wurde aber, daß er sich schon früh vom Judentum lossagte und später »an antisemitischen Pressekampagnen teilnahm«,[1] daß er sich »in mehreren Fällen auch da weigerte, seine weitreichenden Beziehungen zur Rettung von Juden aus STALINS Fängen einzusetzen, wo es ihn nichts gekostet hätte«,[2] daß er nach 1924 als Spitzel der berüchtigten bolschewistischen GPU in Berlin arbeitete, daß er 1939/40 erneut als Sowjetspion in Berlin tätig war.

Die nicht gerade als kommunistisches Propagandablatt angesehene *Frankfurter Allgemeine Zeitung* brachte in ihrem Feuilleton[3] - was unter der Leitung des ebenfalls jüdischen früheren polnischen kommunistischen Geheimdienstagenten Marcel REICH-RANICKI kein Wunder war - eine halbseitige Würdigung EHRENBURGS aus der Feder von Klaus Peter WALTER: eine einzige Lobhudelei über sein »großartiges journalistisches Talent«. Berichtet wird, daß er sich »auf die siegreiche Partei« in Rußland »festgelegt« habe - kein Wort von Kommunismus oder Bolschewismus oder vom millionenfachen Massenmord STALINS, den EHRENBURG immer verherrlichte. Mit dem kurzen Satz: »Gleichzeitig war er einer der aktivsten und martialischsten Kriegspropagandisten« wird sogar noch sein rassistisches Wüten gegen die Deutschen ins Positive zu drehen versucht.

Ebenso verherrlichte zum Beispiel der *Mannheimer Morgen*[4] den »russischen Dichter«, den »brillanten Schriftsteller«, den »getreuen, aber unbequemen Parteigänger«, ohne zu erwähnen, daß alle den Deutschen vorgeworfenen Haßpredigten von EHRENBURGS Haßaufrufen inhaltlich und zahlenmäßig bei weitem übertroffen wurden.

---

1 Dr. Heinz NAWRATIL, Leserbrief, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 12. 2. 1991.

2 Ebenda.

3 *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 26. 1. 1991.

4 *Mannheimer Morgen,* 27. 1. 1991.

In seinem Buch *Woina* (Krieg) sind rund 3000 solcher Aufrufe und Artikel von 1941 bis 1945 gegen die Deutschen aufgeführt. Mit gutem Grunde ist es wohl noch nicht ins Deutsche übersetzt worden. Einige seiner Aufrufe waren schon im Kriege im Westen bekannt geworden und erzeugten auch im Ausland heftigen Widerspruch. So haben sich damals schon Neutrale gegen den Mordhetzer gewandt: Als die sowjetisch eingestellte schwedische Zeitung *Göteborgs Handelstidningen* 1942 Artikel von EHRENBURG abzudrucken begann, protestierten andere Blätter des Landes dagegen, zum Beispiel die angesehenen *Stockholms Tidningen, Göteborgs Morgonposten* oder das *Aftonbladet,* und *Dagposten* informierte seine Leser mit Recht: »EHRENBURG hält alle Rekorde eines intellektuellen Sadismus. Wozu diesen schweinischen Lügner noch widerlegen und nachweisen, daß EHRENBURG den Deutschen Dinge nachsagt, die bei den Rotarmisten gang und gäbe sind.«[1]

Von Nachkriegsdeutschen in Sühnehaltung wurde sogar bei manchen der schlimmsten Haßaufrufe wahrheitswidrig seine Autorenschaft abgestritten und ihr Inhalt als Fälschung durch >Nazis< erklärt: eine besondere Perversion der Umerziehungskreise. So versuchte der Herausgeber KINDLER der westdeutschen Ausgabe von EHRENBURGS Lebenserinnerungen *Menschen, Jahre, Leben* dem Leser »zu suggerieren, bei der Anführung bestimmter Beispiele der Haßpropaganda habe es sich nur um die Wiederholung einer >GOEBBELS-Lüge< gehandelt«.[2] Deutsche versuchen also, den Mordhetzer EHRENBURG wahrheitswidrig zu Lasten anderer Deutscher freizusprechen und fälschen dabei - sicher bewußt und systematisch - die Wirklichkeit. »Und noch 1991 etwa stellte die CDU-Fraktion der Bezirksverordnetenversammlung in Berlin-Schöneberg den Antrag, auch das >Schaffen< EHRENBURGS im Rahmen einer Ausstellung >Russen in Berlin< gebührend zu würdigen und die Erinnerung an diesen Journalisten und Schrifststeller zu pflegen.«[3]

Erniedrigender und kriecherischer geht es kaum!

Eine umfangreiche Dokumentation aus verläßlichen Quellen hat der wissenschaftliche Direktor am Militärgeschichtlichen Forschungsamt in Freiburg, Joachim HOFFMANN, in seinem Buch *Stalins Vernichtungskrieg 1941-1945* in den Kapiteln 6 und 9 über EHRENBURG gebracht. Ebenso macht der Historiker wahrscheinlich, daß EHRENBURG im Rahmen seiner Greuelpropaganda im Januar 1945 zum Erfinder der Sechs-Millionen-Zahl jüdischer Opfer durch Deutsche geworden ist.[4] In EHRENBURGS Roman *Die ungewöhnlichen Abenteuer des Julio Jurenito und seiner Schüler* findet sich schon in den zwanziger Jahren der -

---

[1] Joachim HOFFMANN, *Stalins Vernichtungskrieg 1941-1945,* Verlag für Wehrwissenschaften, München 1995, S.136.

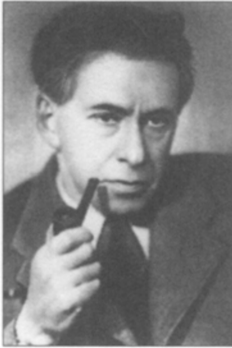
[2] Ebenda, S. 133.

[3] Ebenda

[4] Ebenda, S. 161.

nach HOFFMANN »gleichsam als Axiom bolschewistischer Weisheit«[5] anzusehende - Satz: »Zum Wohle der Menschheit muß gemordet werden.«

Aus den von HOFFMANN mit genauen Belegen angeführten Haßausbrüchen EHRENBURGS sei eine kleine Auswahl nachfolgend gegeben:[6]



Ilja EHRENBURG.

»Die deutschen Truppen torkeln wie Betrunkene über ganz Europa... Sie betraten Rußland, trunken von dem Blut der Polen, Franzosen und Serben, von dem Blut alter Leute, von Mädchen und kleinen Kindern.
Sie schänden Frauen und hängen Männer, sie saufen und schlafen ihre Orgien wie Schweine aus.
Mord ist ein Gemeinplatz für die Deutschen.
Sie foltern Kinder, hängen alte Männer und vergewaltigen Mädchen. Sie foltern Kinder und quälen Verwundete.
Wenn ein faschistischer Soldat in einem Haus keine Beute finden kann, dann tötet er die Hausfrau.
Der Frauenkiller weiß, wie man zu morden hat.
Er stranguliert Mädchen. Er setzt Dörfer in Brand. Er errichtet Galgen. Die Deutschen begruben die Menschen lebend. Sie begruben Kinder lebend.
Sie töteten Millionen unschuldiger Menschen.
Hunderttausende von Kindern sind von den Deutschen getötet worden. Sie töteten Säuglinge und brandmarkten Gefangene. Sie folterten und hängten.
Blut klebt an den Händen eines jeden Deutschen.
Die Deutschen stopfen unsere Münder mit gefrorener Erde. Die Deutschen schlachten uns ab.
HITLERS Soldaten schlachteten Millionen von Unschuldigen ab. Sie haben Millionen guter Menschen abgeschlachtet für nichts und wieder nichts, allein aus Habgier, Stupidität und angeborener Wildheit. Und so begann der miserable Idiot, der Ignorant, der Ausbeuter, der >Ubermensch<, systematisch zu hängen, zu strangulieren, lebendig zu begraben und zu verbrennen.
Unser Geschäft besteht darin, Deutsche zu töten - es kommt nicht darauf an wie.
Der Deutsche soll getötet werden. Man muß ihn töten. Fühlst Du Dich übel? Fühlst Du in Deiner Brust einen Albdruck? Töte einen Deutschen! Willst Du schneller nach Hause? Töte einen Deutschen! Wenn Du ein gerechter und gewissenhafter Mensch bist - töte einen Deutschen. Töte!

[5] Ebenda, S. 134.
[6] Ebenda, S. 202, 206 u. 211 f.

Von nun an ist das Wort >Deutscher< für uns der allerschlimmste Fluch. Von nun an bringt das Wort Deutscher ein Gewehr zur Entladung. Wir werden nicht sprechen. Wir werden uns nicht aufregen. Wir werden töten. Wenn Du nicht im Laufe eines Tages wenigstens einen Deutschen getötet hast, so ist es für Dich ein verlorener Tag gewesen. . . Wenn in Deinem Abschnitt Ruhe herrscht und kein Kampf stattfindet, so töte den Deutschen vor dem Kampf... Wenn Du einen Deutschen getötet hast, so töte einen zweiten, für uns gibt es nichts Lustigeres als deutsche Leichen. . . Zähle nur eines! Die von Dir getöteten Deutschen. Töte den Deutschen! dieses bittet Dich Deine greise Mutter. Töte den Deutschen! dieses bitten Dich Deine Kinder. Töte den Deutschen! so ruft die Heimaterde. Versäume nichts!
Versieh Dich nicht! Töte!«

Im März 1945 meint er:

»Die einzige historische Mission, wie ich sie sehe, besteht bescheiden und ehrenwert darin, die Bevölkerung von Deutschland zu vermindern.« »Dieses junge Europa weiß seit langem, daß die besten Deutschen die toten Deutschen sind... Das Problem, das die Russen und Polen vermutlich zu lösen suchen, ist die Entscheidung, ob es besser ist, die Deutschen mit Äxten oder Knüppeln zu erschlagen. Sie sind nicht interessiert an einer Reform der Einwohner. . . Sie sind interessiert daran, die Zahlen zu vermindern.«

Über die Wirkung der Haßaufrufe Ehrenburgs schrieb Lew Kopelew[1] aus eigener Erfahrung als Angehöriger der Roten Armee: »Hör auf, immer alles auf Stalin abzuwälzen, er ist der Oberbefehlshaber, ihm unterstehen Dutzende von Frontabschnitten und das ganze Hinterland und die internationale Politik. Aber hier an Ort und Stelle sind wir selbst die Obrigkeit, und wir alle - Generäle und Offiziere - verhalten uns nach Ehrenburgs Rezept. Welche Rache lehren wir: deutsche Weiber aufs Kreuz legen, Koffer, Klamotten wegschleppen. . . Begreif doch: in ein, zwei Monaten treffen wir mit den Engländern und Amerikanern zusammen. Die Deutschen fliehen vor uns zu ihnen. Und stell dir vor, was wird später aus unseren Soldaten, die zu Dutzenden über eine Frau herfielen? Die Schulmädchen vergewaltigten, alte Frauen ermordeten? Sie kommen zurück in unsere Städte, zu unseren Mädchen. Das ist schlimmer als jede Schande. Das sind Hunderttausende von Verbrechern, künftigen Verbrechern, grausame und dreiste mit den Ansprüchen von Helden.«

Und dieser Ehrenburg war vor Jahren im Gespräch für die Verleihung des angesehenen Friedenspreises des westdeutschen Börsenvereins des Deutschen Buchhandels! In Berlin wurde sogar ein Cafe nach ihm genannt - trotz massiver Proteste aus der Bevölkerung.

---

[1] Lew Kopelew, *Aufbewahren für alle Zeit*, Hoffmann & Campe, Hamburg 1976, S. 114.

Churchill schenkte Stalin Ostpreußen

Die Westalliierten planten schon früh die Abtretung Ostdeutschlands, des Gebiets östlich von Oder und Neiße, an Polen und Ostpreußens an die Sowjets. Führend waren darin die Briten unter ihrem Premierminister CHURCHILL. Der später als >Europäer< gefeierte Winston CHURCHILL sagte bereits 1944 das deutsche Königsberg den Russen als Kriegsbeute zu. Er schrieb am 20. Februar 1944 an STALIN:[1]

». . . Am 6. Februar habe ich zum erstenmal der polnischen Regierung erklärt, daß die Sowjetregierung in Ostpreußen eine Grenzziehung wünscht, die auf russischer Seite Königsberg einschließt. Diese Information war ein Schock für die polnische Regierung, die in einer solchen Entscheidung eine wesentliche Verminderung des Umfangs und der ökonomischen Wichtigkeit des deutschen Territoriums sieht, das Polen auf dem Weg der Entschädigung einverleibt werden soll. Ich habe jedoch dargelegt, daß dies nach Ansicht der Regierung Seiner Majestät ein berechtigter Anspruch von Seiten Rußlands ist. Da ich diesen Krieg gegen die deutsche Aggression als Ganzes und als einen dreißigjährigen Krieg von 1914 an betrachte, erinnerte ich Herrn MIKOLAJCZYK[2] an die Tatsache, daß die Erde dieses Teils von Ostpreußen mit russischem Blut getränkt sei, das reichlich für die gemeinsame Sache vergossen wurde. Hier hatten die russischen Armeen, die im August 1914 vorrückten und die Schlacht von Gumbinnen[3] und andere Gefechte gewannen, durch ihre Vorstöße unter großem Schaden für ihre eigene Mobilmachung die Deutschen gezwungen, zwei Armeekorps vom Vormarsch auf Paris abzuziehen, was wesentlich zum Sieg an der Marne beitrug. Die Katastrophe bei Tannenberg[4] hat diesen großen Erfolg in keiner Weise zunichte gemacht. Deshalb schiene mir, daß die Russen einen historischen und wohlbegründeten Anspruch auf dieses deutsche Gebiet hätten. . .«

CHURCHILL erhielt 1956 den Karlspreis der Stadt Aachen, in Anwesenheit von ADENAUER, COUDENHOVE-KALERGI und anderen >Europäern<. Zur Schande der Stadt Bonn muß gesagt werden, daß es dort immer noch eine >Winston-Churchill-Straße< gibt!

---

[1] *Die unheilige Allianz Stalins Briefwechsel mit Churchill 1941 bis 1945,* Rowohlt-Verlag, Reinbek 1964, S. 255. Brief vom 20. 2. 1944.

[2] MIKOLAJCZYK war der Nachfolger von General SKORSKI als Chef der polnischen Exilregierung in London.

[3] Zwischen Deutschen und Russen unentschiedene, von der deutschen Leitung dann abgebrochene Schlacht am 18.-20. 8. 1914.

[4] Schlacht bei Tannenberg 26.-30. 8. 1914, in der General Paul VON HINDENBURG mit seinem Generalstabschef Erich LUDENDORFF die 2. russische Armee vernichtete.

Westalliierte boten Sowjets deutschen Osten an

In den bundesdeutschen Massenmedien und von Politikern wird bei der Betrachtung des Schicksals Osteuropas und der deutschen Ostgebiete in der Nachkriegszeit in der Regel für die Westmächte entschuldigend angeführt, daß diese sich in Jalta und Potsdam 1945 den Ansprüchen der Sowjets auf Ost- und Teile Mitteleuropas hätten fügen müssen. So wurde ein Bericht über die Potsdamer Konferenz mit dem Untertitel »In Potsdam erkannten die Westmächte STALINS Politik der vollendeten Tatsachen an« überschrieben, was im Text wiederholt wurde.[1]

Das ist falsch und verzerrt die historische Wahrheit. Die Westmächte haben nicht »die von STALIN geschaffenen Tatsachen anerkannt« und ihm notgedrungen insbesondere die deutschen Oder-Neiße-Gebiete überlassen, sondern sie haben sie ihm angeboten. London und Washington planten bereits zeitlich vor den Sowjets, schon 1942/43, die Abtretung Ostdeutschlands und des Sudetenlandes mit den millionenfachen Vertreibungen. Das wurde dann bei der Konferenz von Jalta der Großen Drei im Februar 1945 mit STALIN besprochen, als die Russen erste Teile von Deutschland erobert hatten.

Daß dem so ist, bestätigte unter anderen in einer allgemeinen Bewertung George F. KENNAN, einer der bedeutendsten Rußlandkenner Amerikas, indem er bekannte: »Es war schwer für mich zu verstehen, wie jemand nicht begreifen konnte, daß ein Polen mit so künstlichen Grenzen, die eine solche erschütternde Vertreibung der Bevölkerung erforderten, unweigerlich vom russischen Schutz abhängig werden würde. Polen solche Grenzen zu geben machte es zwangsläufig zu einem russischen Protektorat, ob nun seine Regierung kommunistisch war oder nicht. . . Die Vorschläge der Oder-Neiße-Linie - die den Grundsätzen der >Atlantik-Charta< widersprach, deren Verfasser ROOSEVELT und CHURCHILL selber waren -, kamen, ich bedauere, es sagen zu müssen, zuerst von den westlichen Staatsmännern, nicht von STALIN. .. Dadurch, daß wir den Russen erlaubt haben, Königsberg zu annektieren und Wien und Weimar zu besetzen, haben wir das Äußerste getan, um zweitausend Jahre europäische Geschichte ungeschehen zu machen.«[2]

Die historischen Tatsachen sind eindeutig. Schon nach dem Ersten Weltkrieg versuchte Polen zu den ihm im Versailler Diktat 1919 zugesprochenen deutschen Gebieten weitere zu erlangen, so mit militärischer Gewalt 1921 in Schlesien. Mehrfach wollte es in den zwanziger und dreißiger Jahren Frankreich zu einem Präventivkrieg gegen Deutschland bewegen und trieb Hunderttausende Deutscher zur Auswanderung.[3] Ebenso führte die Tschechoslowakei in dem ihr im Diktat von St. Germain 1919 überlassenen Sudetenland scharfe Entdeutschungsmaßnahmen durch.[4]

Während des Zweiten Weltkrieges wirkten in London die von der britischen Regierung früh anerkannte polnische und tschechische Exilregierung.

[1] Rainer BLASIUS, »Vormarsch ins Herz Europas«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 2. 8. 2005, S. 8.

[2] H. VON BORCH, in: *Süddeutsche Zeitung 1.1* 3. 2. 1985; siehe auch: *Mensch und Maß,* 9. 7. 2002, S. 599.

[3] Alfred SCHICKEL, *Deutsche und Polen,* Gustav Lübbe, Bergisch Gladbach 1984.

[4] Franz KATZER, *Das große Ringen,* Grabert, Tübingen 2003.

Im Rahmen der britischen Kriegszielplanungen erstellte der >Foreign Research and Press Service< im Auftrag des englischen Außenministers EDEN, der bereits vom 16. bis 20. Dezember 1941 in Moskau mit STALIN über eine Teilung Deutschlands und Europas gesprochen hatte, am 12. Februar 1942 ein Gutachten über Ostmitteleuropa auf. Als »optimale Lösung« ergebe sich »eine Konföderation aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn«, die über Ostpreußen, Oberschlesien und das Sudetenland verfüge; Deutschland könne 3 bis 6,8 Millionen Vertriebene aus diesen Gebieten aufnehmen.[5] Im August 1942 annullierte die britische Regierung das Münchener Abkommen vom September 1938, was bereits »ausdrücklich mit der Zustimmung zum Grundsatz des Transfers der Deutschen aus Ostmitteleuropa«, also mit millionenfacher Vertreibung, verbunden war.[6] Am 8. Oktober 1943 sprach sich das britische Kabinett für die »Abtretung Ostpreußens, Danzigs und Oberschlesiens von Deutschland« aus und rechnete dabei mit der Vertreibung von 3 bis 5 Millionen Deutscher aus Ostdeutschland und 1 bis 1,5 Millionen aus dem Sudetenland.[7] Alles dieses geschah zeitlich vor sowjetischen Forderungen auf Abtrennung von Teilen Ostdeutschlands.

Nachdem STALIN auf der ersten Kriegskonferenz der >Großen Drei< in Teheran (28. 11. - 1. 12. 1943) Ostpolen gefordert und sofort von den Westmächten bewilligt bekommen hatte, setzte sich CHURCHILL »für eine Westverschiebung Polens bis zur Oder und für die Überlassung des nördlichen Drittels Ostpreußens samt Königsberg an die Sowjetunion« ein.[8] In einer ausführlichen Unterhausdebatte am 22. Februar 1944 versuchte der britische Außenminister EDEN die geplante Vertreibung der Ostdeutschen zu rechtfertigen. Das Oberhaus diskutierte am 8. März 1944 die Vertreibungs-



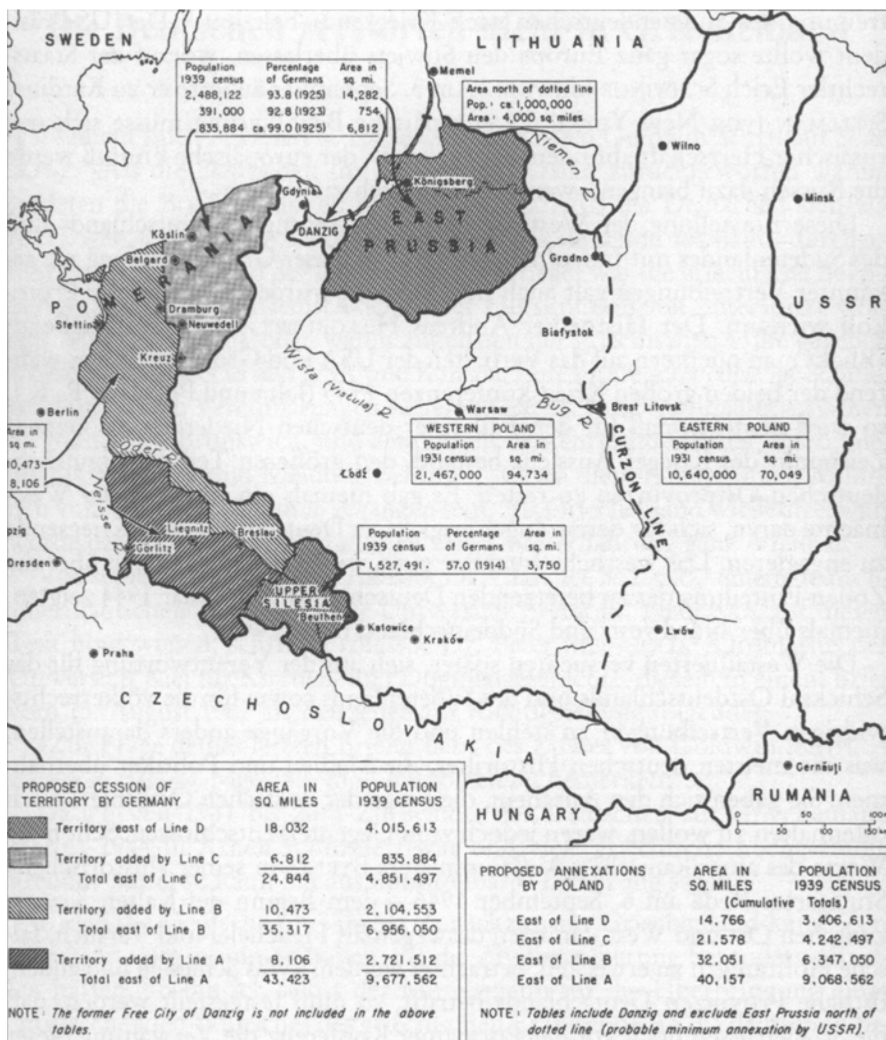
Der Konferenztisch in Jalta. Links die sowjetische Delegation mit WYSCHINSKI, MOLOTOW, STALIN, CUSEW und GROMYKO. Rechts die amerikanische Delegation mit LEAHY, STETTINIUS, ROOSEVELT, HOPKINS, BYRNES und BOHLEN. Im Vordergrund die britische Delegation mit CHURCHILL (rechts).

[5] Andreas HILLGRUBER, *Zweierlei Untergang,* Siedler, Berlin 1986, S. 52 f.

[6] Ebenda, S. 53.

[7] Ebenda, S. 54.

[8] Ebenda, S. 55.



Originalkarte des State Department vom 10. 1. 1945 über die beabsichtigte Gebietsverteilung zwischen Deutschland und Polen. Aus: H.A. Jacobsen, *Der Zweite Weltkrieg,* Desch, München 1962, Bd. 3, S. 275.

plane.[1] »Als erster Regierungschef eines westlichen Staates sprach sich de Gaulle bei seinem Besuch in Moskau am 10. Dezember (1944) . .. zugunsten der Grenzlinie an Oder und - eindeutig - an der Lausitzer Neiße aus.«[2] Ähnlich früh unterstützte Washington die Abtretung Ost- und Südostdeutschlands und Vertreibungen. Bereits im März 1943 konnte zwischen Eden und Roosevelt die Frage der künftigen polnischen Grenze abgeklärt werden.[3] Am 7. Juni 1943 gab Benesch die Zusicherung Roosevelts zur Ver-

[1] Werner Trautmann, *Tod und Gewalt,* Grabert, Tübingen 1989, S. 29.
[2] Hillgruber, aaO. (Anm. 5), S. 59.
[3] Werner Trautmann, aaO. (Anm. 9), S. 24.

Ebenda.

treibung der Sudetendeutschen nach Kriegsende bekannt.[12] Der US-Präsident wollte sogar ganz Europa den Sowjets überlassen, worauf der Staatsrechtler Erich SCHWINGE hinwies: »Am 3. September äußerte er zu Kardinal SPELLMAN (von New York), die europäische Bevölkerung müsse sich mit russischer Herrschaft abfinden, er hoffe aber, der europäische Einfluß werde die Russen dazu bringen, >weniger barbarisch zu werden<.«[13]

Diese Einstellung der Westmächte zur Abtretung Ostdeutschlands und des Sudetenlandes mit Inkaufnahme bisher in dieser Größenordnung nie gekannter Vertreibungen galt auch für 1945 und wurde im Potsdamer Protokoll wirksam. Der Historiker Andreas HILLGRUBER urteilt abschließend: »Blickt man nüchtern auf das Verhalten der USA und Großbritanniens während der beiden großen Kriegskonferenzen 1945 (Jalta und Potsdam, R. K.), so wird deutlich, daß für den Fall einer deutschen Niederlage zu keinem Zeitpunkt des Krieges Aussicht bestand, den größeren Teil der preußisch-deutschen Ostprovinzen zu retten. Es gab niemals ein Interesse der Westmächte daran, sich für deren Zugehörigkeit zu Deutschland nach Kriegsende zu engagieren. Das westliche Interesse ging, wie es die Absprachen über die Zonen-Einteilung des zu besetzenden Deutschlands seit Januar 1944 zeigten, niemals über Nordwest- und Süddeutschland hinaus.«[14]

Die Westalliierten versuchten später, sich aus der Verantwortung für das Schicksal Ostdeutschlands und des Sudetenlands sowie für die völkerrechtswidrigen Vertreibungen zu stehlen und die Vorgänge anders darzustellen, was die meisten deutschen Historiker, die Medien und Politiker übernahmen. Sie gaben sich den Anschein, die Frage der deutschen Ostgebiete noch offenhalten zu wollen, waren jedoch zum Gegenteil entschlossen. Schon die Worte des amerikanischen Außenministers BYRNES in seiner »historischen« Stuttgarter Rede am 6. September 1946 - dem Beginn des Kalten Krieges zwischen Ost und West - müssen deswegen als Heuchelei und Versuch, falsche Hoffnungen zu erwecken, betrachtet werden: »Was Schlesien und andere östliche Provinzen Deutschlands betrifft, so muß festgestellt werden, daß die Sowjetrussen noch vor der Potsdamer Konferenz die Verwaltung dieser Gebiete Polen überließen. .. Aus dem Protokoll der Potsdamer Konferenz geht jedoch klar hervor, daß die Regierungschefs sich nicht verpflichtet haben, auf der Konferenz die Überlassung eines dieser Gebiete (an Polen) zu unterstützen... Das Ausmaß des an Polen abzutretenden Gebietes muß... festgelegt werden, wenn die allgemeine (Friedens-)Regelung getroffen wird.«[15] Diese ist auch 60 Jahre nach Kriegsende noch nicht abschließend erfolgt.

Rolf Kosiek

[13] Erich SCHWINGE, *Churchill und Roosevelt aus kontinentaleuropäischer Sicht,* N. G. Elwert, Marburg [4]1986, S. 91 unter Hinweis auf die *Spellman Story,* S. 222 f.

[14] HILLGRUBER, aaO. (Anm. 5), S. 61.

[15] *Keesing's Archiv der Gegenwart,* Essen 1947, Bd. 1946.

Weiterführende Literatur:

Hermann FROMM, *Deutschland in der öffentlichen Kriegszieldiskussion Großbritanniens* 1939-1945, Frankfurt/M.-Bern 1982.

Gotthold RHODE u. Wolfgang WAGNER (Hg.), *Die Deutschen Ostgebiete. Ein Handbuch,* Bd.III, Stuttgart 1956, insb. S. 128-131.

Die Deutschen zerstörten nicht in Griechenland

In seinem Buch *A History of England,* 1966, schrieb Goldwin SMITH auf Seite 782: »Als die Deutschen im Westen und Osten zurückgeworfen waren, landeten die Briten Truppen in Griechenland. Als die Deutschen sich zurückzogen, vollendeten sie die Zerstörung, die sie schon bis dahin durchgeführt hatten. Während der letzten Zeit des Krieges war die griechische Bevölkerung durch die Schwedisch-Schweizer Hilfskommission unterstützt worden. Millionen von Dollar waren zugunsten der griechischen Hilfe gegeben worden, besonders in den USA und Kanada. Eine Flotte schwedischer Schiffe, geschützt durch Vereinbarungen sicheren Geleits, hatte regelmäßig zwischen St. John, New Brunswick, und dem Piräus verkehrt und Weizen, Fisch, medizinische Güter und Kleidung befördert. Ohne diese Hilfe würden Millionen von Griechen zugrunde gegangen sein. Als Griechenland wieder frei war, wurde das Auftreten von Krankheit und Unterernährung ganz offenbar.«


Reuben Clarence LANG.

Von seinem Schüler, dem Professor Dr. Clarence R. LANG,[1] einem deutsch-amerikanischen Theologen der Universität Fremont, Nebraska, auf diesen Text hingewiesen, schrieb Professor Dr. Peter MEINHOLD,[2] Ordinarius der Universität Kiel für Kirchen- und Dogmengeschichte, diesem in einem Brief vom 15. August 1967 als Zeitzeuge zur Richtigstellung folgendes:

»Zur Frage deines letzten Briefes betr. des Zitates von Goldwin SMITH, *A History of England,* page 782, muß ich folgendes bemerken:

Da ich von 1941 bis zum Zurückzug der Deutschen aus Griechenland Herbst 1944 in Athen stationiert war und viele griechische hochgestellte Freunde hatte, so kann ich aus unmittelbarer Erfahrung sagen:

1. daß die Deutschen bei ihrem Zurückzug aus Griechenland keine Zerstörungen vorgenommen haben, die die Zivilbevölkerung besonders getroffen hätten. So bin ich selbst der Mittelsmann für die Überbringung eines entsprechenden Wunsches des griechischen Erzbischofs an die deutschen Befehlsstellen gewesen. Der griechische Erzbischof DAMASKINOS war seinerzeit

---

[1] Professor Dr. Clarence Reuben LANG, Kind Volksdeutscher Eltern aus Bessarabien, die zu Beginn unseres Jahrhunderts nach den USA auswanderten, studierte in den frühen sechziger Jahren u. a. in Erlangen und Kiel und promovierte in Kiel mit einer Dissertation über *Das Bild Deutschlands in der öffentlichen Meinung der Vereinigten Staaten von Nordamerika in den Jahren 1918 bis 1923.* Er war selbst 1946 einige Zeit in Griechenland in Verbindung mit der UNRRA-Hilfe. Er veröffentlichte den nachfolgenden Brief Prof. MEINHOLDS in seiner englischen Übersetzung in *The Christian News* vom 14. Juni 1993. Wir danken ihm für die Überlassung einer Kopie des deutschen Originalbriefes.

[2] Professor Dr. Peter MEINHOLD, geboren 1907, verstorben in den achtziger Jahren, war Ordinarius für Kirchen- und Dogmengeschichte an der Universität Kiel und Verfasser angesehener theologischer Werke.

von den deutschen SS-Stellen verhaftet und unter Hausarrest gestellt worden. Da habe ich ihm von mir aus, ohne dazu ermächtigt gewesen zu sein, einen Besuch gemacht, um ihm mein Mitgefühl auszudrücken und ihn zu fragen, was ich für ihn tun könnte. Ich habe dann viele Erleichterungen für den Erzbischof bei den deutschen Stellen erreichen können, ganz besonders auch nach seiner Entlassung (Rückgabe seines Athener Büros, seines Autos, der Wohnungen seiner Mitarbeiter etc.). Bei einem dieser Gespräche kurz vor dem Abzug der Deutschen sagte mir der Erzbischof, daß er gehört habe, daß die Deutschen den großen Staudamm bei Athen sprengen wollten. Das hätte zur Folge gehabt, daß ganz Athen nicht mehr mit Wasser hätte versorgt werden können. Auch hätte es große Überschwemmungen gegeben. Für diesen Fall, so erklärte der Erzbischof, würde kein Deutscher heil aus Griechenland herauskommen. Die Engländer würden den deutschen Rückzug empfindlich stören. Ich meldete dieses sofort den deutschen zuständigen Befehlsstellen, meinem Admiral und dem bekannten General SPEIDEL, für den ich auch als Entlastungszeuge in den Nürnberger Prozessen ein Gutachten abgegeben habe. Der Staudamm ist nicht zerstört worden, wie überhaupt keine Zerstörungen vorgenommen worden sind.

2. Gleich nach dem Einzug der Deutschen haben mich meine griechischen Freunde gebeten, mich dafür zu verwenden, daß fünf in Alexandrien lagernde Schiffe mit Getreide nach Piräus einlaufen dürften. Die Engländer würden dazu die Erlaubnis geben, wenn die Deutschen versichern könnten, daß sie das Getreide dieser Schiffe nicht für sich verwenden würden. Ich konnte wiederum von den deutschen Befehlshabern eine entsprechende Zusage an die griechischen Stellen vermitteln. Die Engländer gaben jedoch nicht die Erlaubnis zur Beförderung des Getreides nach Griechenland.

3. Schon während des Krieges haben die deutschen Besatzungstruppen die griechische Bevölkerung weithin mit Lebensmitteln versorgt. Aber leider war die Korruption in Griechenland zu der Zeit so groß, daß viele deutsche Lieferungen auf den schwarzen Markt kamen und von dort nachträglich wieder entweder verschoben oder der deutschen Wehrmacht zum Rückkauf angeboten wurden. Ich habe an meinem bescheidenen Teil regelmäßig von meinen >militärischen< Nahrungsmitteln (Brot und Apfelsinen) meine griechischen Freunde und Helfer unterstützt, so daß ich selbst niemals in Griechenland eine Apfelsine gegessen, sondern sie stets mit nach Hause genommen habe. Ich wohnte im Hotel Grand-Bretagne, das meistens von den Italienern belegt war.

4. Über die Verhältnisse der Nachkriegszeit vermag ich leider keine genaue Auskunft zu geben, da ich bis zum letzten Tage der deutschen Besetzung in Athen war. Zerstörungen sind lediglich in bezug auf die Hafeneinfahrten vorgekommen, soviel ich weiß. Aber hier hing es wie so häufig von den Befehlshabern ab, die ihre Befehle so oder so auffassen konnten. Viel-



Nach dem Rückzug der Deutschen im Oktober 1944 aus Griechenland besetzten britische Truppen am 5. November 1944 den strategisch wichtigen Hafen von Saloniki. Es folgten bis Dezember heftige Straßenkämpfe zwischen Griechen und Briten einerseits und kommunistischen Aufständischen andererseits, die das Land unter Kontrolle zu bringen versuchten.

leicht darf ich mich zur Bekräftigung dieser Mitteilungen darauf berufen, daß ich mich als einer der wenigen Deutschen in der militärischen Uniform (allerdings des Geistlichen) frei bewegen konnte und daß der Erzbischof DAMASKINOS mich einlud, mit dem Rest der diplomatischen Vertreter (Dänen, Schweden, Ungarn, Finnen) am Befreiungsgottesdienst teilzunehmen, den er in der Kathedrale von Athen hielt. Meine griechischen Freunde boten mir am Abend vor unserem Rückzug sogar noch Zivilkleidung an, um mich in Athen zurückzuhalten und vor den Gefahren des Rückzugs zu bewahren. Vielleicht kann diese Tatsache zur Bestätigung dafür dienen, daß die Deutschen in Griechenland doch nicht so ganz schlecht gewesen sind, wie es nach dem Buche von SMITH scheinen könnte.

Eine Studie zu diesem Thema wäre zweifellos sehr wertvoll und aufschlußreich, doch wird man sie außer in Griechenland sonst kaum führen können. Sicher ist auch viel an Akten nach dem Rückzug der Deutschen vernichtet worden, wurden doch die meisten Griechen in dem Chaos des Interregnums zwischen deutscher und englischer Besatzung der >Kollaboration< mit den Deutschen bezichtigt und somit auch in Haft genommen. Wenn sich eine Studie darüber machen ließe, so sicher nur in Griechenland und über das Rote Kreuz und seine internationalen Verbindungen, besonders das schwedische. Ich hätte gar nicht übel Lust, diese Studie mit Dir zusammen in Griechenland zu beginnen. . .«

Leider ist es zu dieser Arbeit und ausführlichen Richtigstellungen über die deutsche Besatzung in Griechenland nicht mehr gekommen, was Prof. Dr. LANG, heute in Kalifornien in Pension lebend, sehr bedauert.

Unternehmen >Merkur<: Die Schlacht um Kreta 1941

Bei dem Thema >Kreta< stellt sich zunächst die Frage, was hier richtigzustellen ist, denn das Geschehen ist unumstritten klar. Selbst der britische Militärhistoriker LIDDELL HART zollte dem Unternehmen höchste Achtung: »Die Eroberung Kretas durch eine Invasion, die ausschließlich aus der Luft erfolgte, war eine der erstaunlichsten und kühnsten Taten des Krieges. Sie war auch das bemerkenswerteste Luftlandeunternehmen des Krieges. Sie ging auf Kosten Englands und sollte eine Warnung bleiben, das Risiko ähnlicher Überraschungsschläge aus »heiterem Himmel< in Zukunft nicht unberücksichtigt zu lassen.«[1]

Dem deutschen *Bildatlas Kreta*[1] blieb es vorbehalten, dieses Unternehmen ein »Beispiel des Wahnsinns« zu nennen und die Schilderung eines Amerikaners wiederzugeben, es sei ein »Entenschießen« gewesen. Diese unwürdige und unzutreffende Behauptung in dem von Tausenden gelesenen Bildatlas gibt Anlaß zur Richtigstellung, geht es doch um die Frage, ob »die Deutschen«, also wohl vor allem deren Führungskräfte, wirklich wahnsinnig waren.

[1] Basil W. LIDDELL HART, *Geschichte des Zweiten Weltkrieges*, Bd. 1, Econ, Düsseldorf-Wien 1972, S. 177.

[2] *Bildatlas Kreta*, HB-Verlags- und Vertriebsgesellschaft, Hamburg, S. 87 u. 89.

Da muß zunächst festgestellt werden, daß das Unternehmen >Merkur< nicht frei im Raum stand, sondern Teil einer Strategie im europäischen Krieg war. Und wenn die oft geäußerte Frage auftaucht, was Deutschland (damals 470713 qkm groß mit 66 Millionen Einwohnern) im östlichen Mittelmeer zu suchen hatte, dann vergleiche man damit Großbritannien, das bei damals 242 606 qkm und 47 Millionen Einwohnern außer dem ganzen Subkontinent Indien, den es mit einem britischen Kaiser beherrschte, insgesamt mehr als 100 fremde Inseln, Länder und deren Völker annektiert hatte; von Neuseeland 1583 bis Hadramaut 1937, rund um den Erdball, waren Besetzungen zu britischen Besitzungen geworden.



Benito MUSSOLINI. Er machte entscheidende taktische Fehler.

Als Aufgabe steht hier nicht eine Wiedergabe des Kriegstagebuches über die Schlacht um Kreta an, sondern es gilt, die strategische Notwendigkeit für dieses Unternehmen aufzuzeigen, was mehr verlangt als Daten mit Gewinn- und Verlustrechnung. Hierzu ist die Kenntnis der Entwicklung notwendig: 1939 hatte MUSSOLINI Albanien besetzt, und im Oktober 1940 begann er - ohne Absprache mit seinem Bündnispartner Deutschland - Griechenland anzugreifen. Dieser Angriff wurde mit Hilfe in Griechenland gelandeter britischer Truppen nach Albanien hinein zurückgeschlagen, bis deutsche Truppen zu Hilfe kamen und die Alliierten im Anschluß an den Jugoslawienfeldzug im Frühjahr 1941 wiederum zurückschlugen und dann ganz Griechenland von der deutschen Wehrmacht in kurzer Zeit besetzt wurde. Die alliierten Truppen (Griechen, Engländer, Neuseeländer und Südafrikaner) waren - soweit sie nicht in Gefangenschaft geraten waren- in aller Eile nach Kreta evakuiert worden.

Mit der Besetzung des Peleponnes war zunächst eine Beendigung der deutschen Balkan-Operationen vorgesehen. Von Seiten der deutschen Generalität des Oberkommandos der Luftwaffe hielt man aber den Abschluß des Griechenlandfeldzuges ohne die Inbesitznahme von Kreta für unbefriedigend, denn ein flüchtiger Blick auf die Karte zeigt, daß die Insel bester Stütz- und Ausgangspunkt der Alliierten für das Aufreißen der deutschen Balkanfront sein konnte und insbesondere auch eine Gefährdung der für Deutschland entscheidenden rumänischen Ölfelder bedeutete. Von Kreta aus konnten alliierte Bomber der damaligen Zeit die Ölfelder um das rumänische Ploesti erreichen. Zum anderen hatte Kreta größte strategische Bedeutung für das ganze östliche Mittelmeer und konnte - in deutscher Hand - die britische >Lebensader< des Seewegs durch den Suezkanal bedrohen.

So wurde General STUDENT mit Unterstützung GÖRINGS mit dem Plan einer Besetzung Kretas bei HITLER am 21. April 1941 vorstellig. Da aber Kreta nicht die einzige das Mittelmeer beherrschende Insel in englischem Besitz war, wurde in der Vorbesprechung auch die Frage nach der Eroberung Maltas aufgeworfen. Die Entscheidung fiel jedoch zugunsten Kretas, weil dieses Unternehmen durch die größeren Ausmaße der Insel den besseren Erfolg versprach. Dazu heißt es in den Erinnerungen von General STUDENT: »General STUDENT erklärte zu Beginn seines Vortrages, er halte es für seine Pflicht, als Fachmann für Luftlandefragen darauf hinzuweisen, daß es möglich sei, die Insel Kreta aus der Luft zu erobern... Die Frage >Malta oder Kreta< habe HITLER sofort eindeutig zugunsten von Kreta entschieden. >Malta hat später noch Zeit<, habe er geäußert. Die Wegnahme von Kreta halte er für einen guten Abschluß des Balkan-Feldzuges. Überrascht hörte dann General STUDENT aus dem Munde HITLERS, er habe es bisher nicht für möglich gehalten, daß man Kreta oder Malta mit Luftlandetruppen werde erobern können. .. Nun habe HITLER sorgfältig die Erfolgsaussichten des Unternehmens abgewogen. Er stellte eine Reihe von klärenden Fragen. Dann sagte er, er denke sich den Angriff so, >daß die Insel gleichzeitig an mehreren Stellen mit vielen >Päckchen< von Fallschirmjägern überraschend angefaßt werde<. Doch sollte General STUDENT das Unternehmen nicht ausschließlich als reines Luftlandeunternehmen vorbereiten und durchführen. Das scheine ihm doch zu abenteuerlich. Vielmehr sollten gleichzeitig Truppen auch auf dem Wasserweg die Insel erreichen. >Sie sollen also nicht nur auf einem Bein Stehen<, habe HITLER diesen Teil der Überlegungen geschlossen.«[3]

HITLER wich aber zunächst einer Entscheidung aus, weil er den Bündnispartner MUSSOLINI nicht übergehen wollte, denn der Dodekanes im Agäischen Meer (nordöstlich von Kreta) gehörte damals zu Italien. Italien beteiligte sich dann auch am 28. Mai 1941 mit einem verstärkten Infanterieregiment von See aus an dem Angriff auf Kreta. Zu diesem Zeitpunkt war allerdings die Schlacht um die Insel schon entschieden. Das italienische Eingreifen trug deshalb nur demonstrativen Charakter.

[3] Hermann GÖTZEL (Bearbeiter), *Generaloberst Kurt Student und seine Fallschirmjäger. Die Erinnerungen des Generaloberst Kurt Student,* Podzun-Pallas, Friedberg 1980, S. 199 ff.



Doch zurück zur Besprechung im Führerhauptquartier am Semmering, wo man nach der heute üblichen Sichtweise einen menschenverachtenden Hitler annehmen müßte, der bedenkenlos einer Eroberung Kretas zustimmen würde. Hierzu schreibt jedoch Liddell Hart: »Doch Hitler baute seinen Sieg im Mittelmeer keineswegs so aus, wie man es von britischer Seite erwartet hätte - mit einem Stoß auf Zypern, Syrien, Suez oder Malta (wie es deutsche Militärs auch vorschlugen). Ihr Preis (der Eroberung Kretas) bedrückte ihn mehr, als ihn die Eroberung aufheiterte.«[1] Nach dem Krieg enthüllte General Student, daß Hitler dem Angriffsplan gegen Kreta nur widerstrebend zugestimmt habe: »Er wollte den Balkan-Feldzug abbrechen, nachdem Südgriechenland erreicht war.«[2]

Beim Unternehmen >Merkur< hat auch Verrat von deutscher Seite eine große Rolle gespielt und war mit für die verhältnismäßig hohen Verluste der Wehrmacht verantwortlich. Die Briten kannten den ursprünglichen deutschen Angriffstermin vom 15. Mai 1941, der dann auf den 20. Mai verschoben wurde. »Der Feind hatte bereits seit dem 15. 5. täglich den Angriff in den frühen Morgenstunden

Unternehmen >Merkur:< Deutsche Fallschirmjäger beim Absprung. Unten: Deutsche Pioniere mit Flammenwerfern im Angriff.



erwartet und stand jeweils in höchster Alarmbereitschaft zu dessen Abwehr bereit. Auch die von ihm vermuteten Absatzräume stimmten weitgehend mit den späteren tatsächlichen überein.«[1] CHURCHILL schreibt dazu:» Zu keinem Zeitpunkt des Krieges zeigte sich unser Nachrichtendienst so genau und zuverlässig informiert. In dem triumphierenden Wirbel der Besetzung Athens erwiesen sich die deutschen Stäbe weniger verschwiegen als sonst, während unsere Agenten sehr tätig und wagemutig vorgingen. In der letzten Aprilwoche gingen uns aus glaubwürdigen Quellen wertvolle Informationen über den nächsten Schlag der Deutschen zu.«[2]





Von oben: Generalmajor Bernard FREYBERG und Generaloberst Kurt STUDENT.

Für den Verrat durch den deutschen Abwehrchef Admiral CANARIS oder seine Umgebung sprechen mehrere Anzeichen.[3] Der deutschen Unternehmensleitung gingen von der deutschen Abwehr ganz falsche Angaben über die Feindstärken zu: »Die Beurteilung der Feindlage hat in fast allen Punkten der tatsächlichen Lage auf Kreta nicht entsprochen.«[4] Während die Briten die Insel nach der Flucht aus Griechenland schnell in höchste Abwehrbereitschaft versetzten und Verteidigungsstellungen ausbauten, erklärte CANARIS - später des Landes- und Hochverrats überführt - Anfang Mai 1941 bei einem Besuch in Athen: »Die Engländer sind zum großen Teile von Kreta abgezogen und die Notabein der Insel erwarten die deutsche Landung, um die Reste (der Alliierten) zu entwaffnen, falls sie nicht freiwillig gehen sollten.«[5] Die Briten verfügten auf Kreta über Panzer, was die deutsche Truppenleitung »nicht gewußt hatte. . . während die Fallschirmjäger ohne panzerbrechende Waffen abgesetzt wurden«.[6] Deswegen wurde wohl mit Recht festgestellt: »Der Feind war nicht überrascht, die Überraschten waren die Fallschirmjäger.«[7] Nur die Tapferkeit der deutschen Soldaten setzte sich gegen die fast doppelt so starke Übermacht der Verteidiger schließlich doch durch.

Am 20. Mai 1941 begann der Angriff nach einem schweren Bombardement durch die Luftwaffe. CHURCHILL urteilt: ». . . niemals vorher und nachher wurde von den Deutschen ein wagemutigerer, rücksichtsloserer Angriff in Szene gesetzt.«[8] Freiherr F. A. VON DER HEYDTE - selbst über Kreta abge-

---

1 Alex BUCHNER, »Unternehmen >Merkur<. Der Angriff der deutschen Fallschirmtruppen auf die Insel Kreta vom 20. bis 25. Mai 1941«, in: *Soldatini Volk*, März 1956.

2 Winston S. CHURCHILL, *Der Zweite Weltkrieg,* Scherz, Bern-München-Wien 1985, S. 491 f.

3 Alkmar VON HOVE, *Achtung Fallschirmjäger,* Paul BENEKE, »Verratene Fallschirmjäger«, in: *Leitheft Nr.* 83/84, 1994, S. 43-46.

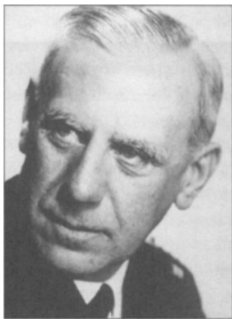
4 BUCHNER, aaO (Anm. 6).

5 VON HOVE, aaO. (Anm. 8), S. 137.

6 Walter GÖRLITZ, *Der Zweite Weltkrieg 1939-45,* Bd. 1, Stuttgart 1951, S. 245.

7 VON HOVE, aaO. (Anm. 8).

8 W. S. CHURCHILL, aaO. (Anm. 7), S. 493.





Wilhelm CANARIS und das Denkmal für die auf Kreta gefallenen Fallschirmjäger.

Sprüngen - kennzeichnet die Kämpfe so: »Angreifer und Verteidiger - Deutsche, Engländer, Neuseeländer, Südafrikaner und griechische Freischärler - kämpften zäh und erbittert, aber ritterlich und fair unter Einsatz der letzten Kraft und zwangen denen, die ihnen gegenüber standen, Hochachtung ab.«[14] Und CHURCHILL schrieb dazu: »Am Morgen des 20. Mai begann die Schlacht, und niemals vorher und nachher wurde von den Deutschen ein wagemutigerer, rücksichtloserer Angriff in Szene gesetzt. In vielen Aspekten war die Schlacht um Kreta etwas ganz Neues. Noch nie hatte die Welt ein kriegerisches Schauspiel dieser Art erlebt. Es war die erste großangelegte Luftlandeaktion der Weltgeschichte. In der deutschen Fallschirmtruppe manifestierte sich das Feuer der Hitlerjugend; in ihm verkörperte sich am glühendsten der teutonische Revanchegedanke für die Niederlage von 1918. Diese tapferen, großartig trainierten und unbedingt zuverlässigen Nazi-Fallschirmjäger stellten die Blüte des deutschen Nachwuchses dar. Ihr Leben am Altar des deutschen Ruhmes und der deutschen Weltbeherrschung niederzulegen, war ihr heiliger Entschluß. Ihr Geschick wollte es, daß sie auf andere selbstbewußte Soldaten stießen, von denen viele um den halben Erdball gekommen waren, um als Freiwillige für das Mutterland und, wie sie empfanden, für die Sache des Rechts und der Freiheit zu fechten. .. Die Entscheidung fiel am 26. Mai. Unsere Truppen hatten dem seit sechs Tagen ständig zunehmenden Druck standgehalten. Schließlich aber brach ihr Widerstand zusammen. In später Nachtstunde des gleichen Tages wurde der Entschluß zur Räumung Kretas gefaßt, und wieder einmal sahen wir uns dieser bitteren und traurigen Aufgabe mit all den unvermeidlichen schweren Verlusten gegenüber. . . Sechzehntausendfünfhundert Mann wurden schließlich nach Ägypten zurückgebracht, so gut wie alles britische und Empiretruppen.«[15]

Trotz allen Widerstandes der Verteidiger und allen geographischen Schwierigkeiten im Innern der Insel gewannen die deutschen Truppen ständig an Boden, so daß die Briten unter dem neuseeländischen General FREYBERG dann unter großen Verlusten fluchtartig die Insel verlassen mußten.

Zwei Dinge seien noch erwähnt: Der ritterliche Kampfgeist der deutschen Fallschirmjäger zeichnete sich auch dadurch aus, daß ihre Kommandeure und Offiziere im Einsatz als erste sprangen. Als Gegenstück solcher soldatischen Haltung sei angemerkt, daß ein deutscher Fallschirmjägerzug, der falsch abgesetzt war, von bewaffneten Zivilpersonen beschossen und im Kampf aufgerieben wurde, wobei auch fast alle Verwundeten bestialisch ermordet wurden. Am 2. Juni 1941 meldete der deutsche Wehrmachtbericht: »Der Kampf um Kreta ist beendet.«

[14] Friedrich August Freiherr VON DER HEYDTE, »Die Fallschirmtruppe im Zweiten Weltkrieg«, in: *Bilanz des Zweiten Weltkrieges,* Oldenburg-Hamburg 1953; auch in: *Alte Kameraden,* Nr. 4/5, 1991.

[15] W. S. CHURCHILL, aaO. (Anm. 7), S. 493 u. 498.

Weiterführende Literatur:

Franz KUROWSKI, *Sprung in die Hölle, Kreta,* Wölfersheim-Berstadt 2001.

Arnold D. HARVEY, Franz UHLE-WETTLER, *Kreta undArnheim. Die größten Luftlandeoperationen des Zweiten Weltkriegs,* Stocker, Graz 2004.

Deutsche wollten den Papst nicht entführen

Während des Zweiten Weltkrieges entwarf und verbreitete weltweit die britische Abteilung für psychologische Kriegführung unter anderem das Gerücht, daß von deutscher Seite geplant sei, den Papst, Pius XII., aus Rom zu entführen oder gar zu ermorden und ein Massaker im Vatikan zu veranstalten.

Dieser Greuelvorwurf entbehrt nicht nur jeder Grundlage, sondern stellt die geschichtliche Wahrheit geradezu auf den Kopf. Die Deutschen verhielten sich, auch als sie nach dem Verrat Italiens und seinem Ubertritt zu den Alliierten 1943 Herren von Rom geworden waren, immer korrekt zum Papst und zum Vatikanstaat, wofür schon die Person des damaligen deutschen Botschafters beim Vatikan, Ernst VON WEIZSÄCKER, die Gewähr bot.

Der Historiker Dr. Alfred SCHICKEL urteilte 1993 dazu treffend: »Wie der renommierte Kirchenhistoriker P. GRAHAM SJ bereits festgestellt hat und neueste Erkenntnisse der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt bestätigen, handelt es sich bei diesem Gerücht um ein besonders langlebiges Produkt der britischen Kriegspropaganda. Es kursierte bereits im Sommer 1943 und veranlaßte den deutschen Botschafter beim Heiligen Stuhl, Ernst VON WEIZSÄCKER (Vater des nachmaligen Bundespräsidenten), am 30. Oktober 1943 zu der offiziellen Versicherung gegenüber dem päpstlichen Kardinalstaatssekretariat, daß das >Deutsche Reich wie bisher die Verwaltung und Tätigkeit der Römischen Kurie sowie die Souveränitätsrechte und die Integrität des Vatikanstaates respektieren werde.«[1]

Über die deutsche Haltung zum Vatikan berichtet kein Geringerer als der sicher nach 1945 nicht der Sympathie für HITLER verdächtige Ernst VON WEIZSÄCKER in seinen Nachkriegserinnerungen, daß er Mitte Juni 1943 nach seiner Ernennung zum Botschafter am Vatikan von HITLER auf dem Berghof empfangen worden sei, um über Richtlinien der deutschen Politik gegenüber der Kurie zu sprechen. Er habe dabei dem Reichskanzler »gegenseitige Nichteinmischung« vorgeschlagen und damit bei HITLER offene Türen eingerannt: »HITLER stimmte zu. Er sprach dann von BISMARCK, der im Kulturkampf unterlegen sei, weil er nicht wie der Priester das Ohr des einfachen Mannes gehabt habe. Nach dem Krieg wolle HITLER die Kirche als Werkzeug des Staates fortexistieren lassen, anders aber nicht. Nebenbei bemerkte HITLER, in Rom gebe es drei Männer, den König, den Duce und den Papst.

[1] Alfred SCHICKEL, in: *Mensch und Maß,* 23. 7. 1993, S. 656 f.

Von diesen sei der letzte entschieden der stärkste. Von der Kriegslage gab HITLER ein so rosiges Bild, daß er selbst schwerlich daran glauben konnte.«[1]

Diese Politik der gegenseitigen Nichteinmischung wurde dann auch bis zum Schluß eingehalten, bis die deutsche Wehrmacht, um die historischen Denkmäler der Ewigen Stadt nicht zu gefährden, Rom zur offenen Stadt erklärte und kampflos den nachrückenden Alliierten übergab.

[3] *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 24. 7. 1993.

Vorher hatten allerdings noch am 19. Juli 1943 alliierte Bomberverbände mit rund 500 Maschinen Rom bombardiert, dabei altehrwürdige Geschichtsdenkmäler wie die Basilika von San Lorenzo schwer beschädigt oder zerstört und zwei- bis dreitausend Zivilisten getötet.[3] Genauso wenig Achtung vor abendländischen Kulturdenkmälern hatten die Alliierten bei der sinnlosen Bombardierung des italienischen Klosters Monte Cassino (siehe Beitrag Nr. 197: »Monte Cassino >irrtümlich von Alliierten bombardiert?«) wie bei den Bombenangriffen auf Paris (siehe Beitrag Nr. 211: »Britische Terrorangriffe auf Paris«) gezeigt, von denen auf Dresden, Berlin und Wien ganz zu schweigen.

⇨ Der deutsche Konsul Köster berichtete am 7. Dezember 1943 dem Auswärtigen Amt[4] in Berlin von einer Unterredung mit dem Kardinalpatriarchen von Rom. In dem Schreiben heißt es unter anderem:

[4] Archiv A, Inland II A B: Juden in Italien.

»Weiterhin hat der Patriarch betont, daß Deutschland den einzigen Schutz gegen den immer näherrückenden Bolschewismus darstelle und insofern zweifellos zwischen Deutschland und dem Vatikan gemeinsame Interessen bestünden. Er könne mit einer derartigen Erklärung jedoch leider nicht öffentlich hervortreten, da bekanntlich in Deutschland an führender Stelle manche Persönlichkeiten heidnische Gedankengänge.. . verfolgten, sonst würde die Kirche ohne Zögern die Erklärung abgeben, daß Deutschland die einzige Macht ist, die Europa und damit auch den Vatikan vom Bolschewismus retten kann.

Während der 45 Tage der Verräter-Regierung BADOGLIO habe die Kirche wohl gemerkt, daß die freimaurerischen und jüdischen Kreise die eigentlichen Drahtzieher gewesen wären, so daß der Zustand für die Kirche ein äußerst gefährdeter war.«

Der Brief KÖSTERS wird wiedergegeben in: Saul FRIEDLÄNDER, *Pius XII. und das Dritte Reich,* Rowohlt, Reinbek 1966, S. 147

---

[1] Ernst VON WEIZSÄCKER, *Erinnerungen,* Paul List, München-Leipzig-Freiburg 1950, S. 354; zit. auch in: Max DOMARUS, *Hitler. Reden 1932 bis 1945,* R. Loewit, Wiesbaden 1973, Bd. 4 (11/2), S. 2019.

Monte Cassino >irrtümlich< von Alliierten bombardiert?

Am 15. Februar 1944 - und bei weiteren Angriffen in der Folgezeit - wurde das italienische Kloster Monte Cassino, die kulturhistorisch einzigartige Wiege des abendländischen Mönchstums, durch alliierte Bombenangriffe völlig zerstört, obwohl kein einziger deutscher Soldat sich in ihm aufhielt und die Wehrmacht die Unantastbarkeit des Klosters streng beachtet hatte, wobei auch militärische Nachteile von den Deutschen in Kauf genommen worden waren.[1] Noch bis zum Abzug der deutschen Fallschirmjäger in der Nacht zum 18. Mai 1944 konnte der Berg dann gegen einen vielfach übermächtigen Feind verteidigt werden. Auch das beweist schon, daß die alliierten Bombardierungen, die bedeutende Kulturgüter zerstörten, militärisch sinnlos waren.

Obwohl schon bald in den fünfziger Jahren durch deutsche und auch alliierte Zeugnisse erwiesen war, daß die Wehrmacht sich in bezug auf Monte Cassino vorbildlich verhalten hatte, wurde die Schuld für die barbarischen Zerstörungen anschließend doch immer noch vielfach den Deutschen zugeschoben, besonders in der deutschen Vergangenheitsbewältigung. Auch der Hollywood-Film von 1945 *Schlachtgewitter am Monte Cassino (The Story of Gl Joe)*

[1] Dazu, zur Rettung der Kunstschätze des Klosters durch Wehrmachtangehörige und zu den Plünderungen nach der alliierten Eroberung am 18. Mai 1944, siehe: Beitrag Nr. 199: »Wer plünderte in Monte Cassino?«.



Monte Cassino – historische Zeichnung.

war dieser Propagandalüge der deutschen Schuld verpflichtet. Selbst in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* wurden noch 1999 die Alliierten in Schutz genommen und zumindest der Schein erweckt, daß den Deutschen die Schuld zukomme.[1]

Die noch weithin im Jahre 2000 in der deutschen Öffentlichkeit vorherrschende Meinung führte die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* an: »Die Kriegsschuld HITLERS steckt so summarisch und tief in den Köpfen, daß viele glauben, die deutsche Wehrmacht habe das Kloster zerstört. Andere glauben es genauer zu wissen und meinen, deutsche Einheiten hätten die Abtei besetzt und damit den Angriff der Alliierten heraufbeschworen.«[2]

Die Zeitung setzt dann allerdings richtigstellend hinzu: »Indessen ist es Gewißheit, daß die Wehrmacht ein Abkommen mit dem Vatikan respektierte, die Abtei zu schützen, wofür der Vatikan Neutralität garantierte. Die Version, die der Wahrheit am nächsten kommt, besagt, die Alliierten hätten deutsche Fallschirmjäger in der Abtei vermutet und darum geglaubt, deren frontbeherrschende Stellung über der sogenannten Gustav-Linie ausschalten zu müssen.« Schon am 11. Februar 1944 hatte die Londoner *Daily Mail* einen Bericht unter der unzutreffenden Überschrift »Die Nazis bauen das Kloster Monte Cassino zur Festung aus« gebracht.

Diese die Alliierten etwas entschuldigende Version tauchte im Jahre 2000 mit einer neuen Begründung auf. In seiner Selbstbiographie[3] gibt Sir Rupert CLARKE, Adjutant von Lord ALEXANDER OF TUNIS, dem verantwortlichen Befehlshaber der britischen Truppen in Italien 1944, einen Bericht von David HUNT, damals Oberst des Geheimdienstes und zur persönlichen Verfügung von Lord ALEXANDER abgestellt, an. Danach habe der alliierte Abhördienst einen deutschen Funkspruch abgefangen, in dem gefragt wurde, ob der Abt im Kloster sei. Die Antwort habe gelautet: »Ja, im Kloster mit den Mönchen.« Der abhörende alliierte Offizier habe einen Code vermutet und das Wort »Abt« als Abkürzung für »Abteilung« gedeutet. Als HUNT die Meldung später kontrollierte, habe er den Irrtum bemerkt, aber es sei zum Verhindern der Bombardierung schon zu spät gewesen. Ein Abhörfehler soll also für die unentschuldbare Vernichtung des Klosters verantwortlich gewesen sein.

»Daß diese Darstellung unzutreffend ist«, belegte Hans-Joachim KELLER[4] in einem darauf Bezug nehmenden Leserbrief, in dem es hieß: »Das Kloster

---

[1] Irmgard PALLADINO, »Der Heilige Benedikt trotzt kopflos der Zerstörung«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 4.11.1999; siehe auch: Beitrag Nr. 198: »Kloster Monte Cassino kein deutscher Militärstützpunkt«..

[2] *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 10. 4. 2000, S. 51.

[3] Sir Rupert CLARKE, *With Alex at War,* Leo Cooper, London 2000.

[4] Hans-Joachim KELLER, Bonn, »Monte Cassino wäre nicht verschont geblieben«, Leserbrief, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 19. 4. 2000.



Die Benediktiner Abtei nach dem alliierten Angriff. Der französische Journalist und Historiker Raymond CARTIER schreibt: Die Abtei, »an strategisch beherrschender Stelle auf dem Weg nach Rom gelegen, war von der deutschen Führung nicht in die Verteidigungslinie einbezogen. Dennoch griffen am 15. Februar 1944 rund 250 alliierte Bomber das Kloster an, warfen 363 Tonnen Spreng- und Brandbomben und legten das Kloster in Schutt und Asche. Erst danach begannen sich die Deutschen in den Ruinen zu verschanzen«. Aus: *Der Zweite Weltkrieg,* Piper, München 1967, Bd. 2, S. 716a.

wäre nämlich in jedem Fall bombardiert worden. Über diese Frage ist innerhalb der alliierten Führung eingehend diskutiert worden. Während der Befehlshaber der fünften amerikanischen Armee, General Mark CLARK, darin keinen Nutzen sah, setzte sich der ihm unterstellte neuseeländische General FREYBERG, seinerzeit Befehlshaber der vor der Stadt Cassino liegenden Angriffstruppen, vehement für die Bombardierung ein. Für ihn waren psychologische Aspekte ausschlaggebend. Die ihm unterstellten vorwiegend neuseeländischen Truppen forderten die Bombardierung. Sie verstanden nicht, warum das wie eine Festung 500 Meter hoch über ihnen hängende Kloster, das sie für das bisherige fruchtlose und verlustreiche Anrennen gegen Cassino verantwortlich machten, nicht ausgeschaltet würde. Sie waren überzeugt davon, daß es von der deutschen Seite vor allem als Beobachtungsstützpunkt genutzt wurde. Und FREYBERG hatte Erfolg.« In tagelangen Bombenangriffen wurde das altehrwürdige Kloster von alliierten Flugzeugen in Schutt und Asche gelegt.

Die Bombardierung verfehlte zudem völlig ihren erhofften Zweck, die rasche Einnahme des Berges durch die Alliierten. Noch monatelang tobte der Kampf um das Massiv mit den Ruinen, bis die deutschen Fallschirmjäger nach heldenhafter Verteidigung am 18. Mai 1944 den Gipfel räumten. Sie hatten durch ihr Standhalten den Alliierten für Monate den Weg nach Rom gesperrt.

Kloster Monte Cassino kein deutscher Militärstützpunkt

In einem sonst lesenswerten Beitrag über das Kloster Monte Cassino in der *FAZ*[1] schreibt Irmgard PALLADINO unter anderem: »Sie [die britischen und alliierten Bomberverbände, H. W.] machten die gesamte Anlage dem Erdboden gleich und den Klosterberg, dieses Symbol der abendländischen Kultur, auf dem sich 1944 ein deutscher Militärstützpunkt befand, zu einem Sinnbild des sinnlosen Krieges.«

Während die Mitteilung von der schandbaren Zerstörung des Klosters als eines alten europäischen Kulturdenkmals durch alliierte Bomber richtig ist, stimmt die Aussage, dort habe sich zu dem Zeitpunkt der Bombardierung ein deutscher Militärstützpunkt befunden, eben nicht. Ebenso ist falsch, wenn die Journalistin später schreibt: »Es war ihnen (den Alliierten, H. W.) nicht zu verdenken, daß sie in dem imposanten Gebäudekomplex eine Schlüsselstellung des feindlichen Heeres wähnten und es nicht verschonten.«

Richtig ist, daß sich zum Zeitpunkt der alliierten Zerstörung des Klosters, am 15. und 16. Februar 1944, eben kein deutscher Stützpunkt im Kloster befand und sich keine deutschen Soldaten in ihm aufhielten. Der deutsche Oberbefehlshaber, Generalfeldmarschall KESSELRING, hatte schon von Anfang an einen 300 Meter breiten Sperrkreis um das ehrwürdige Kloster legen lassen, den kein bewaffneter deutscher Soldat betreten durfte. Und das war den Alliierten auch bekannt, worauf dann Wolfgang DOMES in einem berichtigenden Leserbrief an die *FAZ*[2] unter Hinweis auf den britischen Militärhistoriker LIDDELL HART[3] aufmerksam machte.

[1] Irmgard PALADINO, »Der Heilige Benedikt trotzt kopflos der Zerstörung«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 14. 11. 1999.

[2] Wolfgang DOMES, »Als die Front Monte Cassino erreichte«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15. 11.* 1999.

[3] Basil LIDDELL HART, *Geschichte des Zweiten Weltkrieges,* Kap. 30: »Der alliierte Vormarsch in Italien«.



General VON SENGER UND ETTERLIN verabschiedet den Erzabt DIAMARE von Monte Cassino nach dessen Besuch des zerstörten Klosters.